

Linke Gewalt in Berlin



Linke Gewalt in Berlin

2003 – 2008

Senatsverwaltung für Inneres und Sport
Abteilung Verfassungsschutz
Postfach 62 05 60, 10795 Berlin
Tel.: (030) 90 129-440
www.verfassungsschutz-berlin.de
info@verfassungsschutz-berlin.de

Titelbild: Thomas Schröder
Druck: KOMAG mbH

Redaktionsschluss: Oktober 2009
Erstauflage: November 2009

Die Studie entstand in Kooperation mit dem Landeskriminalamt Berlin.

Abdruck gegen Quellenangabe gestattet; Belegexemplar erbeten.

VORWORT



Leider kommt es in Berlin vermehrt zu politisch links motivierten Gewalttaten. Vor dem diesjährigen 1. Mai drohten Linksautonome mit Krawallen. Im Sommer 2009 wurde nachts an einem S-Bahnhof ein Passant von einigen Punkern nach Geld gefragt und nach seiner Weigerung zusammengeschlagen. Die Täter konnten festgenommen werden und sagten aus, das Opfer sei doch ein „Fascho“ gewesen. Im Oktober 2009 schließlich griffen Linksextremisten nachts einen Polizeiabschnitt in Lichtenberg an und warfen Fensterscheiben ein, weil sie gegen die Inhaftierung gewalttätiger Tatverdächtiger in Griechenland und Berlin protestieren wollten.

Die vorliegende Studie untersucht alle politisch links motivierten Gewalttaten, die in den vergangenen sechs Jahren in Berlin begangen wurden. Diese Gewalt hat viele Facetten - Brandstiftungen an Kraftfahrzeugen, Angriffe auf Polizeibeamte im Kontext von Demonstrationen oder Übergriffe auf politische Gegner. Fakt ist, dass gewaltbereite Linksextremisten in Berlin in den vergangenen Jahren bei vielen Gelegenheiten bewiesen haben, dass sie auch großen Sachschaden und schwere Verletzungen von Menschen in Kauf nehmen, wenn sie diese als Feinde ansehen.

Wir haben in unserer Gesellschaft einen Konsens erreicht, dass politisch rechts motivierte Gewalt ein nicht hinzunehmender Angriff auf die Grundwerte unseres Gemeinwesens ist. Es gilt, einen ähnlichen demokratischen Konsens auch in der Ausgrenzung links motivierter Gewalttäter zu erzielen.

Linksextremistische Gewalttäter berufen sich häufig auf Werte, die auch Demokraten wichtig sind, wie „soziale Gerechtigkeit“ oder „Antifaschismus“. Dies ist jedoch nur der Versuch, die eigene Intoleranz und Gewaltbereitschaft zu rechtfertigen. Unsere Demokratie ermöglicht es jedem Menschen, auch sehr kritische Meinungen mit Nachdruck in die Öffentlichkeit zu tragen, sich zu organisieren und zu versuchen, seine politischen Überzeugungen durchzusetzen. Wer dennoch meint, Sachen und Menschen mit Brandsätzen und Steinen attackieren zu müssen, muss öffentlich geächtet und strafrechtlich verfolgt werden. In einem freiheitlichen Land gibt es keine Rechtfertigung für politisch motivierte Gewalt.

Berlin steht für Toleranz und Lebensfreude. In Berlin muss sich jeder Bürger in jedem Stadtteil angstfrei bewegen können – unabhängig von Aussehen, politischer Meinung oder Einkommensklasse. Wer andere mit Gewalt an dieser freien Entfaltung hindern will, muss wissen, dass er sich außerhalb unserer Gesellschaftsordnung stellt.

Berlin, im November 2009

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Dr. Ehrhart Körting'.

Dr. Ehrhart Körting
Senator für Inneres und Sport

INHALTSVERZEICHNIS

VORWORT	3
1 EINLEITUNG	7
1.1 Fragestellung und Aufbau der Studie	7
1.1.1 Fragestellung	7
1.1.2 Aufbau.....	8
1.2 Definition des Untersuchungsgegenstandes	9
1.2.1 Begriffe.....	9
1.2.2 Kategorisierungssystem des polizeilichen Staatsschutzes.....	9
1.2.3 Abgrenzung zum Linksextremismus-Begriff	10
1.3 Methodik.....	11
1.3.1 Forschungsdesign.....	11
1.3.2 Datengrundlage.....	12
1.3.3 Methodische Probleme.....	12
2 TATEN.....	14
2.1 Deliktstruktur	16
2.2 Geographie 1: Öffentlicher und privater Raum.....	19
2.3 Geographie 2: Tat- und Wohnorte	20
2.3.1 Tatorte.....	20
2.3.2 Wohnorte.....	23
2.3.3 Distanz zwischen Tat- und Wohnorten.....	25
2.4 Geographie 3: Verdichtete Räume linker Gewalt in Berlin	25
2.5 Geographie 4: Vergleich zu verdichteten Räumen des Linksextremismus.....	28
2.5.1 Systematik des Vergleichs.....	28
2.5.2 Wohnorte aktionsorientierter Linksextremisten	28
2.5.3 Trefforte aktionsorientierter Linksextremisten.....	29

2.6	Zeiträume linker Gewalt	30
2.6.1	Verteilung nach Jahren	30
2.6.2	Verteilung nach Monaten	31
2.6.3	Verteilung nach Wochentagen	32
2.6.4	Verteilung nach Tageszeit	33
2.7	Tatvorlauf	34
2.7.1	Tatmittel	34
2.7.2	Alkoholisierung der Tatverdächtigen	36
3	TATVERDÄCHTIGE	37
3.1	Anzahl der Tatverdächtigen	38
3.2	Geschlecht und Alter	39
3.2.1	Geschlecht	39
3.2.2	Alter	40
3.3	Schulbildung und Beruf	42
3.3.1	Schulbildung	42
3.3.2	Erwerbstätigkeit	43
3.3.3	Berufsstatus	44
3.4	Familienstand und Wohnsituation	44
3.4.1	Familienstand	44
3.4.2	Wohnsituation	45
3.5	Delinquenz	45
3.6	Linksextremistische Personenzusammenhänge	47
3.6.1	Aktionsorientierter Linksextremismus	47
3.6.2	Parlamentsorientierter Linksextremismus	51
4	OPFER	52
4.1	Opferzahl	54
4.2	Auswahl der Opfer	55
4.2.1	Institutionen	55
4.2.2	Zielrichtung der Brandanschläge	57

4.2.3	Demonstrationsbezogene Delikte.....	58
4.2.4	„Links-Rechts“-Auseinandersetzungen.....	58
4.2.5	Gesamtbetrachtung: Zielrichtung nach Themenfeldern	61
4.2.6	Zufallsopfer und gezielt gewählte Opfer	63
4.3	Alter der Opfer	63
5	VERGLEICH POLITISCH LINKS MOTIVIERTER GEWALT MIT POLITISCH RECHTS MOTIVIERTER GEWALT.....	65
5.1	Vergleich Taten	65
5.2	Vergleich Tatverdächtige	67
5.3	Vergleich Opfer	68
6	MAßNAHMEN GEGEN LINKE GEWALT	69
7	STATISTISCHE VERGLEICHE.....	71
7.1	Politisch motivierte Gewalt in den Ländern	71
7.2	Politisch motivierte Gewalt im Bund und in Berlin.....	73
7.3	Politisch motivierte Gewalt und allgemeinkriminelle Gewalt	75
8	ANHANG.....	77
8.1	Verzeichnis der Abbildungen.....	77
8.2	Deliktskatalog zu Politisch motivierter Gewaltkriminalität (PMK-Gewalt).....	80
8.3	Karte der Berliner Bezirke und Ortsteile.....	82
9	LITERATURVERZEICHNIS	83
	WEITERE PUBLIKATIONEN DES BERLINER VERFASSUNGSSCHUTZES.....	85

1 EINLEITUNG

1.1 Fragestellung und Aufbau der Studie

1.1.1 Fragestellung

Berlin ist in besonderem Maß von linker Gewalt betroffen. Ob es um die wiederkehrenden Gewaltexzesse zum 1. Mai geht, um Brandanschläge auf hochwertige Fahrzeuge oder um gewalttätige Übergriffe auf tatsächliche oder vermeintliche politische „Feinde“: die Fallzahlen liegen auf einem im Vergleich zu anderen Bundesländern hohen Niveau.¹

Der Verfassungsschutz Berlin hat in den vergangenen Jahren zweimal umfassende Analysen rechter Gewalttaten in Berlin publiziert. Nun widmet er sich in einer weiteren Studie dem Phänomenbereich der politisch links motivierten Gewalt. Für die vorliegende Studie wurden 835 Delikte ausgewertet, die im Zeitraum von 2003 bis 2008 von der Polizei (Abteilung Staatsschutz beim Landeskriminalamt) als Politisch motivierte Gewaltkriminalität – links bewertet wurden.²

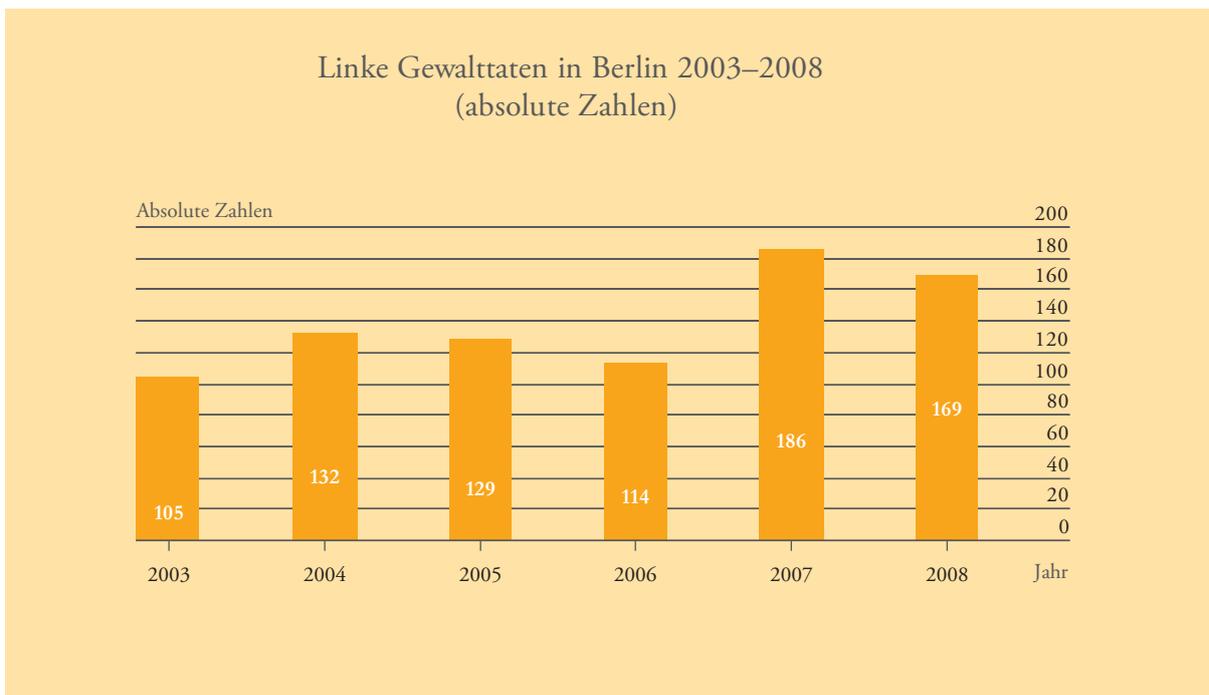


Abb. 1: Anteil der Delikte gesamt ($n = 835$)

Über die tatsächliche Situation in Berlin sagt die Gesamtzahl von 835 Delikten allein wenig aus. Unabhängig vom Problem des Dunkelfeldes ist der Begriff des „linken“ Gewaltdelikt so weit gefasst, dass darunter so unterschiedliche Deliktarten fallen können wie eine Schlägerei unter

¹ Vgl. für statistische Vergleichszahlen Kap. 7.

² Häufig wird bei Gewalttaten eine politische Motivation erst im Laufe des Ermittlungsverfahren erkannt oder umgekehrt nachträglich verneint. Dadurch ergeben sich regelmäßig nachträgliche Änderungen in der polizeilichen Statistik, wodurch die Fallzahlen in künftigen Lagebildern von den in dieser Studie verwendeten Daten vor allem für das Jahr 2008 abweichen können.

Alkoholeinfluss, eine Brandstiftung an einem Kraftfahrzeug, Gewalt gegen Polizeibeamte am Rande einer Demonstration oder eine strategisch geplante und mit Selbstbezeichnungsschreiben begleitete Anschlagsserie. Weitergehende Erkenntnisse ergeben sich daher nur anhand einer detaillierteren Analyse. Die vorliegende Studie orientiert sich hinsichtlich der Methodik und Datengrundlage am Vorbild der Studien des Berliner Verfassungsschutzes über rechte Gewalt. Sie konzentriert sich bei der Analyse der Gewaltkriminalität auf drei Aspekte:

- ⇒ **Welches Ausmaß und welche Charakteristika hat linke Gewalt in Berlin?** Gewalt ist nicht gleich Gewalt, sondern es bestehen Unterschiede hinsichtlich des Tatablaufes, der Tatverdächtigen und der Opfer. Quantität und Qualität linker Gewalt in Berlin werden anhand einer Analyse der festgestellten Sachverhalte beschrieben.
- ⇒ **Welcher Zusammenhang besteht zwischen linker Gewalt und Linksextremismus?** Die in der Polizeistatistik ausgewiesenen „linken“ Gewalttaten sind nicht deckungsgleich mit dem Phänomen des Linksextremismus. Gewalt ist eine Ausdrucksform des politischen Extremismus neben anderen wie Wahlverhalten, Mitgliedschaften in Personenzusammenschlüssen und Demonstrationen. Daran anschließend stellt sich die Frage, welche Verbindungen zwischen linken Gewalttaten und dem Linksextremismus hinsichtlich der Personenkreise, der Personenzusammenschlüsse und der geographischen Räume bestehen.
- ⇒ **Welche Unterschiede und Gemeinsamkeiten weist die Phänomenologie linker und rechter Gewalttaten auf?** Dieser Vergleich bezieht sich sowohl auf die Angaben zur Tatbegehung, zu den Tatverdächtigen als auch zu den Opfern. Damit soll keines der Phänomene relativiert werden. Der Vergleich als erkenntnistheoretische Methode kann helfen, Besonderheiten des jeweiligen Gewaltphänomens herauszuarbeiten, wo immer diese vergleichbar sind.

1.1.2 Aufbau

Die Studie umfasst folgende Themenblöcke:

- Die Kapitel 1.2 sowie 1.3 widmen sich der Definition des Untersuchungsgegenstandes „linke Gewalt“ und der Methodik der Studie. Aufgrund des empirischen Charakters der Studie wird auf eine Darstellung der theoretischen Debatte zur linken Gewalt weitgehend verzichtet.
- In den Kapiteln 2 bis 4 werden die empirischen Daten zu Ausmaß und Charakteristika linker Gewalt in Berlin sowie das Verhältnis zwischen linker Gewalt und Linksextremismus dargestellt. Kapitel 2 widmet sich den Taten, Kapitel 3 den Tatverdächtigen und Kapitel 4 den Opfern.
- Kapitel 5 vergleicht die Ergebnisse zu linker Gewalt mit denen aus zwei vorangegangenen Studien zu rechter Gewalt und benennt Ähnlichkeiten und Unterschiede.
- In Kapitel 6 werden Maßnahmen gegen linke Gewalt in Berlin dargestellt.
- Abschließend bietet Kapitel 7 einige statistische Vergleichszahlen zur Einordnung der Politisch motivierten Kriminalität.

1.2 Definition des Untersuchungsgegenstandes

1.2.1 Begriffe

Voraussetzung für eine empirische Analyse des Phänomens „linke Gewalt“ ist zunächst eine Klärung der begrifflichen Kategorien. Die vorliegende Studie ist aufgrund der empirischen Datengrundlage an das Definitionssystem des polizeilichen Staatsschutzes („Politisch motivierte Gewaltkriminalität - links“) gebunden. Bezüglich der Empirie sind demnach Sprache und Kategorien des polizeilichen Staatsschutzes maßgeblich.

1.2.2 Kategorisierungssystem des polizeilichen Staatsschutzes

Die bundesweite einheitliche Erfassung politisch motivierter Straftaten obliegt dem Meldedienst der Polizei. Für die Studie wurden Gewalttaten herangezogen, die von der Polizei als Delikte des Phänomenbereiches Politisch motivierte Kriminalität - links (PMK - links) bewertet wurden. Um diese Kategorisierung verständlich zu machen, sind einige Erläuterungen notwendig.

Politisch motivierte Kriminalität (PMK): Im Jahr 2001 einigte sich die Ständige Konferenz der Innenminister und –senatoren der Länder (IMK) auf ein neues und bundeseinheitlich geregeltes Definitionssystem der „Politisch motivierten Kriminalität“ (PMK). Straftaten werden als Politisch motivierte Kriminalität eingestuft, wenn in der Würdigung der Umstände der Tat und / oder der Einstellung des Täters Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sie:

1. den demokratischen Willensbildungsprozess beeinflussen sollen, der Erreichung oder Verhinderung politischer Ziele dienen oder sich gegen die Realisierung politischer Entscheidungen richten,
2. sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand und die Sicherheit des Bundes oder der Länder richten,
3. durch Anwendung von Gewalt oder Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden,
4. gegen eine Person gerichtet sind wegen ihrer politischen Einstellung, Nationalität, Volkszugehörigkeit, Rasse, Hautfarbe, Religion, Weltanschauung, Herkunft oder ihres äußeren Erscheinungsbildes, ihrer Behinderung, ihrer sexuellen Orientierung oder ihres gesellschaftlichen Status und die Tathandlung damit im Kausalzusammenhang steht bzw. sich in diesem Zusammenhang gegen ein Objekt richtet („Hassverbrechen“).

Phänomenbereich PMK - links: Die Politisch motivierte Kriminalität wird weiter nach Phänomenbereichen unterschieden: PMK – links, PMK – rechts und Politisch motivierte Ausländerkriminalität. Die Einordnung in eins der drei Felder der PMK erfolgt anhand der ideologischen Hintergründe der Straftat. Politisch motivierter Kriminalität - links werden Straftaten zugeordnet, wenn in Würdigung der Umstände der Tat und / oder der Einstellung des Täters Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sie einer „linken“ Orientierung zuzurechnen sind.³ Hierzu können zum Beispiel auch Sachbeschädigungen (häufig bei PMK-links) und Propagandadelikte gehören (bei PMK-rechts).

³ Diese Definition ist wesentlich weiter als der vom Verfassungsschutz verwendete Begriff des Linksextremismus. Vgl. Kap. 1.2.3.

Politisch motivierte Gewaltkriminalität: Zur Politisch motivierten Gewaltkriminalität werden nur jene Delikte gezählt, die zusätzlich zu den vier oben genannten Kriterien eine besondere Gewaltbereitschaft des Straftäters erkennen lassen. Dazu zählen: Tötungsdelikte, Körperverletzungen, Brand- und Sprengstoffdelikte, Landfriedensbruch, Gefährliche Eingriffe in den Schiffs-, Luft-, Bahn- und Straßenverkehr, Freiheitsberaubung, Erpressung, Raub, Widerstands- und Sexualdelikte.⁴

Im Verhältnis zu den vor 2001 geltenden Kriterien wurden die Richtlinien dahingehend geändert, dass eine erweiterte Zahl von Delikten als „Politisch motivierte“ Gewalt gelten kann. Zum einen wurde der Begriff der Politisch motivierten Kriminalität vom Extremismusbegriff gelöst. Seither kann eine Straftat auch dann als „Politisch motiviert“ gelten, wenn sie sich nicht explizit gegen das politische System richtet, sondern als „Hassverbrechen“ gegen Angehörige einer gesellschaftlichen Gruppe. Zum zweiten werden im Bereich der Politisch motivierten Kriminalität seit der Neuregelung bewusst auch die Delikte der einfachen Körperverletzung und des Widerstandes gegen Vollstreckungsbeamte – anders als in der allgemeinen polizeilichen Kriminalstatistik – als „Gewaltdelikte“ gezählt.⁵

1.2.3 Abgrenzung zum Linksextremismus-Begriff

Vom Begriff der Politisch motivierten Gewaltkriminalität - links zu unterscheiden ist der Begriff der linksextremistischen Gewalt. Wie oben dargestellt bezieht sich die Definition der PMK-links auf wesentlich mehr Sachverhalte als der Extremismus-Begriff. Während in der Definition der PMK-links von einer „linken“ Orientierung die Rede ist, stellt der Linksextremismus ein qualifizierendes Merkmal dar: „Extremistisch“ sind Bestrebungen dann, wenn sie sich in Ablehnung des demokratischen Verfassungsstaates gegen seine fundamentalen Regeln und Werte richten.⁶ Diese fundamentalen Regeln und Werte, die das Bundesverfassungsgericht 1952 als „freiheitliche demokratische Grundordnung“⁷ definiert hat, werden von linksextremistischen Bestrebungen abgelehnt. Für die Arbeit des Verfassungsschutzes sind diese Merkmale von großer Bedeutung, da der Extremismus-Begriff die vom Gesetzgeber vorgegebene Eingriffsschwelle ist. Der Verfassungsschutz konzentriert sich aufgrund seines gesetzlichen Auftrages auf extremistische Bestrebungen.⁸ Nachfolgend werden alle politisch links motivierten Gewalttaten einschließlich derer mit extremistischem Hintergrund dargestellt. Da sich die Kapitel 2 bis 4 auf das Phänomen PMK - links beziehen, wird der Begriff „linksextremistische Gewalt“ in diesem Teil nicht verwendet. Um die Lesbarkeit der Studie zu verbessern, wird im folgenden der Begriff „linke Gewalt“ synonym für Politisch motivierte Gewaltkriminalität - links verwendet.

⁴ Vgl. den abschließenden Deliktatalog im Anhang, Kap. 8.2.

⁵ Vgl. Kubink (2002). Dieses System wurde Ende 2001 beschlossen und wurde rückwirkend zum 1. Januar 2001 bundesweit umgesetzt.

⁶ § 5 (2) Verfassungsschutzgesetz Berlin (VSG Bln). Vgl. Backes/Jesse (1996), S. 45.

⁷ Vgl. BVerfGE 2, 1 ff; BVerfGE 5, 85 ff.

⁸ Vgl. zum Begriff der extremistischen Bestrebung § 6 Gesetz über den Verfassungsschutz in Berlin (VSG Berlin).

1.3 Methodik

1.3.1 Forschungsdesign

Die vorliegende Publikation schließt methodisch an die beiden Studien „Rechte Gewalt in Berlin“ von 2005 und 2007 an.⁹ Diese basierten auf dem Forschungsdesign früherer Analysen zu rechter Gewalt. Hier sind insbesondere zwei Analysen der Universität Trier aus den Jahren 1993 und 1994 zu nennen sowie eine im Jahr 2001 im Auftrag des Bundesminister des Innern entstandene Straftatenstudie von Peucker/Gaßebner/Wahl.¹⁰

Ein Schwerpunkt liegt in der geografischen Analyse der Gewalttaten (vgl. Kap. 2.2 bis 2.5).

Ebenso wird das Verhältnis der Phänomene „linke Gewalt“ und „Linksextremismus“ zu einander betrachtet.¹¹

Die vorliegende Studie weicht in zwei Punkten von der Publikation über rechte Gewalt ab:

1. Die Analyse wird deutlich machen, dass linke Gewalt wesentlich heterogener ist als rechte Gewalt. Sie umfasst so unterschiedliche Kontexte und Ziele wie spontane Einzeltaten, gewalttätig dynamisiertes Demonstrationsgeschehen wie im Kontext des 1. Mai bis zu konspirativ vorbereiteten Anschlägen auf Institutionen. Diese Erkenntnis legte an einzelnen Stellen getrennte Analysen von Teilmengen der Daten nahe, zum Beispiel der demonstrationsbezogenen Gewalttaten.
2. Eine Neuerung ist das vergleichende Kapitel 5.

Ziel der Studie ist es, mit neuen empirischen Daten zur gesellschaftlichen Debatte über die Ursachen linker Gewalttaten und über Bekämpfungsstrategien beizutragen. Auf eine eigene Interpretation der Daten im Sinne einer solchen Ursachendebatte wird an dieser Stelle verzichtet. Die Studie analysiert quantitative Daten, keine Kausalzusammenhänge. Darüber hinaus konzentriert sie sich – anders als der Diskurs über die Ursachen linker Gewalt – ausschließlich auf die Erscheinungsformen linker Gewalt in Berlin.

Für eine Debatte über die Empirie, Ursachen und Gegenstrategien hinsichtlich linker Gewalt in Berlin plant der Verfassungsschutz Berlin eine Fachkonferenz unter Beteiligung von Politik, Wissenschaft und Behörden.¹²

Die Senatsverwaltung für Inneres und Sport hat darüber hinaus einen Forschungsauftrag an die Freie Universität Berlin vergeben, in dem den Ursachen der Gewalt am 1. Mai 2009 nachgegangen werden soll. Das Ergebnis soll in der ersten Jahreshälfte 2010 vorliegen.

⁹ Vgl. Senatsverwaltung für Inneres (2005a): Im Fokus: Rechte Gewalt in Berlin. Berlin. Senatsverwaltung für Inneres und Sport (2007a): Im Fokus: Rechte Gewalt in Berlin 2003-2006. Berlin.

¹⁰ Vgl. Willems u. a. (1993); Willems/Würz/Eckert (1994); Peucker/Gaßebner/Wahl (2001). Vgl. zu den Unterschieden zwischen den „Berliner Studien“ des Verfassungsschutzes Berlin und den „Trierer Studien“ sowie der Peucker/Gaßebner/Wahl-Studie Senatsverwaltung für Inneres (2007a), S. 12.

¹¹ Vgl. insbesondere Kap. 2.5 und 3.6.

¹² Die Konferenz findet im November 2009 in den Räumlichkeiten des Deutschen Historischen Museums in Berlin statt. Vgl. Kap. 6.

1.3.2 Datengrundlage

Untersucht werden alle polizeilich erfassten Fälle Politisch motivierter Gewaltkriminalität - links, die zwischen dem 1. Januar 2003 und dem 31. Dezember 2008 in Berlin begangen wurden. Die Daten zu den Gewalttaten stammen aus Ermittlungsverfahren des polizeilichen Staatsschutzes. Da es sich bei der Datengrundlage um Ermittlungsverfahren handelt, ist die vorliegende Studie eine *Tatverdächtigenanalyse*. Verurteilungen und verfahrensbeendende Entscheidungen der Staatsanwaltschaft wurden jedoch – soweit vorhanden – im Hinblick auf Daten zur sozioökonomischen Verortung der Tatverdächtigen ausgewertet.

Insgesamt wurden 835 Gewalttaten analysiert. Zu einer Gewalttat sind häufig mehrere Tatverdächtige ermittelt worden. Je nach Fragestellung wurden entweder 835 Datensätze (einer pro Tat) oder bis zu 1.360 Datensätze (einer pro Tatverdächtigem) untersucht. Diese Datensätze enthalten jedoch in der Regel nicht zu jedem Indikator Angaben. So umfassen die 1.360 Datensätze zu Tatverdächtigen 810 Fälle mit bekanntem und 550 Fälle mit unbekanntem Tatverdächtigem. Insbesondere Brandstiftungen wurden häufig von nicht ermittelbaren Tätern verübt. In diesen Fällen liegen zwar keine oder nur wenige Daten¹³ zum Tatverdächtigen vor, es können aber Angaben über Tatort, Tatablauf¹⁴ und Opfer ausgewertet werden. Die Anzahl der Datensätze, die zu dem jeweils untersuchten Indikator verwertbare Informationen enthielt und ausgewertet wurde, wird in jedem Unterkapitel angegeben.¹⁵

Im Verlauf der Studie hat sich gezeigt, dass es drei Tatkontexte gibt, die für linke Gewalt in Berlin zwischen 2003 bis 2008 quantitativ herausragende Bedeutung hatten und sich im Tatablauf oft unterscheiden. Dies sind Gewalttaten mit Demonstrationsbezug (371 Taten), Brandstiftungen (268 Taten) und „gegen rechts“ gerichtete Gewalt (232 Taten). Diese drei Tatkontexte werden daher bei vielen Indikatoren getrennt analysiert. Per Definition gibt es dabei eine Schnittmenge, denn die Variablen Demonstrationsbezug, Brandstiftungsdelikt und „gegen rechts“ gerichtete Gewalt können alle auch bei ein und derselben Tat zutreffen. Wie die Analyse zeigt, sind jedoch klare Unterschiede erkennbar.

Die geografische Zuordnung einer Gewalttat zum Land Berlin erfolgt allein aufgrund des Tatortes. Linke Gewalttaten, die von in Berlin wohnhaften Personen außerhalb des Landes Berlin begangen wurden, sind somit nicht in die Analyse eingeflossen.

Für den Vergleich zum Phänomen des Linksextremismus wurden die dem Berliner Verfassungsschutz vorliegenden Informationen über linksextremistische Strukturen in Berlin ausgewertet.

1.3.3 Methodische Probleme

Aus wissenschaftlicher Sicht muss berücksichtigt werden, dass bei Erhebung der Datengrundlage nicht wissenschaftliche, sondern polizeiliche Kriterien angewandt wurden.

⇒ Bei den polizeilichen Ermittlungsverfahren und daran anschließenden gerichtlichen Verfahren stehen juristische Kategorien im Vordergrund. Daher werden an dieser Stelle Daten,

¹³ Z. B. Geschlechtsangabe aufgrund Täterbeschreibung.

¹⁴ Seit 2007 steht die Polizei aus technischen Gründen vor vermehrten Problemen der eindeutigen Zuordnung zwischen Brandlegungsmitteln und Tätermotivation. Das wirkt sich in einem erhöhten Unsicherheitsfaktor bei der Gesamteinordnung aus.

¹⁵ Zu jeder Abbildung ist die Anzahl der auswertbaren Datensätze (n) unter der Grafik angegeben.

die nicht zur Klärung des strafrechtlichen Sachverhaltes benötigt werden, nicht systematisch erhoben. Das hat zur Folge, dass sozialwissenschaftlich interessante Punkte, etwa zur sozialen Herkunft des Tatverdächtigen, nicht gezielt abgefragt werden (können), sondern nur zu einem kleineren Teil der Tatverdächtigen vorliegen.

- ⇒ Da die vorliegende Studie auf dem Meldesystem PMK beruht, basieren die Daten auf einem frühen Erkenntnisstand im Ermittlungsverfahren. Es handelt sich um eine Tatverdächtigenanalyse, nicht um eine Täteranalyse.
- ⇒ Die Studie umfasst nur polizeilich bekannt gewordene Straftaten. Das Dunkelfeld ist nur schwer abschätzbar. Allerdings dürfte das Hellfeld größer sein als bei vielen anderen Kriminalitätsphänomenen, da die Polizei häufig selber das Ziel linker Gewalt ist. Viele Delikte richten sich gegen Behörden oder Unternehmen. Diese Akteure zeigen Gewalttaten aufgrund gesetzlicher Verpflichtung oder aufgrund von Nachweispflichten zur Geltendmachung von Versicherungsschutz vermutlich häufiger an als Privatpersonen.

Die Stellen, an denen diese Faktoren die Ergebnisse der Studie beeinflussen könnten, sind im Text ausdrücklich hervorgehoben.

2 TATEN

Empirische Befunde

- ⇒ **Deliktstruktur 1:** Brandstiftung (28 %)¹⁶, Körperverletzungsdelikte (30 %) und Landfriedensbruch (27 %) sind die mit Abstand häufigsten linken Gewaltdelikte in Berlin. Daneben spielt Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte eine Rolle (7 %). Während die Fallzahlen für Körperverletzung und Landfriedensbruch im Untersuchungszeitraum einigermaßen stabil sind, schwankt die Zahl der Brandstiftungen stark. Seit 2007 ist hier ein deutlicher Anstieg festzustellen.
- ⇒ **Deliktstruktur 2:** Fast jede zweite linke Gewalttat (44 %) ereignet sich im Zusammenhang mit Demonstrationen. Das hervorstechende Gewaltdelikt bei Demonstrationen ist der Landfriedensbruch (50 %).
- ⇒ **Tatort 1:** Die weit überwiegende Anzahl der Gewalttaten wurde im öffentlichen Straßenland verübt (83 %). Weitere 5 % ereigneten sich im Umfeld des öffentlichen Personennahverkehrs, also in und an Bahnhöfen, Bussen und Bahnen.
- ⇒ **Tatort 2:** Linke Gewalt konzentriert sich an wenigen Stellen in der Stadt: etwa zwei Drittel der Taten werden in nur vier der 92 Ortsteile Berlins begangen. Der häufigste Tatort ist der Ortsteil Friedrichshain (155 Taten, 19 %). Danach folgen die Ortsteile Kreuzberg und Mitte (jeweils 146 Taten, 17 %) vor Prenzlauer Berg (100 Taten, 12 %).
- ⇒ **Tatort 3:** Insbesondere in den Ortsteilen Mitte und Kreuzberg, aber auch in mehreren Ortsteilen des Bezirkes Lichtenberg, tragen demonstrationsbezogene Gewalttaten wesentlich zur Belastung mit linker Gewalt bei.
- ⇒ **Wohnort:** Drei Viertel der Tatverdächtigen wohnen in Berlin. Der Rest verteilt sich vor allem auf Brandenburg und urbane Zentren im Bundesgebiet. Die Berliner Tatverdächtigen wohnen vorrangig in den Ortsteilen Friedrichshain und Neukölln (jeweils 17 %), sowie in Prenzlauer Berg und Kreuzberg (jeweils 11 %).
- ⇒ **Tatort-Wohnort:** Die direkte Nähe zum eigenen Wohnumfeld (Revierverhalten) spielt bei Brandstiftungen und „gegen rechts“ gerichteten Gewalttaten eine Rolle. Bei demonstrationsbezogenen Gewaltdelikten wird dagegen fast jede vierte Tat von „Krawalltouristen“ begangen (Tatverdächtige mit Wohnsitz in über 50 km Entfernung vom Tatort). Ihr Anteil an Gewalttaten auf Demonstrationen ist mehr als doppelt so hoch wie bei der nicht-demonstrationsbezogenen linken Gewalt.
- ⇒ **Verdichtete Räume:** Die geographischen Räume linker Gewalt sind die gleichen wie die der linksextremistischen Szene in Berlin. Dort, wo linke Gewalttaten begangen werden und linke Gewalttäter wohnen, befinden sich die meisten Treff- und Wohnorte von aktionsorientierten Linksextremisten: in Friedrichshain, Kreuzberg und Prenzlauer Berg.

¹⁶ Alle Prozentangaben in dieser Studie wurden auf volle Prozentpunkte gerundet.

- ⇒ **Tatzeit 1:** Im Untersuchungszeitraum wurden durchschnittlich 139 linke Gewalttaten pro Jahr polizeibekannt. Zwischen 2003 und 2006 blieb die Anzahl der Taten in absoluten Zahlen einigermaßen konstant. 2007 stieg die Zahl vor allem aufgrund zahlreicher Brandanschläge deutlich an und ging 2008 nur leicht zurück.
- ⇒ **Tatzeit 2:** Jede Vierte linke Gewalttat (24 %) wird im Monat Mai begangen. Dies liegt trotz zwischenzeitlich rückläufiger Tendenz in erster Linie an den gewaltsamen Ausschreitungen rund um den 1. Mai. Auf die ersten 48 Stunden des Monats Mai entfallen 79 der 201 Gewalttaten im Mai.
- ⇒ **Tatzeit 3:** Zwei Drittel aller Gewalttaten wurden zwischen 18 und 6 Uhr begangen. Auch hier sind klare Unterschiede nach Deliktkontext zu erkennen. Brandstiftungen wurden fast ausschließlich in den Nachtstunden begangen. Lag der Tatzeitpunkt dagegen am Tag, wurde die Gewalttat meist im Kontext einer Demonstrationen verübt.
- ⇒ **Tatmittel:** Ungefähr die Hälfte der Gewalttaten (48 %) wurde ohne jedes Tatmittel begangen. In weiteren 25 % der Fälle wurden Gegenstände wie Flaschen und Steine verwendet. Bei einem Viertel der Taten wurden gewaltspezifischere Tatmittel benutzt, insbesondere Brandmittel (20 %), aber auch Schlagwerkzeug, sowie Hieb-, Stich- und (selten) Schusswaffen.

Interpretation

- ⇒ **Kein einheitliches Phänomen:** Es gibt nicht „die“ Linke Gewalt. Demonstrationsbezogene Delikte, Brandstiftungen und Gewalt „gegen rechts“ haben unterschiedliche Schwerpunkte in Deliktstruktur, Tatorten und Tatzeitpunkten. Allerdings existieren auch Schnittmengen zwischen diesen Phänomenbereichen.
- ⇒ **Gewalt im politischen Raum:** Die demonstrationsbezogene linke Gewalt orientiert sich an politischen Räumen. Viele Gewalttaten finden zum einen im Umfeld staatlicher Repräsentationsobjekte in Berlin-Mitte statt. Zudem führen Demonstrationenrouten in der Regel zu bewusst gewählten Objekten oder Orten, die in einem politischen Zusammenhang mit dem Demonstrationsthema stehen. Linke Gewalt sucht eine politische Bedeutung und wird politisch gerechtfertigt. Darauf deutet auch die hohe Entfernung zum Wohnort vieler Tatverdächtiger hin.
- ⇒ **Gewalt im eigenen Lebensumfeld:** Das eigene Lebensumfeld der Täter spielt bei Brandstiftung und bei „gegen rechts“ gerichteten Delikten eine Rolle. Im „eigenen Revier“ soll Macht demonstriert und aus Sicht der Tatverdächtigen unerwünschte Meinungen und Lebensstile vertrieben werden.
- ⇒ **Verdichtete Räume:** Die Korrelation der verdichteten Räume der PMK - links und des Linksextremismus deuten auf ein gemeinsames soziales Umfeld in bestimmten Gegenden hin, in denen linke Gewalttäter und Linksextremisten agieren und leben.
- ⇒ **Gewalt am 1. Mai:** Von den zahlreichen Gewaltakten rund um den 1. Mai wird nur ein Teil als Politisch motivierte Gewalt bewertet. Dies führt dazu, dass „nur“ 79 Gewalt-

taten, die zwischen 2003 und 2008 jeweils in den ersten 48 Stunden des Monats Mai begangen wurden, in diese Studie eingingen. Mit fast zehn Prozent (79 von 835 der linken Gewalttaten) hat die Gewalt rund um den 1. Mai einen wichtigen Anteil an der linken Gewalt in Berlin.

⇒ **Spontane und geplante Taten:** Der Anteil der geplanten Taten kann nicht genauer bestimmt werden. Festzuhalten ist aber, dass geplante und vorbereitete Taten im Kontext der linken Gewalt kein Randphänomen sind. Eindeutige Hinweise können einigen Selbstbeziehungsschreibern wie bei den Anschlägen der „militanten Gruppe“ (mg) oder den Umständen von Gewalttaten etwa im Rahmen von militanten Kampagnen oder gewalttätigen Antifa-Aktivitäten entnommen werden.

2.1 Deliktstruktur

Insgesamt können 37 Strafrechtsnormen der Kategorie Politisch motivierte Gewaltkriminalität zugeordnet werden, darunter so unterschiedliche Delikte wie Gefährlicher Eingriff in den Straßenverkehr und Mord. Die linken Gewaltdelikte in Berlin konzentrieren sich auf drei Delikte: Brandstiftung, Körperverletzung und Landfriedensbruch. Wenn ein Tatverdächtiger gegen mehrere Strafrechtsnormen verstößt, wird jeweils das schwerwiegendste Delikt gezählt (maßgeblich für die Schwere ist das Strafmaß im Strafgesetzbuch). Sachbeschädigungen wie eingeworfene Fensterscheiben und Farbbeutelwürfe werden nicht als Gewaltdelikte gezählt.¹⁷

Wie Abb. 2 (Seite 17) zeigt, sind Brandstiftungen mit rund einem Drittel der Fälle (32 %) die häufigste Deliktart. Dies ist eine Folge der hohen Fallzahlen seit 2007 (vgl. Abb. 3). Einfache Brandstiftung (§ 306 Strafgesetzbuch, StGB) macht 29 %, Schwere Brandstiftung (§ 306 a) 3 % der Fälle aus. Weitere 30% der linken Gewalt in Berlin entfallen auf einfache und gefährliche Körperverletzung. Die einfache Körperverletzung (§ 223) macht 13 %, die gefährliche Körperverletzung (§ 224) 17 % der Delikte aus. Weitere 28 % der linken Gewalt in Berlin sind einfacher und besonders schwerer Landfriedensbruch (§ 125/ 125 a). Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte (§ 113) macht 7 % der Fälle aus. Die restlichen Delikte (3 %) verteilen sich überwiegend auf Raub und gefährliche Eingriffe in den Straßenverkehr.

In zwei Fällen wurde zunächst wegen versuchten Totschlags ermittelt (§ 212 StGB). In einem Fall 2008 wurde das Ermittlungsverfahren auch mit dem Tatvorwurf des versuchten Totschlags abgeschlossen. Das Gerichtsverfahren wurde noch nicht eröffnet. Das Opfer wurde auf dem Bahnsteig Ostkreuz wartend aus einer Gruppe als „dummes Nazischwein“ beschimpft und von 3 - 4 Personen ins Gesicht geschlagen, getreten und anschließend ins Gleisbett gestoßen. Das Opfer erlitt Platzwunden und Schwellungen, konnte aber aus eigener Kraft wieder auf den Bahnsteig klettern. In dem anderen Fall wurde der Tatvorwurf im späteren Verfahren abgemildert und der Tatverdächtige in diesem Punkt freigesprochen. Beide Vorkommnisse betrafen „links-rechts“-Auseinandersetzungen.¹⁸

¹⁷ Vgl. Kap. 1.2 und den Deliktatalog für Gewalttaten in Kap. 8.2. Die genannten Sachbeschädigungen erfüllen natürlich Straftatbestände. Sie werden strafrechtlich verfolgt und – sofern politisch motiviert – in der Rubrik PMK-links gezählt. Sie gehen jedoch nicht in die Zählungen der hier untersuchten *Gewaltdelikte* ein.

¹⁸ Vgl. zu „links-rechts“-Auseinandersetzungen Kap. 4.2.4.

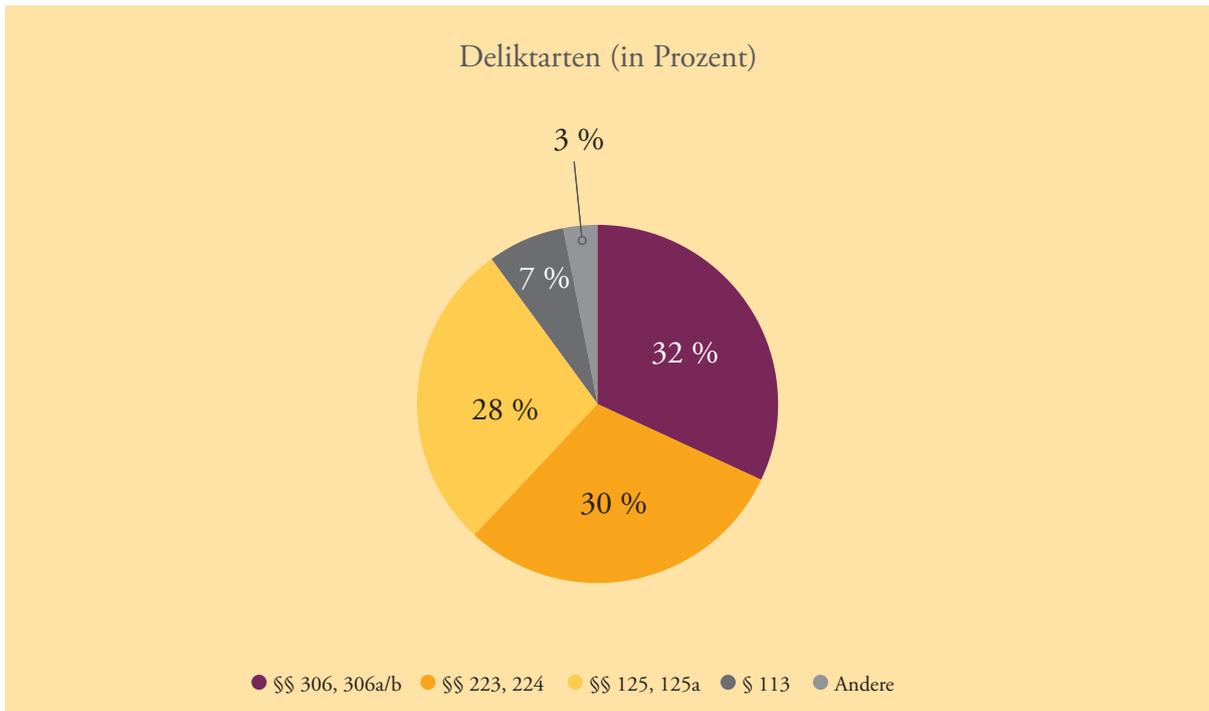


Abb. 2: Anteil der Delikte gesamt (in Prozent, $n = 835$)

Über den Auswertungszeitraum 2003 bis 2008 hinweg veränderte sich der Anteil der jeweiligen Delikte (vgl. Abb. 3). Der Anteil der Brandstiftungen war den stärksten Schwankungen unterworfen. 2003 machten Brandstiftungen 28 % der Delikte aus (28 Taten). Ihr Anteil sank von 2004 bis 2006 auf 10 bis 15 % ab (zwischen 12 und 16 Taten pro Jahr), bevor er 2007 auf 57 % empor schnellte (106 Taten) und 2008 mit 46 % (78 Taten) auf hohem Niveau blieb. Seit 2007 und bis in die Gegenwart sind Brandstiftungen das häufigste Delikt politisch links motivierter Gewalt in Berlin.

Delikte des Landfriedensbruchs haben einen eher stabilen Anteil an der linken Gewalt in Berlin, zwischen 22 % (2008) und 36 % (2004) bzw. zwischen 28 und 48 Taten im Jahr. Körperverletzungsdelikte machten zwischen 2003 und 2006 stabil zwischen 35 und 41 % der Delikte aus, bevor ihr Anteil 2007 und 2008 deutlich zurückging (auf 17 % bzw. 22 %). Die absolute Anzahl der Körperverletzungsdelikte schwankt zwischen 31 (2007) und 53 (2004). Zurückgegangen ist das Delikt Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte, von 12 % (2005) auf 9 % (2008), das allerdings häufig in Verbindung mit schwerwiegenderen Delikten begangen wird und deshalb in diesen Fällen nicht gesondert gezählt wird.

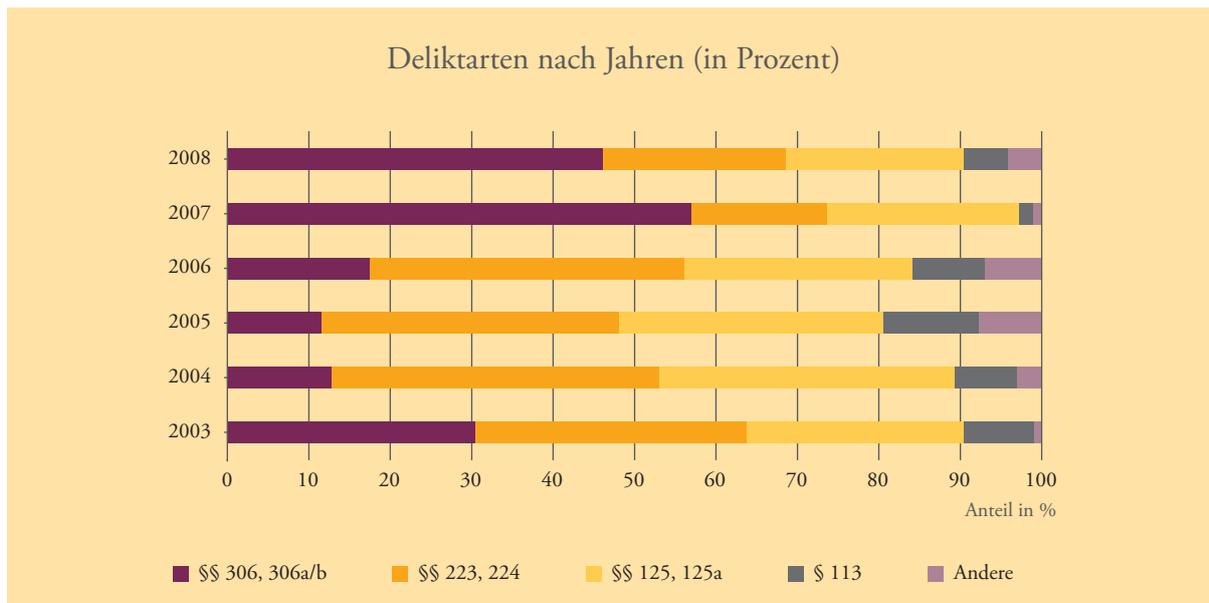


Abb. 3: Delikte nach Jahren (in Prozent, $n = 835$)

Fast jede zweite linke Gewalttat ereignet sich im Zusammenhang mit Demonstrationen (371 von 835 Delikten, 44 %).¹⁹ Die Deliktverteilung bei Demonstrationen unterscheidet sich deutlich von der Gesamtverteilung. Das hervorstechende Delikt im Kontext von Demonstrationen ist der Landfriedensbruch (50 %). Im Vergleich zur Gesamtheit linker Gewalt umfassen demonstrationsbezogene Gewalttaten öfter Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte. Körperverletzungen werden in etwa gleich häufig begangen; politisch motivierte Brandstiftungsdelikte im Kontext von Demonstrationen kommen auf 12% (vgl. Abb. 4).²⁰

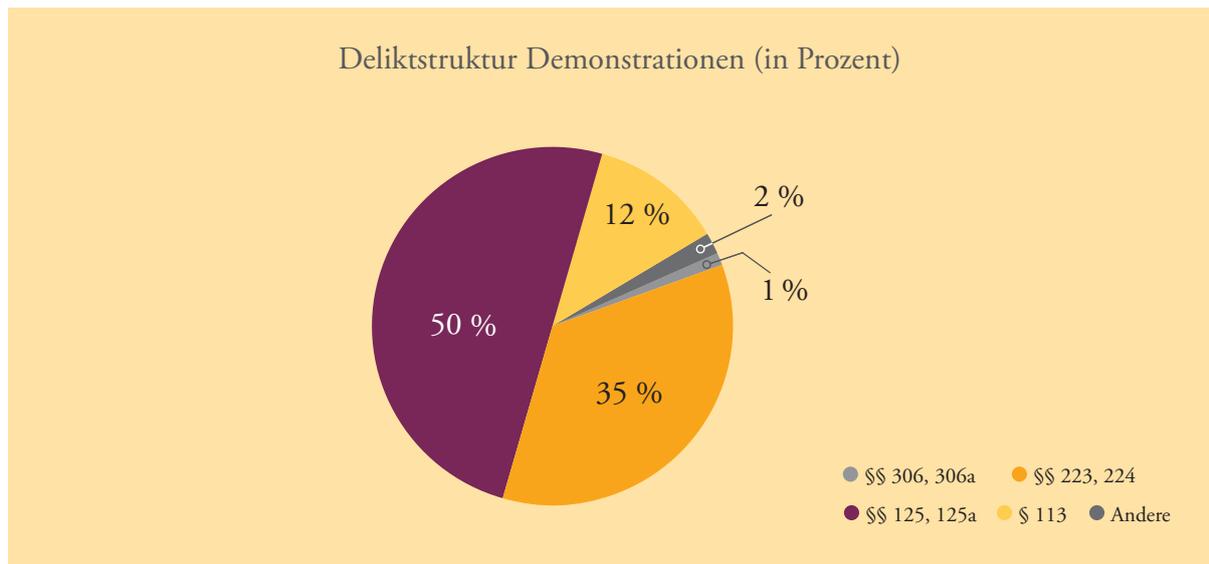


Abb. 4: Anteil der Delikte bei Demonstrationen (in Prozent, $n = 371$)

¹⁹ Der Begriff „demonstrationsbezogen“ soll verdeutlichen, dass sowohl Delikte im Verlauf von Demonstrationen gemeint sind als auch solche, die in einem zeitlichen oder räumlichen Zusammenhang mit einer Demonstration stehen, z. B. während der Zu- oder Abstromphase.

²⁰ Zu demonstrationsbezogenen Gewalttaten vergleiche (kritisch): Backes/Reichenbach (2002).

Vermutlich ist der Anteil der im weiteren Sinne demonstrationsbezogenen Delikte sogar noch höher. Gewaltbereite Demonstrationsteilnehmer sind häufig aufgrund starker Polizeipräsenz an tatsächlicher Gewaltausübung gehindert bzw. werden durch aus ihrer Sicht unangebrachten Polizeieinsatz in ihrer Gewaltbereitschaft bestärkt. Solche Frustrationserlebnisse werden zum Teil durch Gewalttaten in einem zeitlichen Abstand zum Demonstrationsgeschehen kompensiert.

2.2 Geographie 1: Öffentlicher und privater Raum

Die geographische Analyse linker Gewalttaten kann Aufschlüsse über Intentionen und Kontextfaktoren einer Tat geben. Dabei geht es nicht alleine um eine Verortung von Gewalttaten in einer Straße oder einem Stadtteil, sondern auch um die Frage, in welchem räumlichen Umfeld die Tat stattfand. Zur Interpretation der Gewalttaten ist es wichtig zu wissen, ob die Tat im öffentlichen Raum (also prinzipiell für jeden beobachtbar) oder in privaten Räumen begangen wird, weil dies hinsichtlich der Signalwirkung der Gewalttat von Bedeutung ist. Für die Analyse wurde zwischen drei abstrahierten Räumen differenziert, die sich hinsichtlich der Zugangsbeschränkungen unterscheiden:

1. **Öffentlicher Raum (ÖR):** Der öffentliche Raum zeichnet sich durch die unbeschränkten Zugangsmöglichkeiten aus. Hierzu zählt vor allem das öffentliche Straßenland.
2. **Eingeschränkt öffentlicher Raum (ER):** Der eingeschränkt öffentliche Raum unterliegt dem Hausrecht eines Eigentümers oder Betreibers, ist aber zu bestimmten Zwecken jedem zugänglich (z. B. Bahnhöfe, Gaststätten).
3. **Privater Raum (PR):** Der private Raum ist nur Zugangsberechtigten zugänglich oder bedarf zum legalen Betreten des Einlassens durch einen dazu Berechtigten (z. B. Wohnhäuser, Firmengelände ohne Kundenverkehr).

Auf den öffentlichen Raum entfielen rund 83 % der Gewalttaten. Im eingeschränkt öffentlichen Raum ereigneten sich rund 13 % der Gewalttaten. Nur 4 % der linken Gewalttaten wurden im privaten Raum begangen. Somit konzentriert sich linke Gewalt auf das öffentliche Straßenland (vgl. Abb. 5). Mit großem Abstand folgen Gewalttaten im Umfeld des öffentlichen Personennahverkehrs, wo 5 % der linken Gewalttaten begangen wurden (4 % an Bahnhöfen und 1 % in öffentlichen Verkehrsmitteln). Andere eingeschränkt öffentliche Orte wie Bildungseinrichtungen und Gaststätten spielen als Taträume linker Gewalt eine ebenso untergeordnete Rolle wie der private Raum. Die Tatort-Anteile blieben nach Jahren betrachtet relativ konstant.

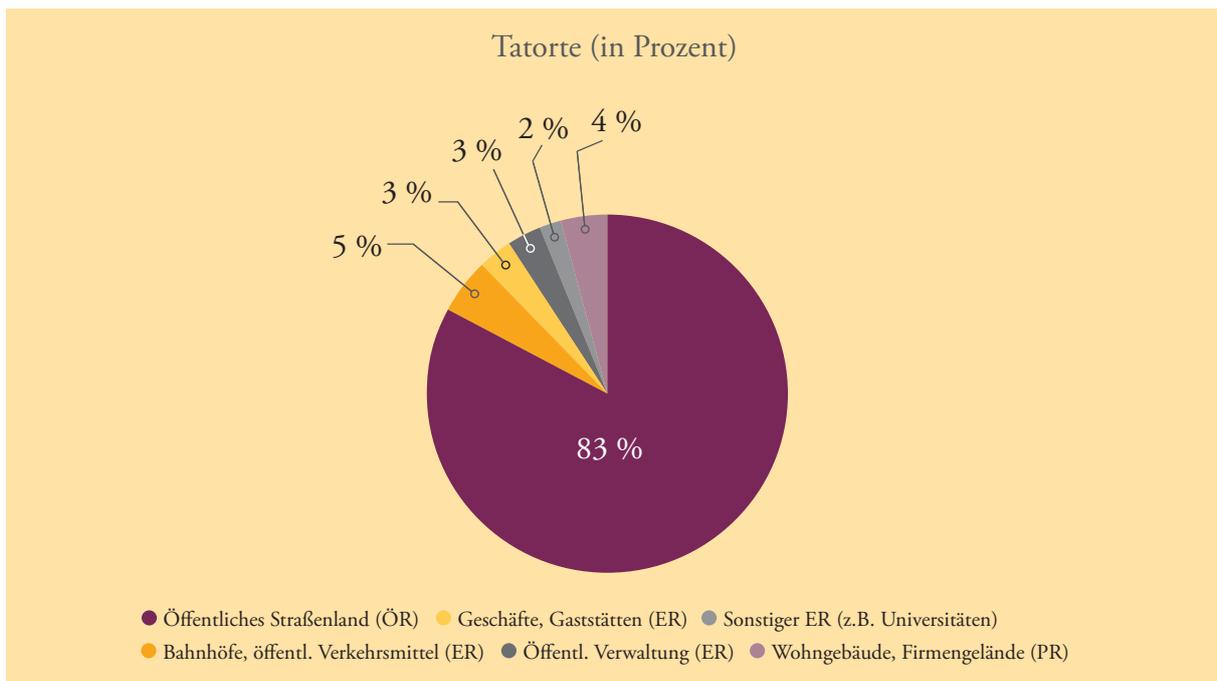


Abb. 5: Tatorte (in Prozent, $n = 832$)

Gründe für den hohen Anteil der im öffentlichen Straßenland begangenen Taten sind die Gewalttaten im Zusammenhang mit Demonstrationen und die Brandstiftungen an Kraftfahrzeugen. Insbesondere bei „links-rechts“-Delikten ist auch die Gelegenheitsstruktur wichtig: Täter treffen ihre Opfer meist zufällig auf der Straße. Diese These der zufälligen Begegnung wird gestützt durch weitere Befunde zum Zeitablauf und der Opferauswahl.²¹

2.3 Geographie 2: Tat- und Wohnorte

2.3.1 Tatorte

Linke Gewalt konzentriert sich an einigen wenigen Orten in Berlin. Drei Viertel der Gewalttaten entfallen auf drei der zwölf Berliner Bezirke: auf Friedrichshain-Kreuzberg (35 %), Mitte (22 %) und Pankow (15 %).

Die Taten konzentrieren sich in der Regel auf bestimmte Ortsteile in den Bezirken.²² Beispielsweise gibt es im Bezirk Mitte gering betroffene Ortsteile wie das Hansaviertel (drei Taten) oder Moabit (vier Taten) neben stark betroffenen Ortsteilen wie Mitte (146 Taten). Im Bezirk Pankow ereigneten sich die meisten Fälle im Ortsteil Prenzlauer Berg (100 von 122 Taten).

Etwa zwei Drittel der Gewalttaten (547 von 835) wurden in nur vier der 92 Ortsteile Berlins begangen. Der Ortsteil mit den meisten Taten 2003 bis 2008 war mit 155 Taten (19 %) der Ortsteil Friedrichshain. Danach folgen die Ortsteile Kreuzberg und Mitte (jeweils

²¹ Vgl. zum Zeitablauf Kap. 2.6.3 und 2.6.4, zur Opferauswahl Kap. 4.2.

²² Seit der Verwaltungsreform 2001 gliedert sich Berlin in zwölf Bezirke und 92 Ortsteile. Dabei kann sich eine Bezeichnung auf verschiedenen Ebenen wiederholen: so umfasst der Bezirk Pankow 13 Ortsteile, von denen einer ebenfalls Pankow heißt. Vgl. die Karte der Berliner Bezirke und Ortsteile im Anhang.

146 Taten, 17 %) vor Prenzlauer Berg (100 Taten, 12 %). Auch die Ortsteile Lichtenberg und Rummelsburg (beide Bezirk Lichtenberg) sind mit jeweils 24 linken Gewalttaten (3 %) überdurchschnittlich stark betroffen. Die Belastung der Ortsteile Lichtenberg und Rummelsburg ist durch links-gegen-rechts-Gewalttaten erklärbar. Der Anteil der „gegen rechts“ gerichteten linken Gewalttaten liegt im ganzen Bezirk Lichtenberg deutlich höher als in der Gesamtverteilung.²³

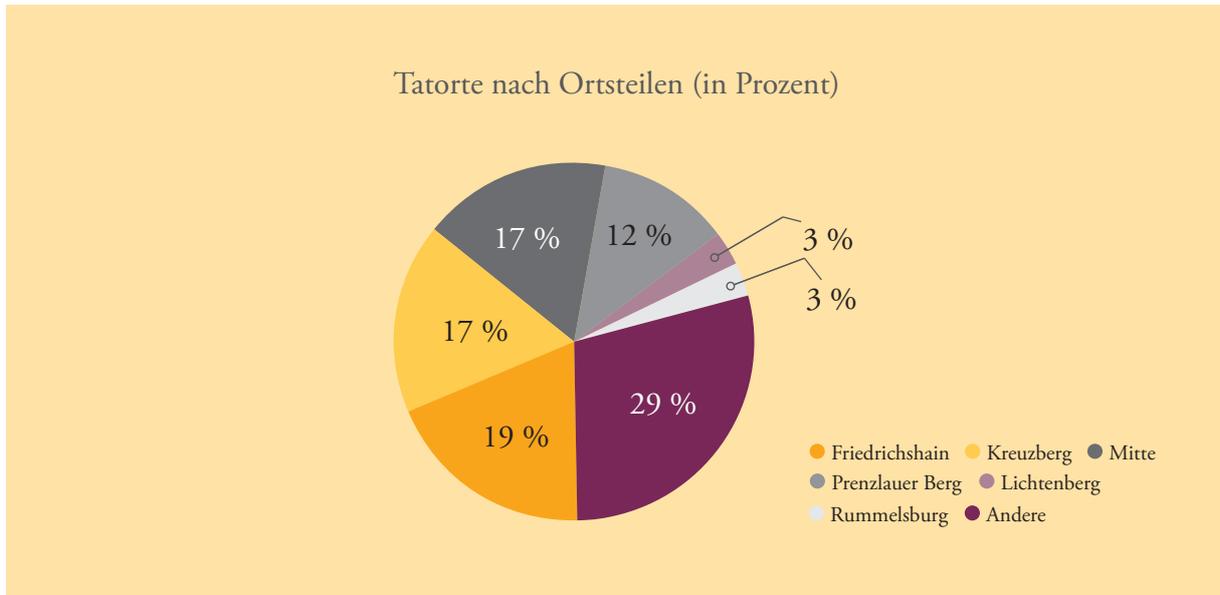


Abb. 6: Tatorte nach Ortsteilen (in Prozent, n=835)

Eine gesonderte Betrachtung der demonstrationsbezogenen Gewalttaten zeigt: Die Ortsteile Mitte und Kreuzberg sind überdurchschnittlich von demonstrationsbezogenen Gewalttaten betroffen.

Ortsteil	Gewalttaten mit Demonstrationsbezug (absolute Anzahl)	Anteil der Gewalttaten mit Demonstrationsbezug an allen Gewalttaten im Ortsteil
Mitte	91	62 %
Kreuzberg	76	52 %
Prenzlauer Berg	40	40 %
Friedrichshain	40	26 %
Berlin gesamt	371	44 %

Abb. 7 Demonstrationsbezogene Gewalttaten nach Ortsteilen (in ganz Berlin n=371) und ihr Anteil an den gesamten Gewalttaten im jeweiligen Ortsteil

²³ Vgl. S. 23.

In Friedrichshain ist dagegen – bei gleichen absoluten Zahlen wie in Prenzlauer Berg – prozentual eine stark unterdurchschnittliche Relevanz der demonstrationsbezogenen Gewalt festzustellen. Dies liegt vor allem an den hohen Fallzahlen von politisch motivierten Brandstiftungen an Autos in diesem Ortsteil. Brandstiftungen kommen vor allem in den Ortsteilen Friedrichshain (64 Taten), Kreuzberg (57 Taten), Prenzlauer Berg (37 Taten) und Mitte (35 Taten) vor.

Ortsteil	Anzahl der Brandstiftungen	Anteil der Brandstiftungen an allen Gewalttaten im Ortsteil
Friedrichshain	64	41 %
Kreuzberg	57	39 %
Prenzlauer Berg	37	37 %
Mitte	35	24 %
Berlin gesamt	268	32 %

Abb. 8: Brandstiftungen nach Ortsteilen (in ganz Berlin n=268) und ihr Anteil an den gesamten Gewalttaten im jeweiligen Ortsteil

Ein drittes großes Phänomenfeld linker Gewalt sind Gewalttaten „gegen rechts“. Die Tatorte „gegen rechts“ gerichteter linker Gewalt verteilen sich nach Ortsteilen wie folgt: Friedrichshain vor Prenzlauer Berg und Mitte. Dagegen spielt Kreuzberg als Tatort von Gewalt „gegen rechts“ keine Rolle, während mehrere Ortsteile des Bezirkes Lichtenberg von linker Gewalt „gegen rechts“ stärker betroffen sind.

Ortsteil	Anzahl der Gewalttaten „gegen rechts“	Anteil der Gewalttaten „gegen rechts“ an allen Gewalttaten im Ortsteil
Friedrichshain	38	25 %
Prenzlauer Berg	28	28 %
Mitte	18	12 %
Rummelsburg	15	63 %
Lichtenberg	14	58 %
Friedrichsfelde	13	76 %
Berlin gesamt	232	28 %

Abb. 9: Gewalttaten „gegen rechts“ nach Ortsteilen (in ganz Berlin n=232) und ihr Anteil an den gesamten Gewalttaten im jeweiligen Ortsteil

Die nachfolgende Tabelle stellt diese unterschiedlichen Schwerpunkte in einen vergleichenden Überblick nach Ortsteilen nebeneinander.

Ortsteil	Absolute Anzahl Gewalttaten				Anteil der jeweiligen Gewaltart an allen Gewalttaten im Ortsteil		
	Gesamt	Demonstrationsbezug	Brandstiftungen	„gegen rechts“	Demonstrationsbezug	Brandstiftungen	„gegen rechts“
Friedrichshain	155	40	64	38	26 %	41 %	25 %
Kreuzberg	146	76	57	5	52 %	39 %	3 %
Mitte	146	91	37	18	62 %	24 %	12 %
Prenzlauer Berg	100	40	35	28	40 %	37 %	28 %
Rummelsburg	24	12	2	15	50 %	8 %	63 %
Lichtenberg	24	13	5	14	54 %	21 %	58 %
Neukölln	17	3	11	4	18 %	65 %	24 %
Friedrichsfelde	17	12	2	13	71 %	12 %	76 %
<i>andere</i>	<i>206</i>	<i>84</i>	<i>56</i>	<i>97</i>	<i>41 %</i>	<i>21 %</i>	<i>42 %</i>
Berlin gesamt	835	371	268	232	44 %	32 %	28 %

Abb. 10: Demonstrationsbezogene Gewalttaten (n=371), Brandstiftungen (n=268) und „gegen rechts“ gerichtete Gewalttaten (n=232) nach Ortsteilen.

2.3.2 Wohnorte

Ein wichtiger Indikator zur Bewertung linker Gewalttaten ist neben dem Tatort der Wohnort der Tatverdächtigen. Drei Viertel aller ermittelten Tatverdächtigen waren in Berlin gemeldet (74 %). Linke Gewalt geht also überwiegend von Ortsansässigen aus (vgl. Abb. 11). Die nicht in Berlin gemeldeten Tatverdächtigen kommen fast ausschließlich aus dem übrigen Bundesgebiet – nur ein Prozent der Tatverdächtigen hatte zum Zeitpunkt der Tatbegehung seinen Wohnsitz im Ausland, zwei Prozent hatten keinen festen Wohnsitz. Außer im Nachbarland Brandenburg (10 %) zeichnen sich keine weiteren Schwerpunkte ab. Aus dem restlichen Bundesgebiet stammen 13 % der Tatverdächtigen. Die meisten der auswärtigen Tatverdächtigen wohnen in größeren Städten, erneut ohne klare Schwerpunkte.

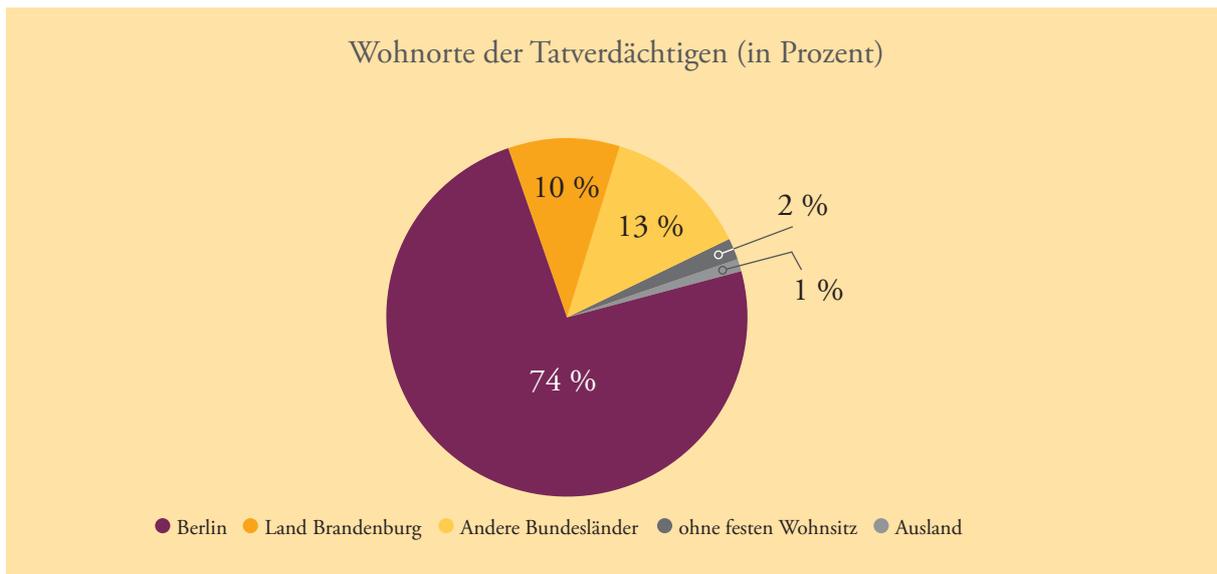


Abb. 11: Tatverdächtigen-Wohnorte (in Prozent, $n = 809$)

Betrachtet man die Wohnortverteilung der in Berlin wohnenden Tatverdächtigen zeigt sich, dass die meisten der 591 ermittelten Berliner Tatverdächtigen im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg wohnen (28 %). In einem Abstand folgen die Bezirke Neukölln (20 %) und Pankow (17 %).

Auf der genaueren Ebene der Ortsteile liegen Friedrichshain und Neukölln (jeweils 17 %) vor Prenzlauer Berg und Kreuzberg (jeweils 11 %). Auch die Wohnorte der Tatverdächtigen konzentrieren sich also auf wenige Ortsteile. Ein Vergleich von Tatorten linker Gewalt und Wohnorten der Tatverdächtigen zeigt, dass die Ortsteile Friedrichshain, Prenzlauer Berg und Kreuzberg bei beiden Indikatoren stark betroffen sind, während Neukölln nur als Wohnort und Mitte nur als Tatort herausragen.

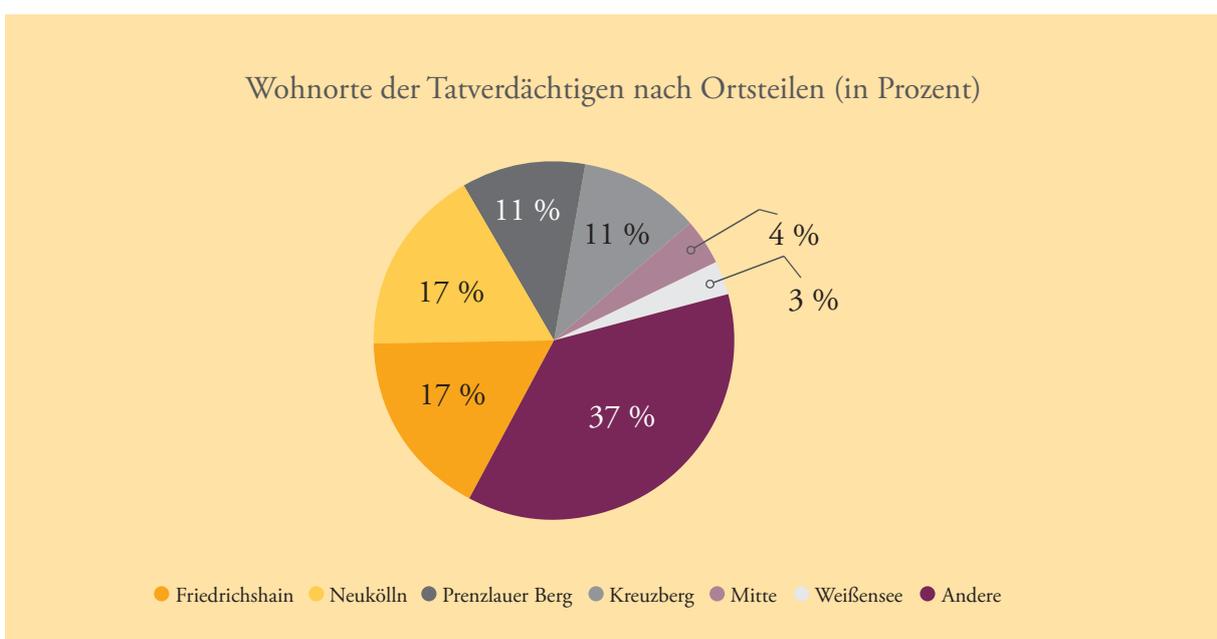


Abb. 12: Tatverdächtigen-Wohnorte in Berlin nach Bezirken gesamt (absolute Zahlen, $n = 591$)

2.3.3 Distanz zwischen Tat- und Wohnorten

Ob die direkte Nähe zum eigenen Wohnumfeld (Revierverhalten) bei linken Gewalttaten von Bedeutung ist, hängt vom Tatkontext ab. Dies wird bei einer getrennten Betrachtung der demonstrationsbezogenen Taten, der Brandstiftungen und der „gegen rechts“ gerichteten Taten deutlich.

Bei demonstrationsbezogenen Gewalttaten ist der Anteil der auswärtigen Tatverdächtigen doppelt so hoch wie bei den nicht-demonstrationsbezogenen Gewalttaten. 18 % der Tatverdächtigen auf Demonstrationen stammen aus anderen Bundesländern als aus Berlin und Brandenburg (bei nicht-demonstrationsbezogenen Delikten 9 %). 2 % stammen aus dem Ausland (gegenüber 1 % bei den nicht-demonstrationsbezogenen Taten). Auch die in Kilometern gemessene Tatort-Wohnort-Distanz zeigt diese Unterschiede: bei demonstrationsbezogenen Gewalttaten wohnen nur 5 % der 298 ermittelten Tatverdächtigen in bis zu 2,5 km Entfernung zum Tatort, während fast jeder Vierte (24 %) in einer Entfernung von über 50 km zum Tatort wohnt. Dieser hohe Anteil zeigt, dass ein Teil der linken Gewalt von Tätern begangen wird, die vermutlich zu bestimmten Anlässen nach Berlin reisen. Das Schlagwort vom „Krawalltourismus“ lässt sich also insbesondere im Zusammenhang mit gewalttätigen linken Demonstrationen empirisch belegen.

Bei den „gegen rechts“ gerichteten Gewalttaten liegen dagegen 12 % der Tatorte im Umkreis bis zu 2,5 km zum Wohnort des Tatverdächtigen, während nur 7 % der 321 ermittelten Tatverdächtigen mehr als 50 km vom Tatort entfernt wohnt. Hier scheint das Handeln im eigenen Lebensumfeld eine größere Rolle zu spielen als bei demonstrationsbezogenen Taten.

Bei Brandstiftungen wohnen 28 % der ermittelten 18 Tatverdächtigen in direkter Nähe zum Tatort. Die empirische Aussagekraft der polizeilichen Daten ist aufgrund der schwierig zu ermittelnden und daher nur in geringer Zahl feststellbaren Tatverdächtigen jedoch an dieser Stelle gering.

Festzuhalten ist, dass das „eigene Revier“ bei „gegen rechts“ gerichteten Gewalttaten und bei Brandstiftungen eine messbar größere Rolle spielt als bei demonstrationsbezogener Gewalt. Diese Ergebnisse decken sich mit den allgemeinen Erkenntnissen des Verfassungsschutzes zur Revierbedeutung bei „gegen rechts“ gerichteten Gewalttaten und bei Brandstiftungen sowie zur überregionalen Mobilisierung für Demonstrationen, zu denen gewaltbereite Linke und Linksextremisten anreisen.

2.4 Geographie 3: Verdichtete Räume linker Gewalt in Berlin

Mit Hilfe einer kartographischen Darstellung werden die geographischen Schwerpunkte linker Gewalt in Berlin deutlich. Eine kombinierte Betrachtung der Tatverdächtigen-Wohnorte (Kartenfärbung) und der Tatorte linker Gewalt (schwarze Quadrate) zeigt, dass sich auch unterhalb der Bezirksgrenze differenzieren lässt und einzelne Ortsteile oder sogar Straßenzüge besonders betroffen sind. Diese beiden Kriterien werden im folgenden Kapitel mit den Wohnorten und Trefforten aktionsorientierter Linksextremisten verglichen.

Die Darstellung regionaler Schwerpunkte dient nicht der Stigmatisierung einzelner Ortsteile oder Wohngebiete. Der Anteil der Tatverdächtigen im Vergleich zur Gesamtbevölkerung ist

auch in den beschriebenen Gebieten mit einer Verdichtung linker Gewalt gering. Dennoch ist die Lokalisierung linker Gewalt ein wichtiger Beitrag zu einer empirisch gestützten Ursachen-debatte und ein Anhaltspunkt für präventive Maßnahmen.²⁴

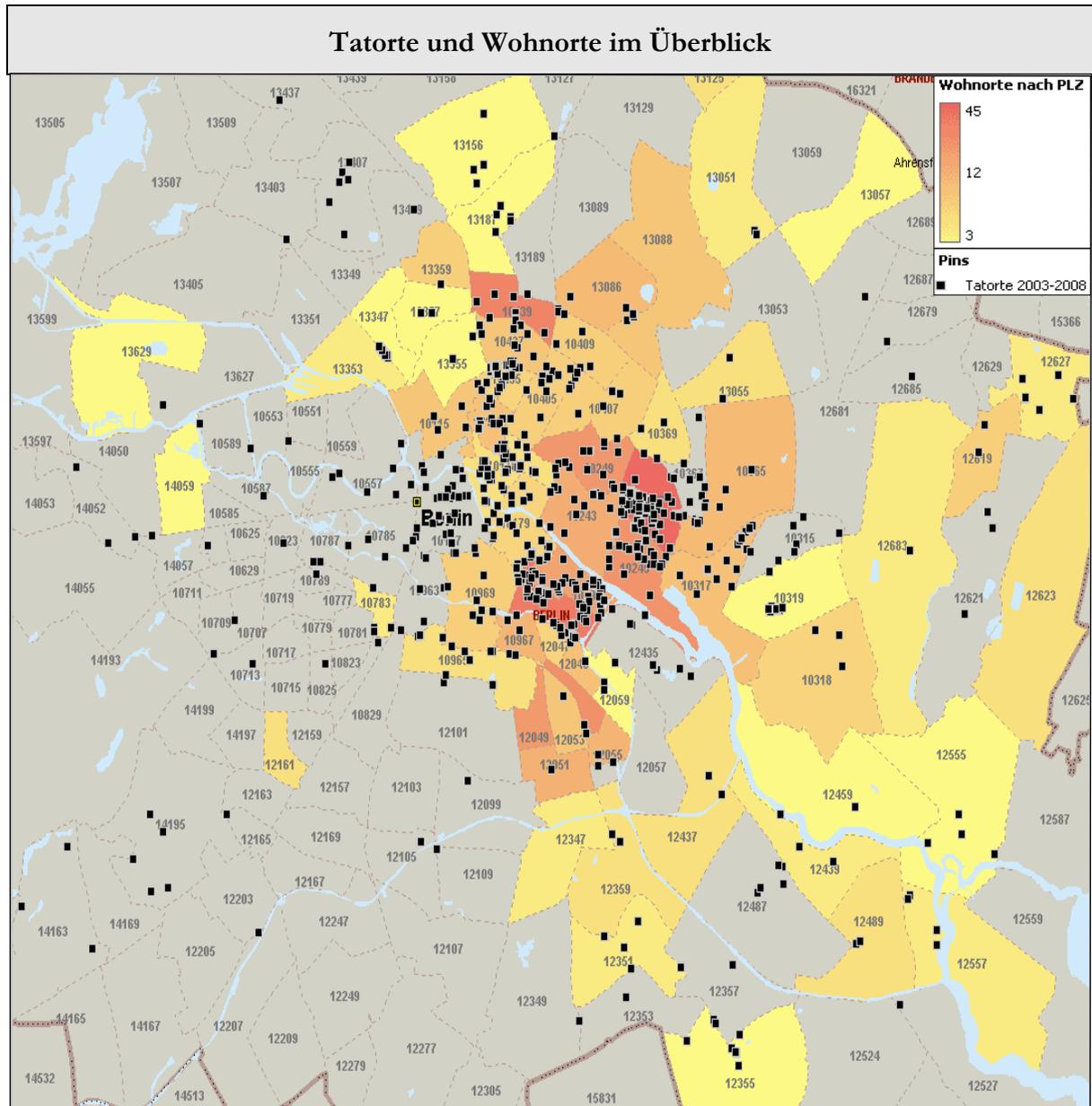


Abb. 13: Tatorte und Wohnorte von Tatverdächtigen in Berlin 2003-2008

²⁴ Vgl. für eine Auflistung der Postleitzahlen und ihrer Bezirkszugehörigkeit Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, www.statistik-berlin.de/berl/regional/bez_plz2004.pdf.

Es zeichnen sich mehrere verdichtete Räume ab, die alle im erweiterten Stadtkern liegen:

- ⇒ **Friedrichshain:** Der Ortsteil ist sowohl als Tatort (19 % aller Taten) wie als Wohnort (17 % aller Tatverdächtigen) stark betroffen. Die stärkste Verdichtung ist auf der Frankfurter Allee sowie den angrenzenden Straßenzügen festzustellen (vgl. Abb. 14).
- ⇒ **Kreuzberg:** Auch in Kreuzberg konzentrieren sich Tatorte (17 %) und Wohnorte (11 %), vor allem auf der östlichen Seite des Ortsteiles zwischen Kottbusser Tor und Spree.
- ⇒ **Prenzlauer Berg:** Im Prenzlauer Berg ereignen sich 12 % der Gewalttaten, überwiegend auf den großen Straßen rund um die Schönhauser Allee. Zugleich wohnen 11 % der Tatverdächtigen in diesem Ortsteil.

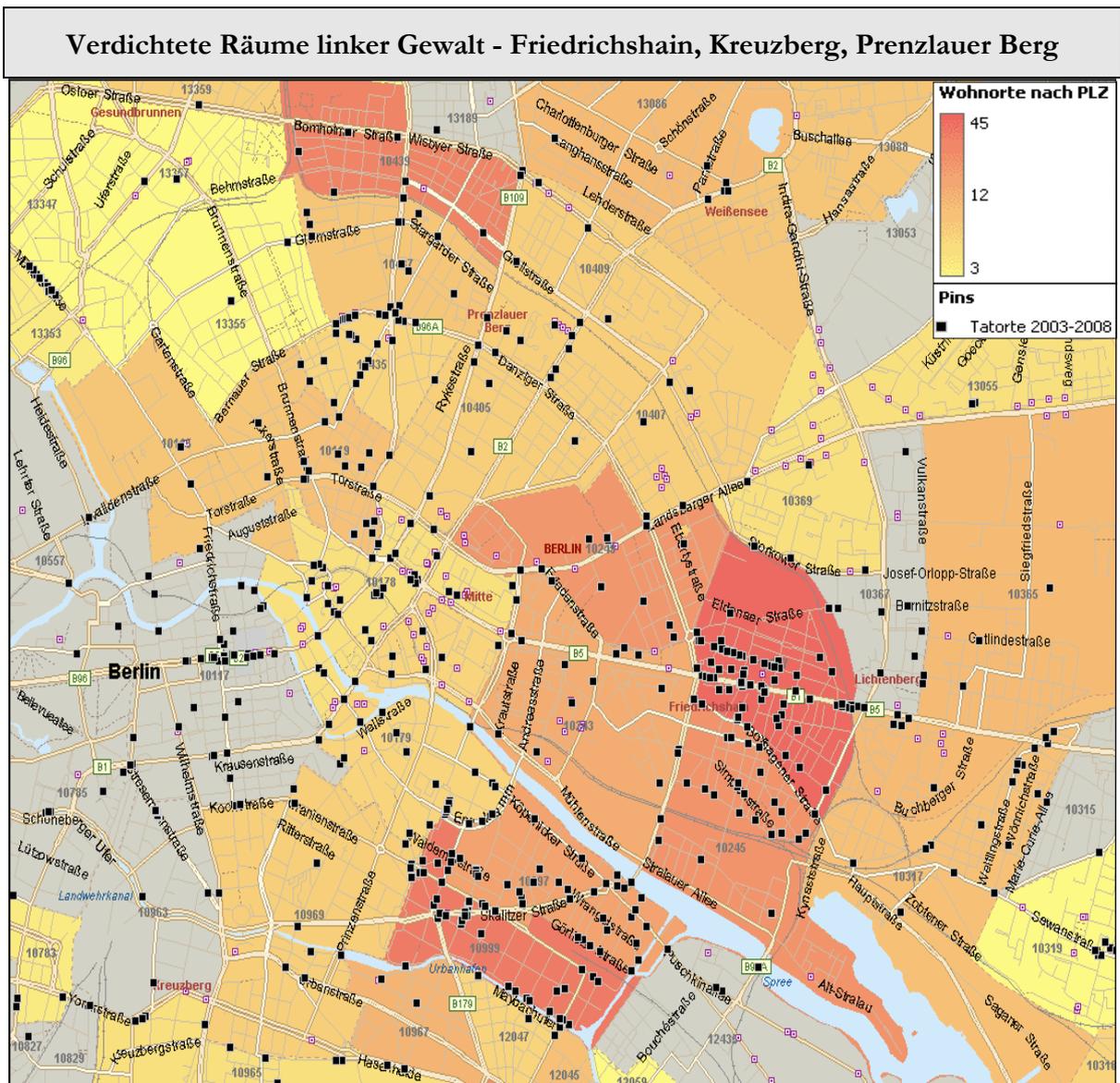


Abb. 14: Tatorte und Wohnorte von Tatverdächtigen in Berlin 2003-2008 Ausschnitt

Die kombinierte Karte der Tat- und Wohnorte zeigt einige weitere Gebiete, die als Tatort häufiger betroffen sind. Dies betrifft vor allem den Ortsteil Mitte, in dem 17 % aller linken Gewalttaten begangen wurden, in dem jedoch nur 4 % der Tatverdächtigen wohnen. Bei diesen Taten handelt es sich ganz überwiegend um demonstrationsbezogene Gewalt.²⁵ Eine umgekehrte Verteilung wird im Ortsteil Neukölln deutlich, in dem nur 2 % der linken Gewalttaten stattfinden, der aber Wohnort von 17 % aller Tatverdächtigen ist.

2.5 Geographie 4: Vergleich zu verdichteten Räumen des Linksextremismus

2.5.1 Systematik des Vergleichs

Die Analyse in den Kapiteln 2.3 und 2.4 zeigt hinsichtlich der Wohn- und Tatorte eindeutige geographische Schwerpunkte linker Gewalt. Dieser Befund kann in Kontext gesetzt werden mit Informationen, die zum Linksextremismus in Berlin vorliegen. Der Linksextremismus ist ein vielschichtiges Phänomen, zu dem Gewalthandeln gehört, aber auch Wahlverhalten, Mitgliedschaft in Personenzusammenschlüssen und öffentlichkeitswirksame Aktionen. Hier stellt sich die Frage, inwieweit die Tatverdächtigen linker Gewalttaten ins linksextremistische Spektrum eingebunden sind. Während diese Frage im Kapitel 3.6 untersucht wird, widmen sich die folgenden Kapitel 2.5.2 und 2.5.3 den geographischen Verdichtungen.

Der Vergleich kommt zu einem deutlichen Ergebnis: die geographischen Räume des Linksextremismus und der linken Gewalt sind überwiegend identisch. Linke Gewalttäter und aktionsorientierte Linksextremisten²⁶ agieren meist im selben geographischen Raum. In diesen Räumen verdichten sich Tatorte und Wohnorte linker Gewalttäter mit Wohnorten und Trefforten aktionsorientierter Linksextremisten.

2.5.2 Wohnorte aktionsorientierter Linksextremisten

Der Vergleich der Wohnorte von aktionsorientierten Linksextremisten mit den Räumen linker Gewalttaten zeigt in beiden Fällen deutliche Schwerpunkte in Teilen von Kreuzberg und von Friedrichshain. Dagegen ist Prenzlauer Berg als Wohnort von Linksextremisten nicht in dem Ausmaß betroffen wie als Tat- und Wohnort linker Gewalttäter.

²⁵ Vgl. Abb. 7.

²⁶ Vgl. Kap. 3.6.

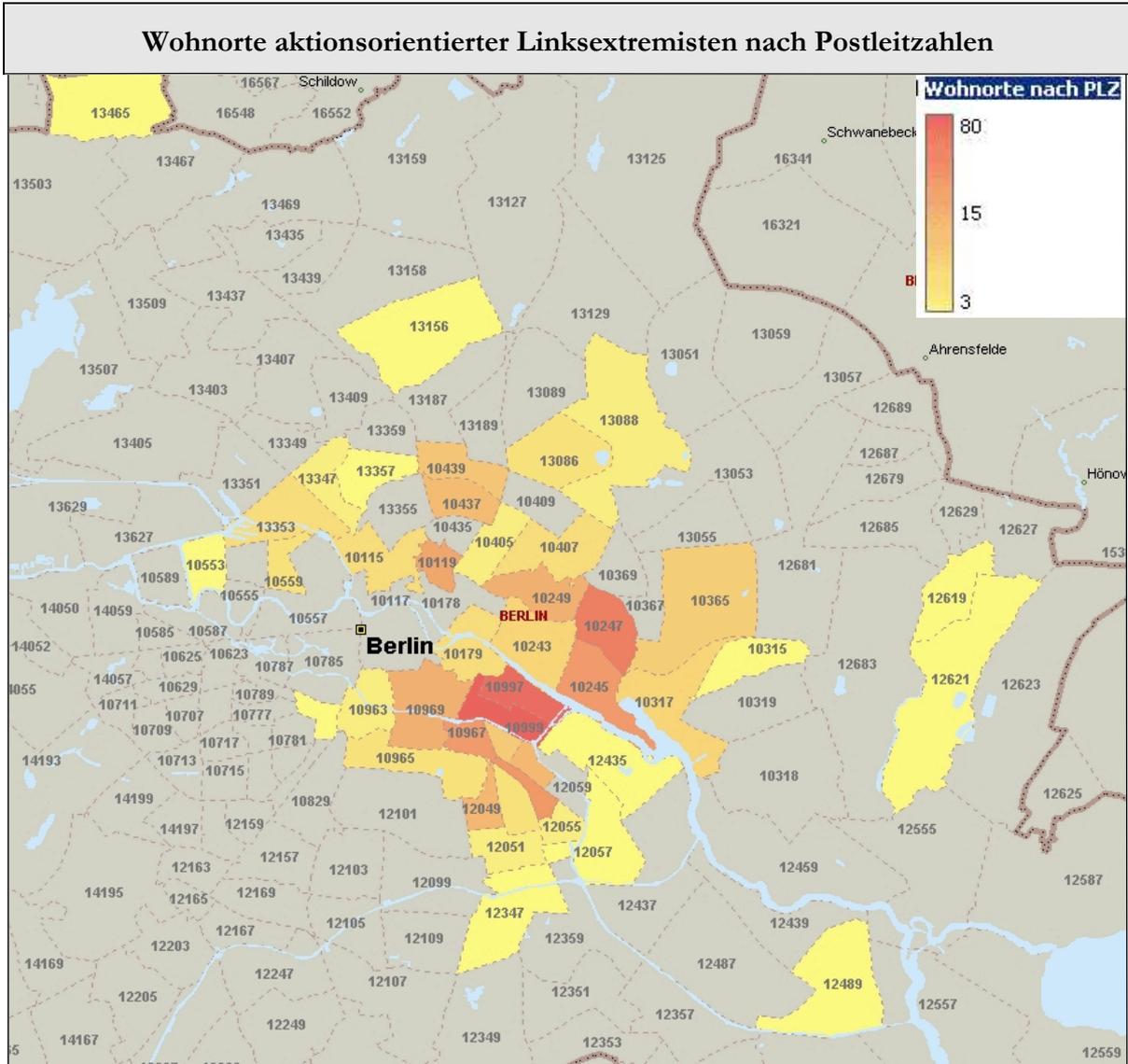


Abb. 15: Wohnorte aktionsorientierter Linksextremisten (nach PLZ)

2.5.3 Trefforte aktionsorientierter Linksextremisten

Ein weiterer Anhaltspunkt für die räumliche Verdichtung des Linksextremismus in Berlin sind die Trefforte von aktionsorientierten Linksextremisten. Hierbei handelt es sich um Orte, die von aktionsorientierten Linksextremisten regelmäßig frequentiert werden. Dazu zählen sowohl öffentlich zugängliche, nicht nur von Linksextremisten frequentierte Räume wie Gaststätten, als auch Szene-Trefforte mit informellen oder expliziten Zugangsbeschränkungen.

Die Trefforte aktionsorientierter Linksextremisten befinden sich vor allem in den Ortsteilen Kreuzberg, Friedrichshain, aber auch in Prenzlauer Berg und Neukölln. Damit zeichnen sich ähnliche Schwerpunkte wie bei den Tatorten, den Wohnorten der Tatverdächtigen und den Wohnorten aktionsorientierter Linksextremisten ab (vgl. Abb. 16).

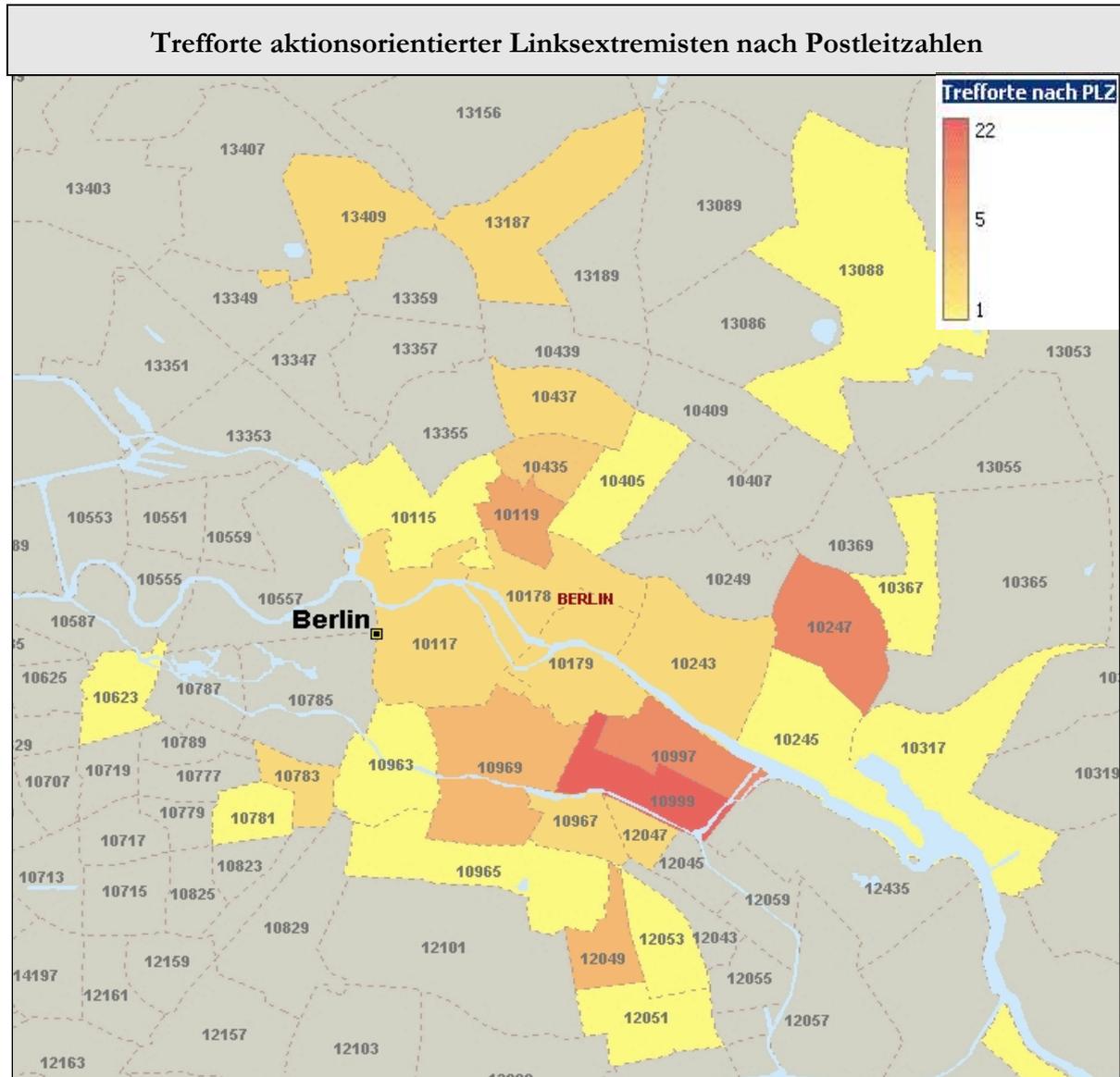


Abb. 16: Trefforte aktionsorientierter Linksextremisten (PLZ)

2.6 Zeiträume linker Gewalt

Ähnlich wie bei den geographischen Räumen ergeben sich auch hinsichtlich der zeitlichen Verteilung Schwerpunkte. Untersucht wird die Verteilung der Gewalttaten nach Jahren, Monaten, Wochentagen und Tageszeiten.

2.6.1 Verteilung nach Jahren

Die Verteilung der 835 linken Gewalttaten in den Jahren 2003 bis 2008 ist uneinheitlich. Im Beobachtungszeitraum wurden durchschnittlich rund 139 Taten pro Jahr begangen. 2007 und 2008 stieg die Fallzahl – vor allem aufgrund zahlreicher Brandanschläge – spürbar an.²⁷

²⁷ Für statistische Vergleichszahlen siehe Kap. 7.



Abb. 17: Verteilung linker Gewalttaten nach Jahren (absolute Zahlen, $n = 835$)

2.6.2 Verteilung nach Monaten

Bei der Analyse nach Monaten zeigt sich: Jede Vierte linke Gewalttat (24 %) wird im Mai begangen (vgl. Abb. 18).

Eine genauere Aufschlüsselung belegt die nach wie vor hervorzuhebende Rolle der Ausschreitungen rund um den 1. Mai: 39 % der Gewalttaten im Monat Mai wurden in seinen jeweils ersten 48 Stunden begangen (79 von 201 Taten im Monat Mai 2003 bis 2008). Dies umfasst auch den „Vorabend des 1. Mai“, da die Gewalttaten im Zusammenhang mit der „Walpurgisnacht“ zum Großteil nach Mitternacht, also in den frühen Morgenstunden des 1. Mai, begangen wurden. Viele der Gewalttaten „am 1. Mai“ werden ebenfalls nach Mitternacht, in den Morgenstunden des 2. Mai begangen. Diese 79 explizit als politisch links motivierte Gewalt bewerteten Taten sind nur eine Teilmenge der vielen Gewaltdelikte rund um den 1. Mai. Viele andere Taten werden mangels konkreter Anhaltspunkte als nicht-politische Gewalttaten bewertet.²⁸

Das Ritual der abendlichen Ausschreitungen am 1. Mai übt nach wie vor eine hohe Anziehungskraft aus. Allerdings hat sich die Tatmotivation in den letzten Jahren gewandelt. Der Anteil nicht politisch motivierter Gelegenheitstaten hat stark zugenommen.

Eine vom Berliner Senat bei der Freien Universität Berlin in Auftrag gegebene Studie wird am Beispiel der Gewalt am 1. Mai 2009 den Anteil und die Rolle gewaltbereiter Linksextremisten und politisch motivierter Gewalt im Verhältnis zu unpolitischem Vandalismus systematisch untersuchen.²⁹

²⁸ Vgl. Berlins unbekannte Gewalttäter. Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 31.7.2009.

²⁹ Der Arbeitstitel der Studie lautet „Analyse der Gewalt in Berlin am 1. Mai 2009“. Dabei können zusätzliche Forschungsmethoden eingesetzt werden, wie z. B. freiwillige qualitative Interviews mit Beteiligten, die den

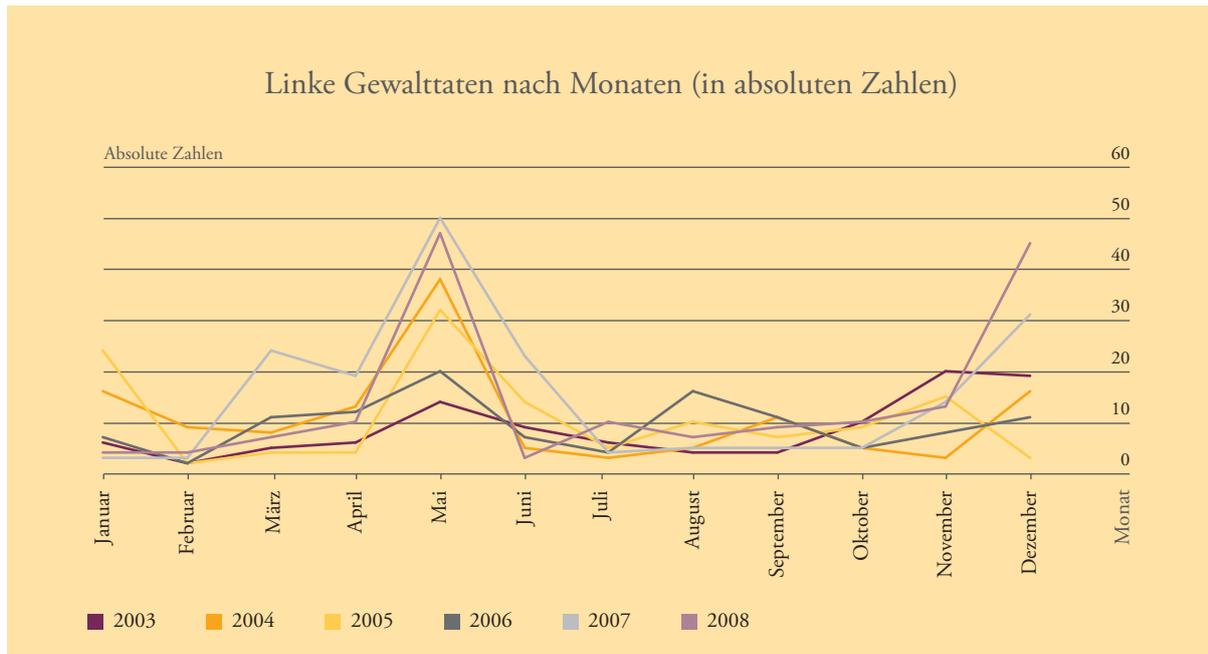


Abb. 18: Verteilung linker Gewalttaten nach Monaten (absolute Zahlen, $n = 835$)

Bei der Jahresbetrachtung wird auch deutlich, dass mit Ausnahme des Monats Mai in jedem Jahr andere Monate stärker von linker Gewalt betroffen sind, zum Beispiel der Januar (2005), der August (2006) oder der Dezember (2007 und 2008).

Nach dem Mai ist der Dezember ein Schwerpunkt. Generell sind die Wintermonate stark betroffen. Die Deliktstruktur der Dezembermonate zeigt eine ähnliche Verteilung wie im Gesamtzeitraum: Es dominieren Brandstiftung (34 %), Landfriedensbruch (34 %) und Körperverletzung (28 %).

Ursache der höheren Belastung ist in der Regel eine Häufung von demonstrationsbezogenen Delikten im jeweiligen Monat. So sind z. B. im August 2006 12 von 16 und im Dezember 2007 17 von 31 Delikten demonstrationsbezogen. Am ersten Dezemberwochenende fand in den letzten Jahren regelmäßig eine für das rechtsextremistische Spektrum in Berlin wichtige Demonstration statt.³⁰ Im Rahmen von Protesten gegen diese Demonstration werden häufig politisch links motivierte Gewalttaten begangen: auf den Tag dieser rechtsextremistischen Demonstration fallen in vier der sechs untersuchten Jahre zwischen 35 und 40% der im Dezember des jeweiligen Jahres begangenen linken Gewalttaten.

2.6.3 Verteilung nach Wochentagen

Die Mehrzahl linker Gewalt wurde am Wochenende begangen – allein auf den Sonnabend entfällt rund ein Drittel der Gewalttaten. Jahresweise betrachtet schlägt sich in der Wochentagsstatistik auffällig nieder, auf welchen Wochentag der 1. Mai in dem jeweiligen Jahr

Sicherheitsbehörden nicht offen stehen oder zumindest keine vergleichbaren Ergebnisse versprechen. Zudem wird eine andere Datenbasis gewählt, da auch die zahlreichen als nicht politisch motivierten Gewaltdelikte analysiert werden. Vgl. Kap. 6.

³⁰ Vgl. Senatsverwaltung für Inneres und Sport (2009), S. 67 f und S. 94 f.

fiel. Dies gleicht sich über die Jahre aus und auch unabhängig davon ist der Sonnabend in jedem Jahr der am stärksten von linker Gewalt betroffene Tag. Ursache dafür dürfte einerseits die Terminierung von Demonstrationen (oft Sonnabends tagsüber) und das Freizeitverhalten der meist jungen Tatverdächtigen (Sonnabend abends) sein.

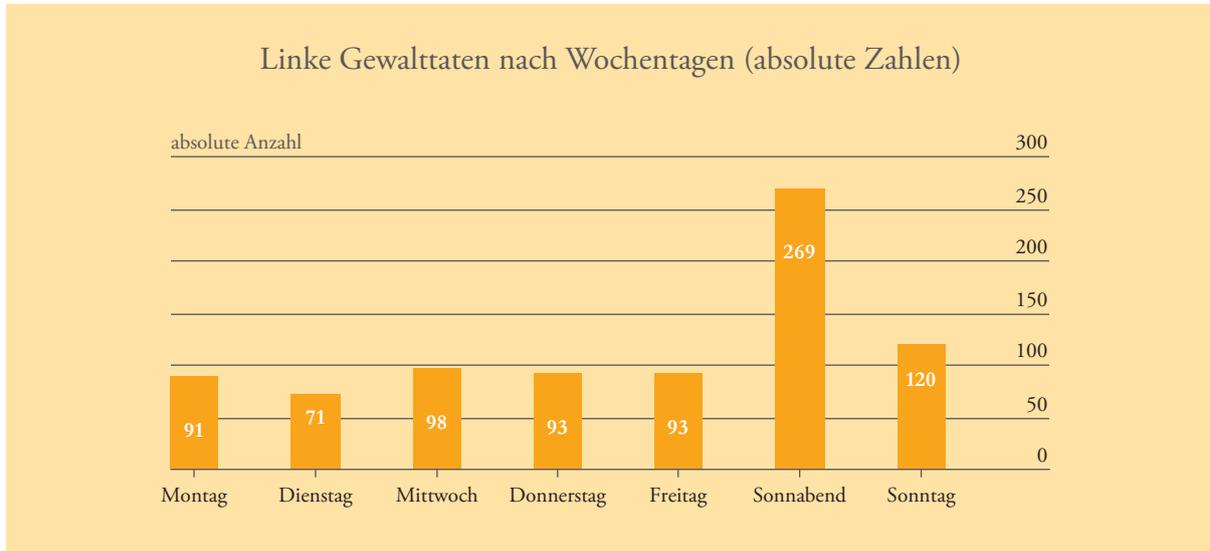


Abb. 19: Verteilung linker Gewalttaten nach Wochentagen (absolute Zahlen, $n = 835$)

2.6.4 Verteilung nach Tageszeit

Ein Drittel der linken Gewalt wird tagsüber begangen, zwei Drittel abends und nachts (34 % zwischen 6 bis 18 Uhr, 66 % zwischen 18 und 6 Uhr). Auffällig ist daneben eine relativ gleichmäßige Verteilung über den ganzen Tag ab mittags (vgl. Abb. 20).

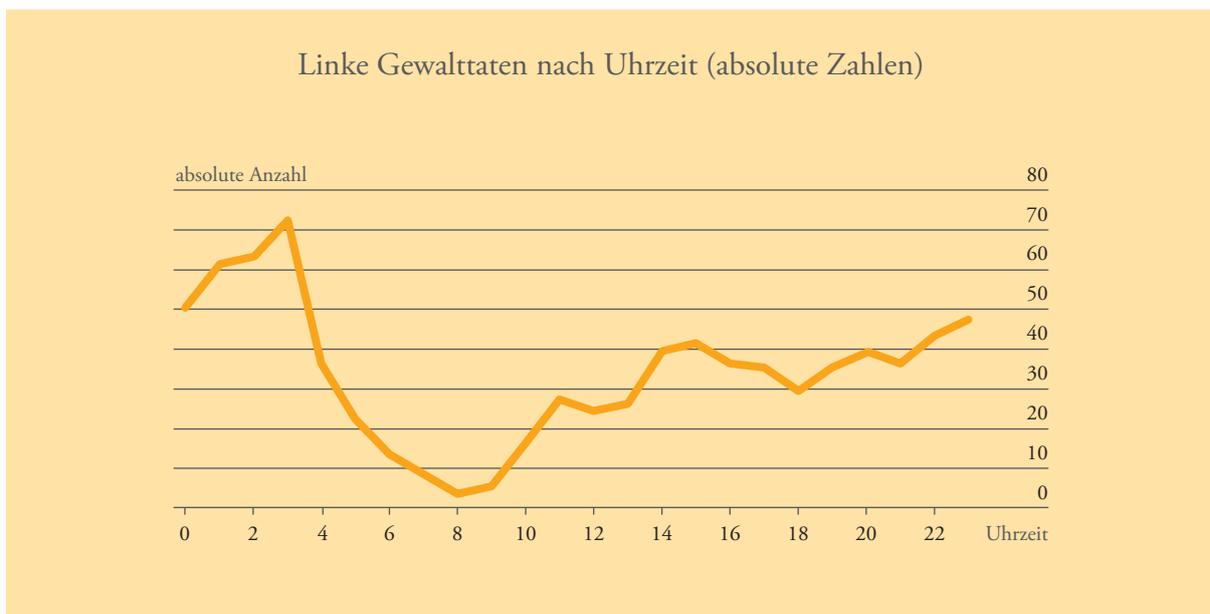


Abb. 20: Verteilung linker Gewalttaten nach Uhrzeiten gesamt (in Prozent, $n = 830$)

Auch die Tageszeiten linker Gewalttaten variieren nach Deliktkontext.

Viele demonstrationsbezogene Delikte werden abends oder nachts begangen, vor allem die Ausschreitungen zur so genannten „Walpurgisnacht“ am 30. April und am 1. Mai. Insgesamt betrachtet finden aber auch 43 % der 371 demonstrationsbezogenen Delikte in den Tagesstunden zwischen 12 und 18 Uhr statt. Noch deutlicher wird dies bei einer Umkehrung der Frage: 76 % der 208 Delikte, die zwischen 12 und 18 Uhr begangen wurden, hatten einen Demonstrationsbezug. Tagsüber ist linke Gewalt also in der Regel demonstrationsbezogen.

Genau andersherum verhält es sich bei den Brandstiftungen. Diese Delikte, die 2003 bis 2008 den größten Anteil an der linken Gewalt in Berlin hatten, finden fast ausschließlich nachts statt: zu 81 % zwischen 0 und 6 Uhr.

2.7 Tatvorlauf

2.7.1 Tatmittel

Grundsätzlich lässt eine Tatbegehung ohne besondere Tatmittel auf eine eher spontane, strategisch wenig durchdachte Handlung schließen. Ungefähr die Hälfte der Tatverdächtigen (48 %) begingen ihre Gewalttaten ohne jedes Tatmittel, also allein durch körperliche Einwirkung z. B. mit Fäusten (vgl. Abb. 21). In weiteren 25 % der Fälle wurden Flaschen und Steine verwendet. Zwar sind Fälle von im Vorfeld angelegten Steindepots ebenso bekannt geworden wie das Mitführen von Glasflaschen als späteres Wurfgeschoss. In der Regel werden derartige Gegenstände aber spontan kurz vor oder während der Tatbegehung beschafft.

Etwa ein Viertel der Tatverdächtigen benutzte andere Tatmittel, z. B. Waffen, bei denen ein vorsätzliches Mitführen zur Gewaltanwendung wahrscheinlich ist. Häufig handelt es sich auch um Brandmittel. Die Brandstiftung an Kraftfahrzeugen im öffentlichen Straßenland erfordert allerdings in der Regel keine detaillierte Planung, so dass auch hier ein spontaner Tatentschluss möglich ist. Die Anwendung von oder die Drohung mit Waffen ist ein härteres Indiz für Planung. Allerdings gibt es auch Personen, die ihre Waffen (z. B. Schlagstöcke) regelmäßig und nicht nur für eine geplante Tat bei sich tragen. Schusswaffen werden sehr selten eingesetzt. In einem Fall wurden Zivilbeamte, die an einem linksextremistischen Treffort einen Haftbefehl vollstrecken wollten, bei ihrer Abfahrt mit einer Luftdruckwaffe beschossen. Dabei zersplitterte eine Seitenscheibe ihres Fahrzeuges.

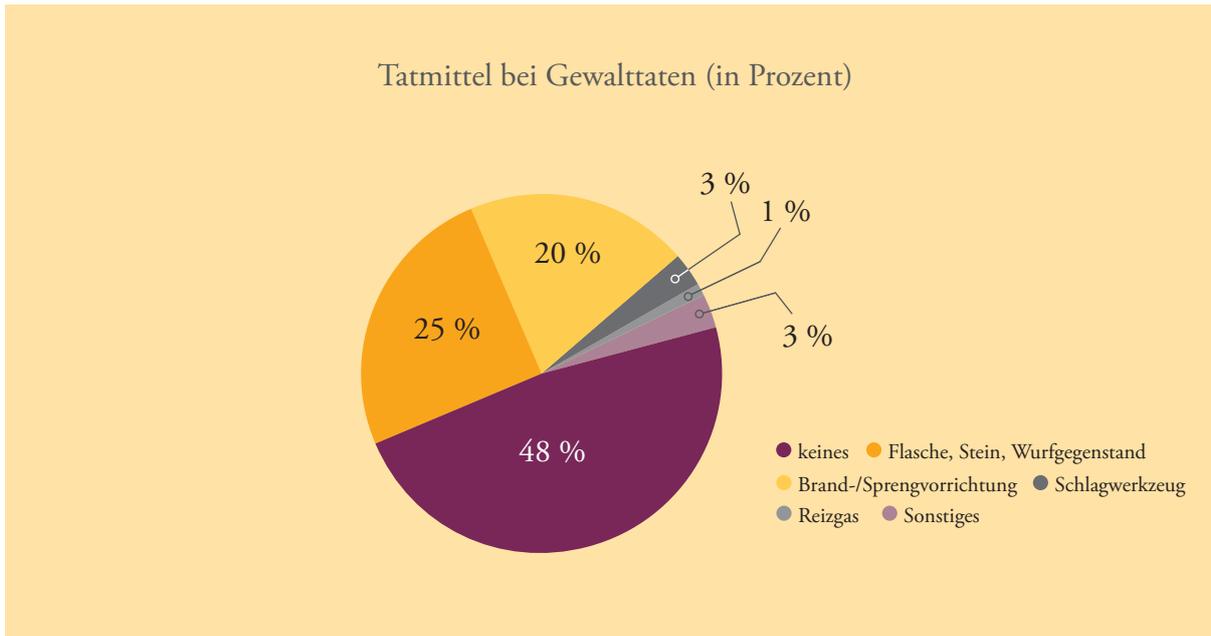


Abb. 21: Tatmittel bei Gewalttaten (in Prozent, n = 1.354)

Eine getrennte Untersuchung der Tatmittel demonstrationsbezogener Gewalt und von Gewalttaten „gegen rechts“ zeigt nur geringfügige Unterschiede. „Gegen rechts“ benutzen die Gewalttäter Schlagwerkzeug (5 %), Reizgas (3 %) und in einigen Fällen auch Stichwaffen (1 %). In beiden Deliktkontexten wird Gewalt aber weit überwiegend ohne Tatmittel (59 % / 55 %) oder mittels Flaschen und Steinen oder anderen Wurfgegenständen verübt (jeweils 31 %).

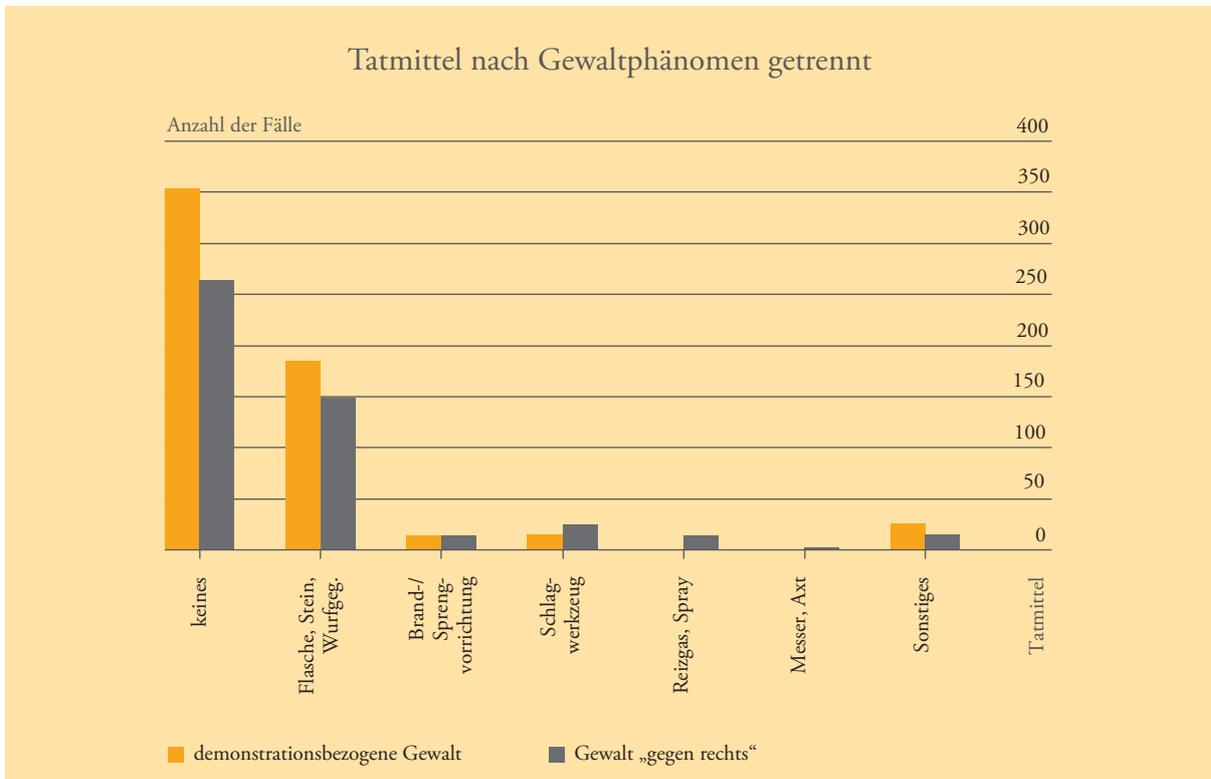


Abb. 22: Tatmittel bei Gewalttaten (absolute Zahlen., n demonstrationsbezogen=595, n gegen rechts=484).

Unter dem Strich kann der Anteil der geplant begangenen Taten aufgrund der Tatmittel allein nicht bestimmt werden. Die meisten Taten werden ohne besondere Tatmittel begangen. Eine wichtige Ausnahme sind die zahlreichen Brandstiftungen.

Von der allgemeinen Tendenz einer spontanen Tatbegehung wichen insbesondere Gewalttaten ab, bei denen Brandsätze gegen Gebäude verwendet und diese Anschläge anschließend mit Selbstbeziehungsschreiben begründet wurden. Hierbei entstand teils erheblicher Sachschaden, Personen kamen nicht zu Schaden.

Eine weitere Ausnahme von der spontanen Begehung von Gewalttaten sind linksextremistische „Antifa“-Aktivitäten. „Antifa“-Aktivisten sammeln Informationen und persönliche Daten über Personen, die sie als politische Feinde definieren und veröffentlichen diese auch im Internet oder in Szenepublikationen. Zu diesem Kreis zählen vor allem Personen, die sie als „Nazis“ einstufen, aber auch Unternehmen oder Repräsentanten des Staates. Durch die Veröffentlichungen soll eine Drohkulisse aufgebaut und der politische Gegner verunsichert werden. Im Rahmen dieser Aktivitäten kommt es auch zu gezielten „links-rechts“-Auseinandersetzungen. Diese Gewalttaten richten sich dennoch meistens nicht gegen eine gezielt aufgesuchte Person, sondern gegen mutmaßliche Repräsentanten der „Feindgruppe“, z. B. eine Person, die aufgrund ihres Kleidungsstiles als „rechts“ eingestuft wird.³¹

2.7.2 Alkoholisierung der Tatverdächtigen

In kriminologischen Studien wird häufig auf Alkoholkonsum als wichtigen Aspekt des Tatvorlaufs hingewiesen. Es liegen nur zu 71 von 810 Tatverdächtigen (8 %) Hinweise auf eine Alkoholisierung vor. Gemessene Promillezahlen liegen nur für 27 Tatverdächtige vor. Bei den meisten Personen wurde eine Alkoholisierung aufgrund äußerer Anzeichen zunächst ohne genauere Angabe bejaht. In vielen Fällen ist die Anordnung einer Blutuntersuchung als Hinweis auf eine Alkoholisierung zu verstehen. Da zu 92 % aller Tatverdächtigen keine Angaben vorliegen, ist die Aussagekraft der empirischen Ergebnisse in diesem Punkt gering.

³¹ Vgl. Kap. 4.2.4.

3 TATVERDÄCHTIGE

Empirische Befunde

- ⇒ **Gruppentaten:** 87 % der Fälle wurden entweder von Gruppen oder von Einzelnen aus einer Gruppe heraus begangen. Nur 13 % sind Taten Einzelner. Die Gruppen sind zudem sehr groß: in fast der Hälfte aller Fälle sind über zehn Tatverdächtige an der Tatbegehung beteiligt, häufig beim Delikt Landfriedensbruch. Häufige demonstrationsbezogene Delikte sind Gewalttaten gegen Polizeibeamte aus einer Menschenmenge heraus.
- ⇒ **Geschlecht:** Die Tatverdächtigen sind ganz überwiegend Männer (81 %).
- ⇒ **Alter:** Linke Gewalt wird hauptsächlich von Heranwachsenden und jungen Erwachsenen begangen. Die Hälfte der Tatverdächtigen war zum Tatzeitpunkt zwischen 18 und 24 Jahren alt. Die Altersverteilung ist bei männlichen und weiblichen Tatverdächtigen sehr ähnlich.
- ⇒ **Delinquenz:** Rund 16 % der Tatverdächtigen sind vor der linken Gewalttat wegen anderer Straftaten rechtskräftig verurteilt worden. 2 % sind allein wegen politisch motivierter Straftaten verurteilt worden. 14 %, also fast alle der vorbestraften Tatverdächtigen, sind auch oder allein wegen allgemeinkrimineller Straftaten verurteilt worden. Hafterfahrung hatten zum Tatzeitpunkt 3 % der Tatverdächtigen.
- ⇒ **Sozialstruktur:** Der Bildungsstand der Tatverdächtigen zum Tatzeitpunkt ist im Vergleich zum gesamtgesellschaftlichen formalen Bildungsstand unauffällig. Viele Tatverdächtige befinden sich noch in der Ausbildung, die Arbeitslosigkeit liegt weit über dem Berliner Durchschnitt. Unter den wenigen Erwerbstätigen dominieren Facharbeiter und Ungelernte.
- ⇒ **Personenzusammenschlüsse:** Die meisten linksextremistisch motivierten Gewalttaten werden von Tatverdächtigen aus dem aktionsorientierten Linksextremismus begangen. Ein besondere Rolle spielt dabei das autonome Spektrum. Die Autonomen stellen nahezu die Hälfte des gesamten linksextremistischen Personenpotenzials. Linksterroristische Strukturen im Sinne von § 129a StGB gab es nicht.

Interpretation

- ⇒ **Gruppenphänomen:** Linke Gewalt ist ein Gruppenphänomen. Charakteristisch sind große Gruppen mit mehr als zehn Tatbeteiligten. Ein demonstrativer Charakter der Tat „nach innen“, als Signal an die eigenen Gruppenmitglieder, könnte eine Rolle spielen.
- ⇒ **Jugendphänomen:** Hinsichtlich der Tatabläufe und der Altersstruktur der Tatverdächtigen bestehen Ähnlichkeiten zur unpolitischen Jugendgruppengewalt. Wie bei anderen Gewaltphänomenen auch spielt die Ausdrucksform „Gewalt“ mit zunehmendem Alter eine geringere Rolle.
- ⇒ **Berufliche Integration:** Aufgrund der hohen Arbeitslosigkeit liegt die Vermutung nahe, dass eine mangelnde Integration in das Berufsleben ein Belastungsfaktor für Verdächtige linker Gewalttaten ist.

⇒ **Ursachen linker Gewalt:** Ein Ansatzpunkt für die Analyse der Ursachen linker Gewalt ist die festgestellte räumliche Verdichtung in einzelnen Ortsteilen. Hier stellt sich die Frage, welche Rolle Einflussfaktoren wie das soziale Umfeld, die Nähe zu linksextremistischen Personenzusammenschlüssen und linksextremistische Propaganda spielen. Über die individuelle Gewaltdisposition der Tatverdächtigen kann aus den vorliegenden Daten keine Aussage getroffen werden.

3.1 Anzahl der Tatverdächtigen

Bei 544 der 835 Gewalttaten konnte eine Aussage zu der Anzahl der Tatverdächtigen gemacht werden. Dies beinhaltet auch Fälle, in denen z. B. Opfer oder Zeugen Angaben zu der Anzahl der Tatverdächtigen machen konnten, ohne dass die Tatverdächtigen festgenommen werden konnten.

Linke Gewalt ist ein Gruppenphänomen. In mehr als zwei Dritteln der Fälle gibt es mehrere Tatverdächtige. Beim knappen restlichen Drittel der Fälle wurde gegen nur einen Tatverdächtigen ermittelt. Diese „Einzeltaten“ sind jedoch zu über der Hälfte Taten, die Einzelne aus einer Gruppe heraus begehen. Zusammengenommen machen diese Taten von Einzelnen, die aus einer Gruppe heraus begangen werden und die Taten mit mehreren beteiligten Tatverdächtigen rund 87 % der Fälle aus. Auffällig ist, dass es sich häufig um große Gruppen von über zehn Tatverdächtigen handelt: in 48 % aller Fälle sind über zehn Tatverdächtige an der Tatbegehung beteiligt.

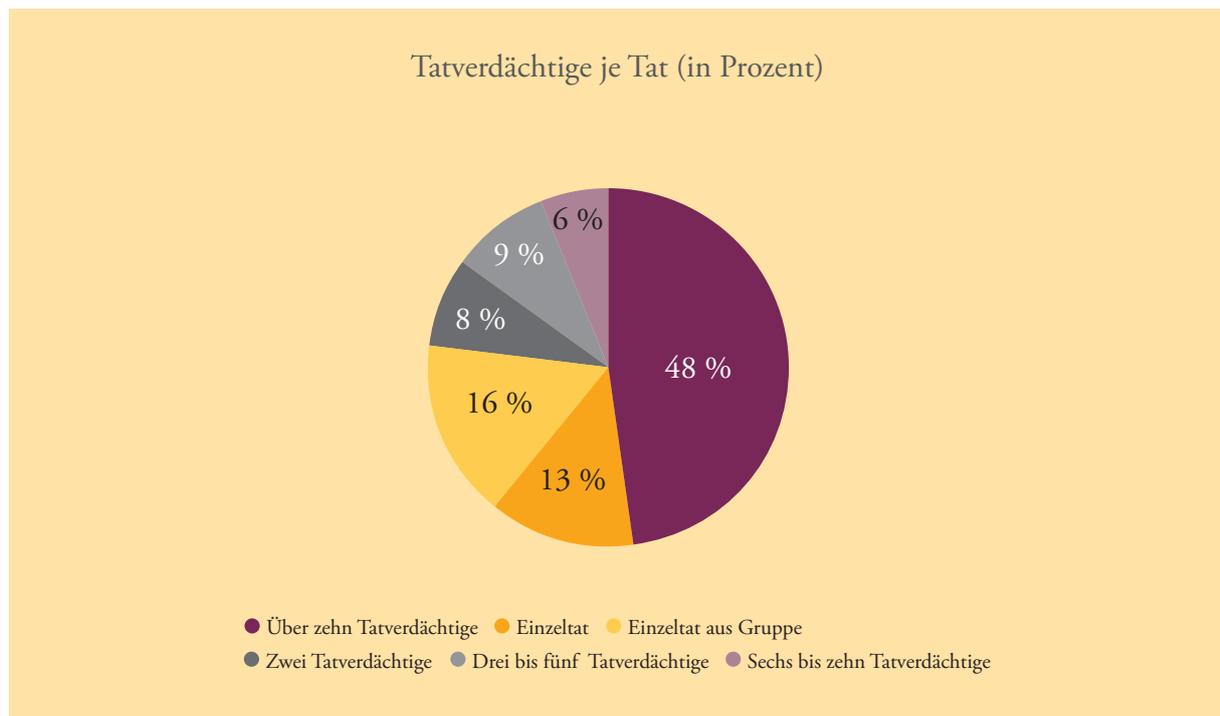


Abb. 23: Gruppen- und Einzeltaten (in Prozent, n = 544)

Eine getrennte Betrachtung der Gruppengrößen bei demonstrationsbezogenen und nicht-demonstrationsbezogenen Delikten zeigt, dass im Kontext von Demonstrationen häufig sehr große Gruppen Gewalttaten begehen. Dies ist insbesondere bei Landfriedensbruch-Delikten der Fall.

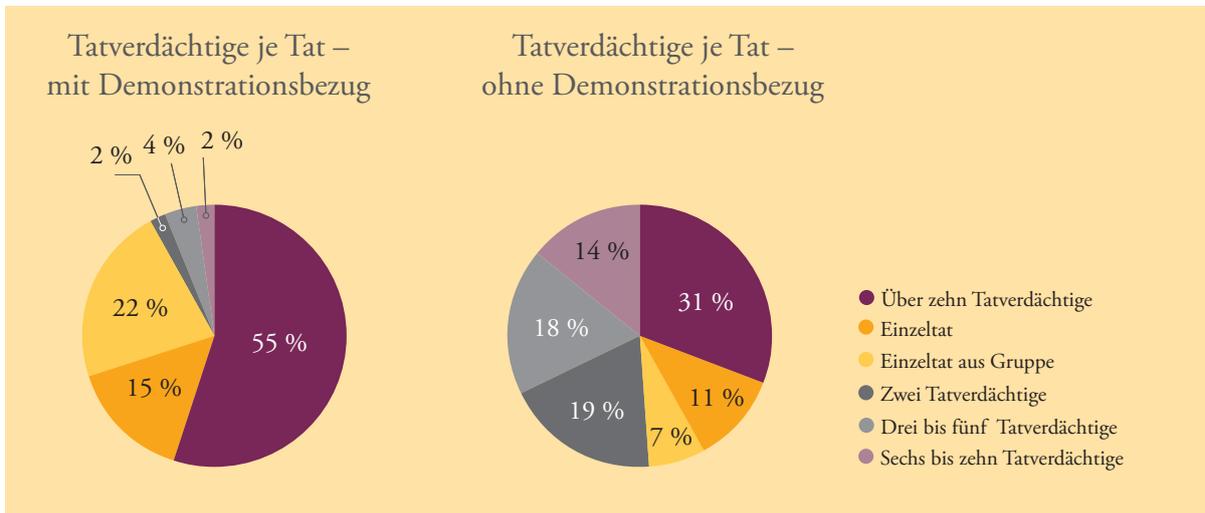


Abb. 24: Gruppen- und Einzeltaten bei demonstrationsbezogenen Delikten (in Prozent, n = 347)

Abb. 25: Gruppen- und Einzeltaten bei nicht-demonstrationsbezogenen Delikten (in Prozent, n = 197)

Bei Gewalt gegen Personen (oft auf Demonstrationen) gelingt es der Polizei weitaus häufiger, Tatverdächtige zu ermitteln, als bei Gewalt gegen Sachen (Brandstiftungen). Bei den Brandstiftungen kann daher in der Regel keine Aussage über die Anzahl der Tatverdächtigen gemacht werden. Die Befragungen der wenigen geständigen Täter bestätigen die Annahme, dass es sich bei den Anschlägen auf Autos um relativ spontane Taten von jeweils nur wenigen Personen handelt. Die äußerst unkomplizierte Art der Tatbegehung erfordert keine detaillierte Planung oder Absprache in einem feststehenden Gruppenzusammenhang.

3.2 Geschlecht und Alter

3.2.1 Geschlecht

Wie bei fast allen Gewaltphänomenen³² sind Männer auch bei linker Gewalt in Berlin stark überrepräsentiert. Von 864 Tatverdächtigen, zu denen Angaben zum Geschlecht vorliegen,³³ waren 81 % männlich, 19 % weiblich. Der Anteil an weiblichen Tatverdächtigen war bei der direkt gegen Personen gerichteten Gewalt genauso hoch wie bei der Gewalt gegen Sachen.³⁴

³² Vgl. Hagemann-White (2002).

³³ Diese Zahl ist höher als die der 810 namentlich ermittelten Tatverdächtigen, weil Opfer oder Zeugen von Gewalttaten in der Regel zumindest Aussagen zum Geschlecht der Angreifer machen können.

³⁴ Zu berücksichtigen ist allerdings, dass es bei Brandstiftungen (Gewalt gegen Sachen) häufig nicht gelingt, Tatverdächtige zu ermitteln.

Der Anteil weiblicher Tatverdächtiger bei linken Gewalttaten liegt damit über dem Durchschnittswert bei allgemeinkriminellen Gewaltdelikten. Der Anteil politisch motivierter weiblicher Tatverdächtiger schwankte zwischen 10 % (2006) und 28 % (2003). Bei allgemeinkriminellen Gewaltdelikten liegt der Anteil der weiblichen Tatverdächtigen meist zwischen 10 % und 15 %. Bei Körperverletzungsdelikten stellten Frauen 2007 bundesweit 16,6 % der Tatverdächtigen, mit steigender Tendenz.³⁵

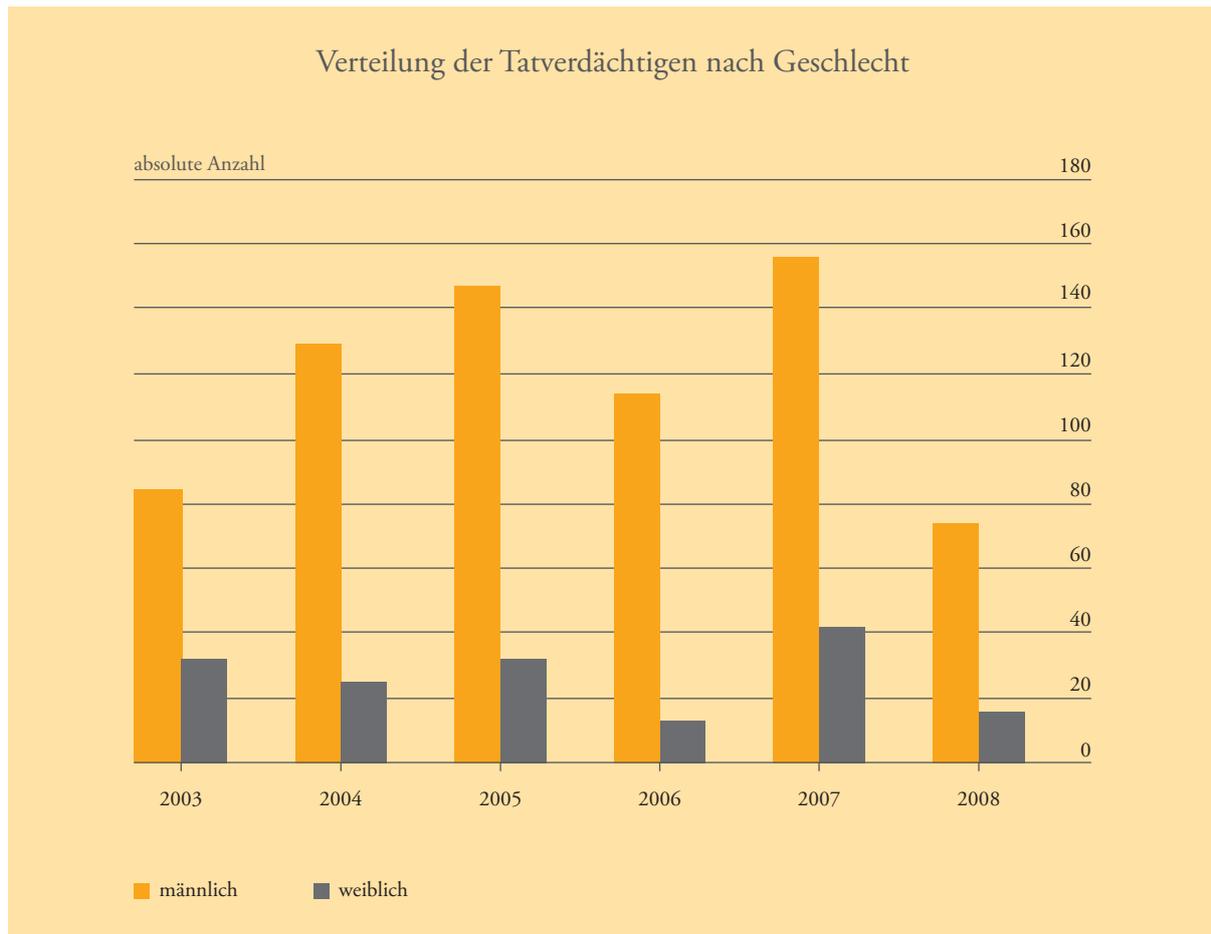


Abb. 26: Geschlecht der Tatverdächtigen gesamt (absolute Zahlen, n = 864)

3.2.2 Alter

Linke Gewalt wird hauptsächlich von Heranwachsenden und jungen Erwachsenen begangen. Im Durchschnitt waren die Tatverdächtigen rund 23 ½ Jahre alt. Die Hälfte (51 %) der Tatverdächtigen war zum Tatzeitpunkt zwischen 18 und 24 Jahren alt. Die erweiterten jüngeren Altersgruppen von 15 bis 29 Jahren begehen rund 87 % der Taten. Ab 30 Jahren lässt die Gewaltneigung deutlich nach. (vgl. Abb. 27).

³⁵ Vgl. Bundeskriminalamt (2008).

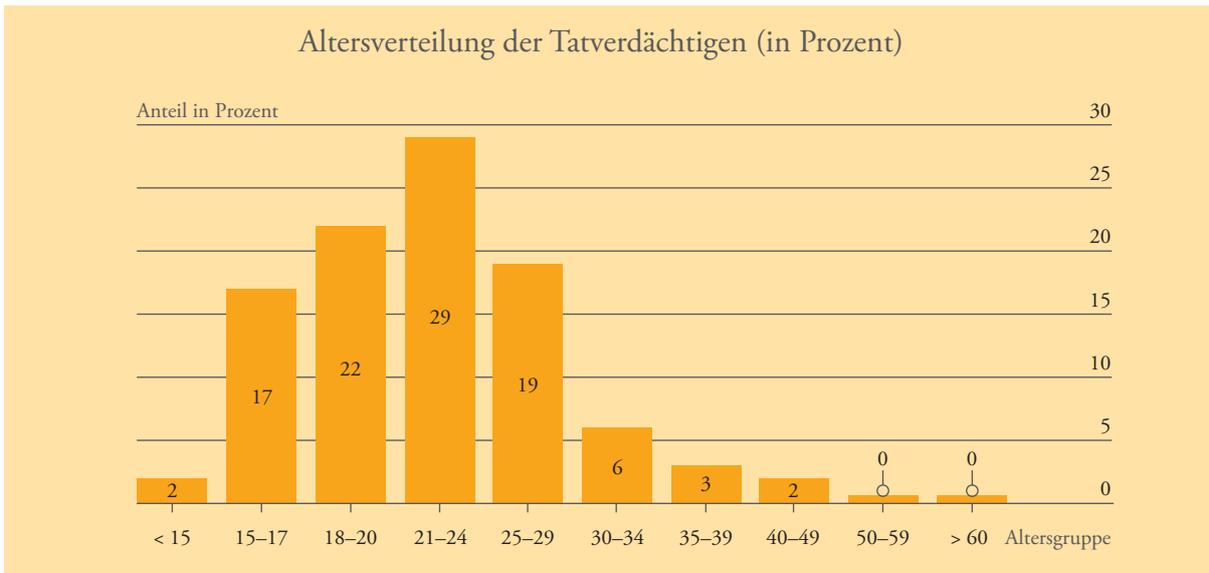


Abb. 27: Alter der Tatverdächtigen (Anteile in Prozent, $n = 810$)

Analysiert man die Altersfrage getrennt für weibliche und männliche Tatverdächtige, ergeben sich ähnliche Altersstrukturen (vgl. Abb. 28).³⁶

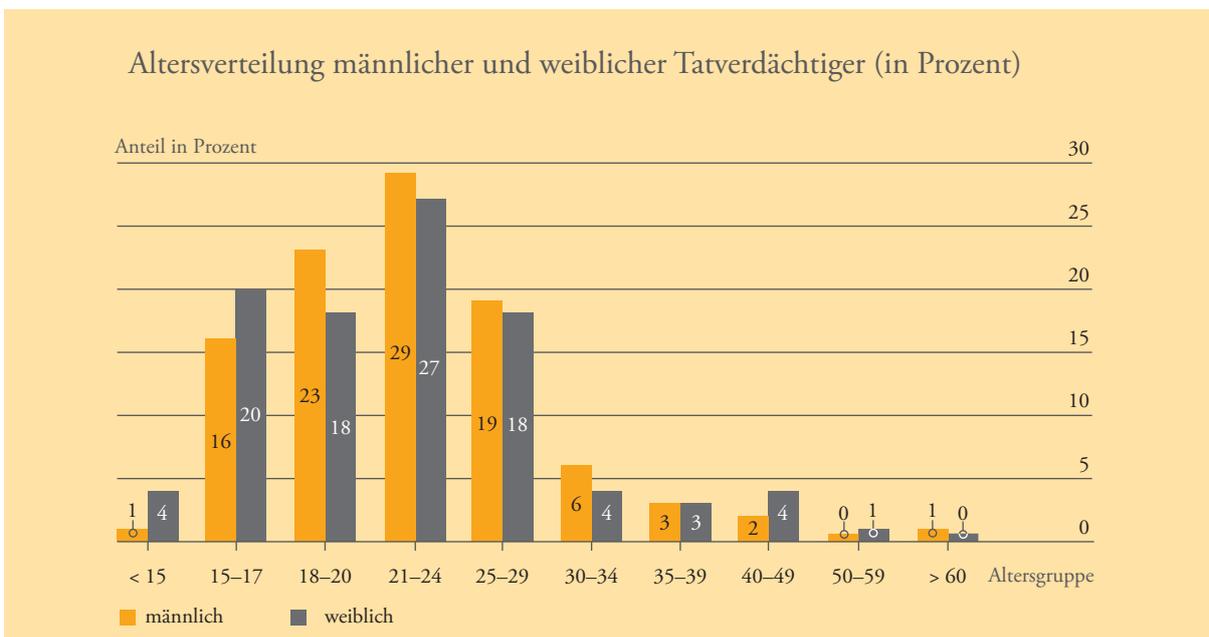


Abb. 28: Alter der Tatverdächtigen nach Geschlecht (in Prozent, n Männer = 652, n Frauen = 158)

Zwar sind weibliche Jugendliche bis 18 Jahre prozentual etwas häufiger auffällig als männliche Jugendliche. Das Durchschnittsalter der weiblichen Tatverdächtigen weicht mit 23 Jahren jedoch nur unwesentlich von dem der männlichen Tatverdächtigen ab.

³⁶ Altersangaben sind nur bei den 810 identifizierten Tatverdächtigen möglich. Deswegen ist die Zahl der auswertbaren Fälle hier niedriger als bei 3.2.1.

Aufgrund dieser empirischen Ergebnisse liegt der Schluss nahe, dass linke Gewalt auch als Jugendphänomen zu begreifen ist. Obwohl es anhand der vorliegenden Daten nicht möglich ist, einzelne Biographien über viele Jahre hinweg zu verfolgen, deutet vieles darauf hin, dass die Ausübung linker Gewalt bei den meisten Tatverdächtigen an eine bestimmte Lebensphase gebunden ist. Junge männliche Tatverdächtige sind bei linken Gewalttaten – wie bei fast jedem Gewaltphänomen – stark überproportional vertreten, so dass die Faktoren Alter und Geschlecht bei der Erklärung des Phänomens PMK-links in Betracht gezogen werden müssen. Zur Klärung der Ursachen und Kontextfaktoren linker Gewalt spielt alters- und geschlechtsspezifisches Verhalten womöglich eine wichtigere Rolle als die politische Motivation des Täters.

3.3 Schulbildung und Beruf

Die Daten zu Schulbildung und Beruf beruhen auf freiwilligen, hier nicht nachprüfbaren Angaben der Tatverdächtigen während des Ermittlungsverfahrens. Häufig machen die Tatverdächtigen keine oder nur lückenhafte Angaben, so dass die folgenden Aussagen auf kleineren Datenmengen beruhen. Die statistische Verlässlichkeit der Daten in den Kapiteln 3.3 und 3.4 ist daher geringer als im Rest der Studie.

3.3.1 Schulbildung

12 % der Tatverdächtigen hatten zum Tatzeitpunkt keinen Schulabschluss. 35 % der Tatverdächtigen hatten einen Hauptschulabschluss, 29 % erreichten die mittlere Reife, 25 % das Abitur (vgl. Abb. 29).

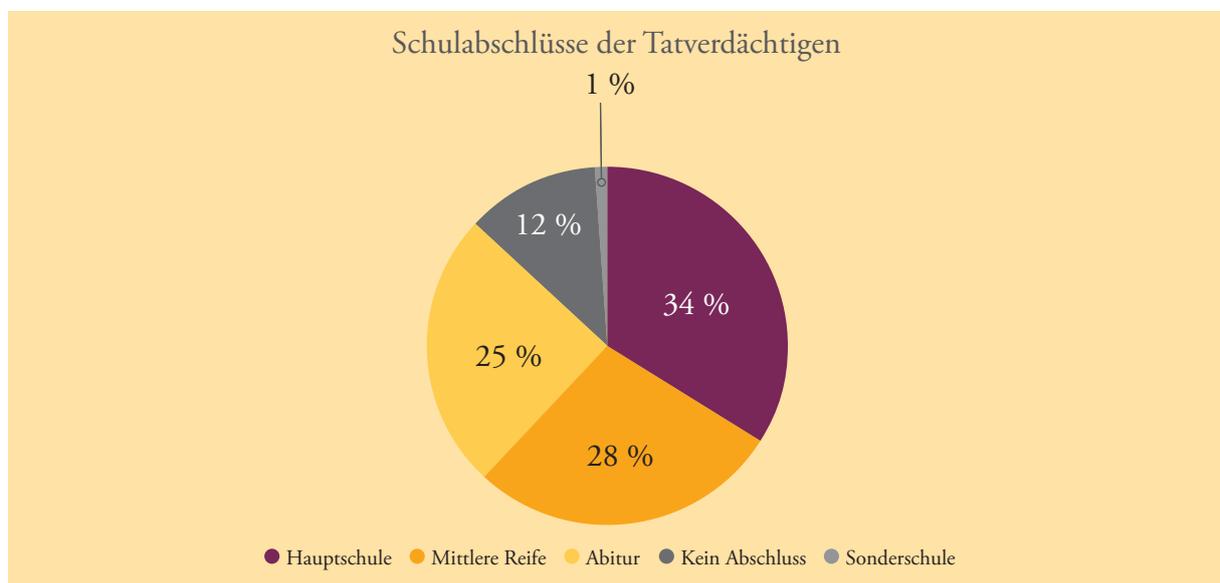


Abb. 29: Schulabschlüsse der Tatverdächtigen (in Prozent, $n = 200$)

Bei der Interpretation der Zahl muss berücksichtigt werden, dass einige der Tatverdächtigen ihren Schulabschluss zum Tatzeitpunkt noch nicht erreicht hatten. Angesichts der Dominanz der über 17-Jährigen unter den Tatverdächtigen sind hier große Verschiebungen allerdings nicht zu erwarten, da im Normalfall zu diesem Zeitpunkt die Mittlere Reife erworben wird.

Die Schulbildung der Tatverdächtigen ist damit im Vergleich zum gesamtgesellschaftlichen Wert unauffällig, wie die folgende Tabelle (Abb. 30) zeigt. Im Vergleich zu den Tatverdächtigen rechter Gewalt ist der formale Bildungsstand höher.

Schulabschluss	Tatverdächtige linke Gewalt Berlin (2003-2008)	Gesamtbevölkerung Deutschland (2008) ³⁷	Tatverdächtige rechte Gewalt Berlin (2003-2006)	Tatverdächtige rechte Gewalt Berlin (1998-2003) ³⁸
Kein Abschluss	12 %	4 %	35 %	6 %
Sonderschule	1 %	k. A.	2 %	3 %
Hauptschule	35 %	39 %	31 %	60 %
Mittlere Reife	29 %	28 %	29 %	27 %
Abitur	25 %	24 %	3 %	5 %

Abb. 30: Vergleichszahlen zur Verteilung von Schulabschlüssen

3.3.2 Erwerbstätigkeit

Die meisten Tatverdächtigen waren zum Zeitpunkt der Tat arbeitslos (43 %) oder befanden sich noch in der Ausbildung, entweder als Schüler und Studenten (24 %) oder als Auszubildende (19 %). Nur 10 % waren teil- oder voll-erwerbstätig (vgl. Abb. 31). Es ist zu berücksichtigen, dass viele Tatverdächtige zum Tatzeitpunkt noch sehr jung waren, so dass sich die Lebenssituation schnell ändern kann.

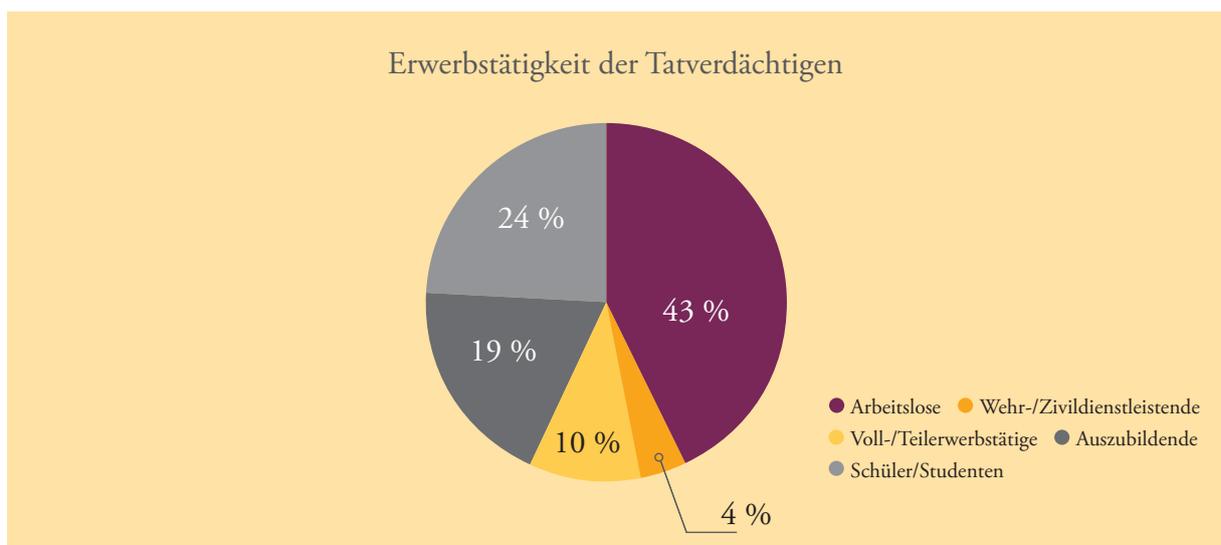


Abb. 31: Erwerbstätigkeit der Tatverdächtigen (in Prozent, n = 337)

³⁷ Statistisches Bundesamt (2009). Das Statistische Bundesamt weist die noch in schulischer Ausbildung befindlichen Personen (4 %) und diejenigen ohne spezifizierbaren Abschluss (unter 1 %) getrennt aus. Fachhochschul- und Hochschulreife (Abitur) werden zusammengefasst.

³⁸ Senatsverwaltung für Inneres (2005a), S. 37 ff.

3.3.3 Berufsstatus

Die Auswertung zum Berufsstatus unterliegt zusätzlichen Einschränkungen, da die Tatverdächtigen, wenn überhaupt, in der Regel nur Angaben zum zuletzt ausgeübten Beruf machten. Bei den vorhandenen Angaben dominieren Ungelernte mit 44 %. Weitere 38 % der Tatverdächtigen, zu denen Angaben zum Berufsstatus vorlagen, waren Facharbeiter. Angestellte (16 %) und Selbstständige (2 %) stellen relativ geringe Anteile dar (vgl. Abb. 32).

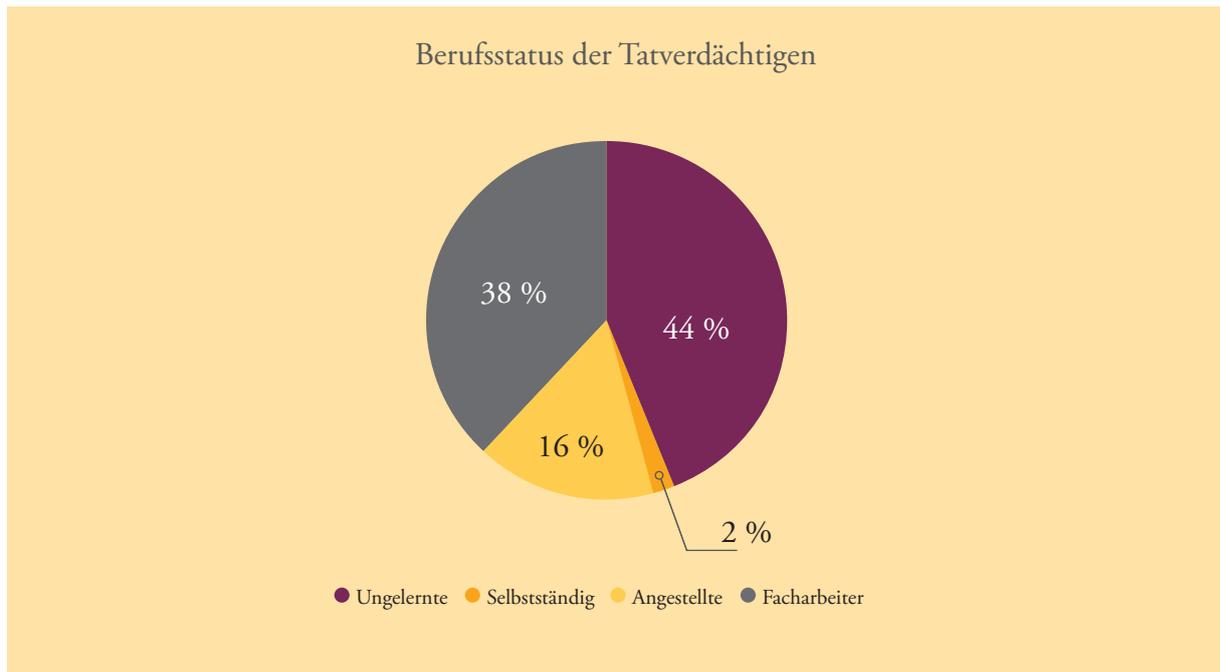


Abb. 32: Berufsstatus der Tatverdächtigen gesamt (Anteile in Prozent, $n = 219$)

Zusammenfassend zeigt sich hinsichtlich Ausbildung, Erwerbstätigkeit und Berufsstatus folgendes Bild: Der Bildungsstand der Tatverdächtigen zum Tatzeitpunkt entsprach dem gesamtgesellschaftlichen formalen Bildungsstand, während die Arbeitslosigkeit weit über dem Durchschnitt lag. Unter den wenigen Erwerbstätigen dominierten deutlich die Facharbeiter und ungelerten Arbeiter.

3.4 Familienstand und Wohnsituation

3.4.1 Familienstand

Wie aufgrund der Altersstruktur zu erwarten, war die Mehrzahl der Tatverdächtigen (93 %) zum Tatzeitpunkt ledig. Nur ein kleiner Teil war verheiratet (5 %) oder geschieden (2 %).³⁹

³⁹ n Familienstand = 587.

3.4.2 Wohnsituation

Mehr als die Hälfte der Tatverdächtigen (57 %) wohnte nach eigenen Angaben zum Tatzeitpunkt alleine, 36 % bei Eltern oder Verwandten. 5 % wohnten mit Freunden oder Bekannten zusammen, 2 % mit ihrem Lebenspartner⁴⁰ (vgl. Abb. 33). Hauptgrund für diese Verteilung dürfte wiederum das junge Alter der Tatverdächtigen sein.

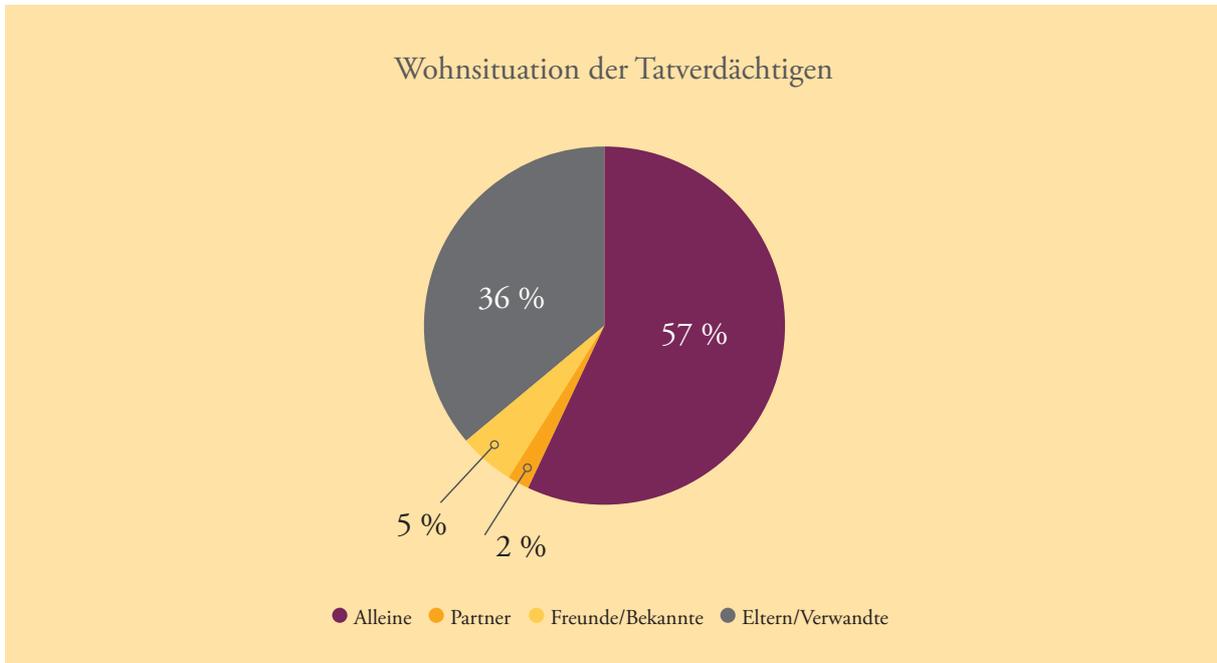


Abb. 33: Wohnsituation der Tatverdächtigen gesamt (Anteile in Prozent, n = 300)

3.5 Delinquenz

Weitere Erkenntnisse über die Tatverdächtigen ergeben sich aus einer Delinquenzanalyse: die meisten Tatverdächtigen sind zuvor nicht wegen anderer Delikte verurteilt worden. 84 % der Tatverdächtigen waren zum Tatzeitpunkt ohne rechtskräftige Verurteilung. 16 % sind vor der Tat wegen anderer Delikte rechtskräftig verurteilt worden und verfügen über einen entsprechenden Eintrag beim Bundeszentralregister.⁴¹ Dabei wurden 9 % aller Tatverdächtigen ausschließlich aufgrund allgemeinkrimineller Delikte verurteilt, weitere 5 % haben sowohl allgemeinkriminelle als auch politisch motivierte Straftaten begangen. Nur 19 der 810 Tatverdächtigen (2 %) sind ausschließlich aufgrund politischer Delinquenz verurteilt worden (vgl. Abb. 34).

⁴⁰ Laut Einwohnermeldeamt waren 5 % der Tatverdächtigen verheiratet Vgl. Kap. 3.4.1. Nur 2 % gaben an, mit ihrem Lebenspartner zusammen zu wohnen. Diese Diskrepanz ist ein Hinweis auf die Lückenhaftigkeit der freiwilligen Angaben zu den privaten Lebensumständen.

⁴¹ Das Bundeszentralregister wird vom Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof geführt. Vgl. zu Eintragsregelungen, Auskunftsmöglichkeiten („Führungszeugnis“) und Löschrufen, www.bundeszentralregister.de.

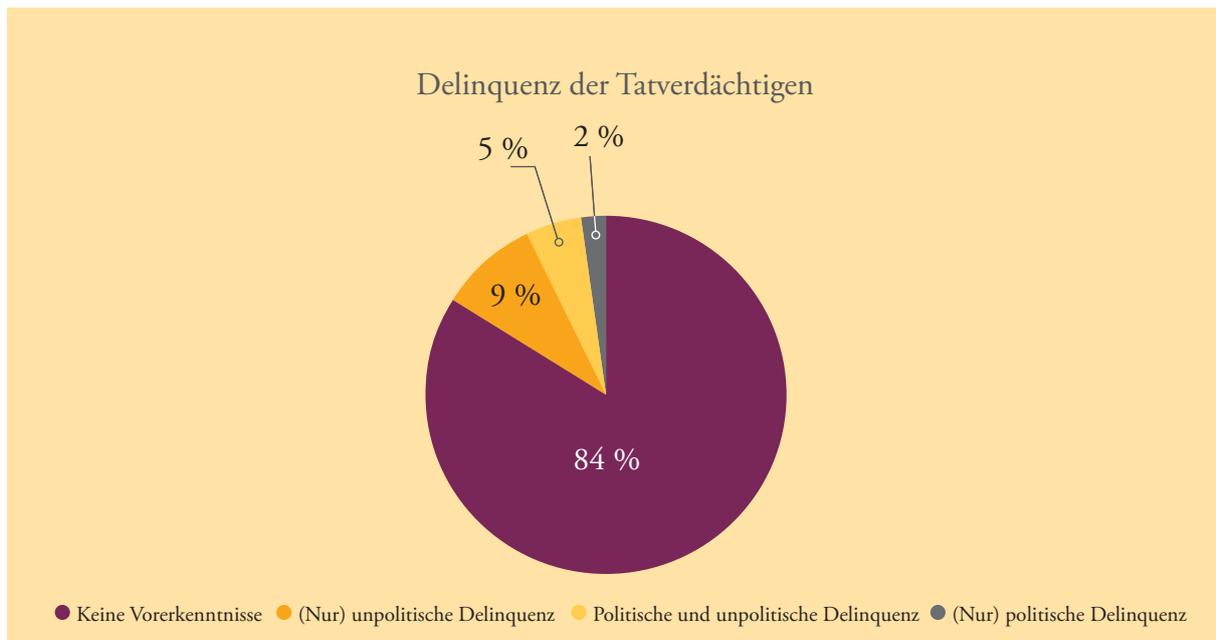


Abb. 34: Delinquenz der Tatverdächtigen gesamt (Anteile in Prozent, $n = 810$)

Es ist zu berücksichtigen, dass zwischen Tat, Urteil, Eintritt der Rechtskraft des Urteils und Eintrag ins Bundeszentralregister viel Zeit vergehen kann. Zudem unterliegen Einträge im Bundeszentralregister gesetzlichen Löschfristen. Ermittlungen, die nicht zu einer Verurteilung führten (z. B. wegen Einstellung des Verfahrens durch die Staatsanwaltschaft) wurden nicht berücksichtigt. Zudem ist wie bei jedem Kriminalitätsphänomen von einem Dunkelfeld nicht geahндeter Delikte auszugehen. Die aufgrund der Bundeszentralregister-Einträge genannten Prozentsätze an Delinquenz stellen daher die absolute Untergrenze dar.

Bei den 835 Taten wurden zwischen 2003 und 2008 insgesamt 810 Tatverdächtige ermittelt. Es handelte sich um 689 verschiedene Personen, von denen 88 (rund 13 %) wiederholt als Tatverdächtige bei politisch motivierten Gewalttaten festgestellt wurden (vgl. Abb. 35). 601 Personen (87 %) wurden einmalig festgestellt, 67 Personen zwei mal, und 21 Personen drei mal und öfter. Ein Tatverdächtiger wurde sechs mal ermittelt. Dabei ist zu berücksichtigen, dass einzelne Tatverdächtige vor (oder nach) dem Untersuchungszeitraum dieser Studie bei weiteren politisch motivierten Gewalttaten festgestellt worden sein könnten. Zudem werden in dieser Studie aufgrund des auf Berlin bezogenen Erkenntnisinteresses nur in Berlin begangene Taten berücksichtigt. Der Anteil der mehrfach Tatverdächtigen dürfte also bei einer zeitlich und räumlich weniger eingegrenzten Studie ansteigen.

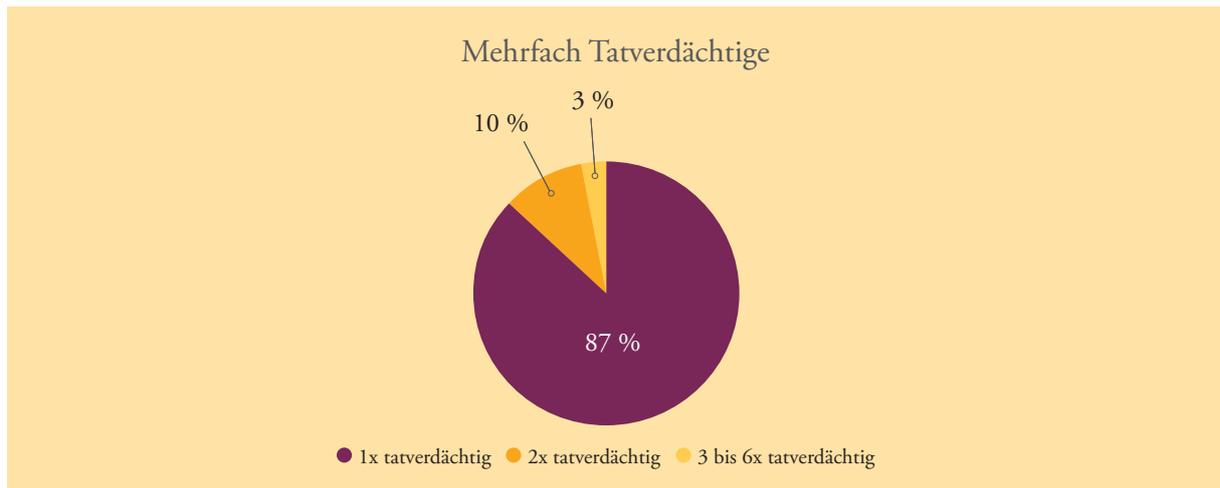


Abb. 35: Delinquenz der Tatverdächtigen gesamt (Anteile in Prozent, n =689)

Die meisten Verurteilten waren für ihre vorherigen Delikte (allgemeinkrimineller und/ oder politischer Natur) zu Geldstrafen oder Freiheitsstrafen auf Bewährung verurteilt worden. Aufgrund des durchschnittlich geringen Lebensalters wurde bei diesen zeitlich noch weiter zurückliegenden Delikten häufig das Jugendstrafrecht angewendet.

Nur 3 % der Tatverdächtigen hatten Hafterfahrung; sie waren zum Tatzeitpunkt aufgrund einer früheren Tat schon einmal zu einer Freiheitsstrafe ohne Bewährung verurteilt worden.

3.6 Linksextremistische Personenzusammenhänge

Die linksextremistische Szene in Berlin präsentiert sich äußerst uneinheitlich. In inhaltlicher, strategischer und struktureller Hinsicht lassen sich eine Vielzahl von Spektren unterscheiden, von denen unterschiedliche Gefahren für die freiheitliche-demokratische Grundordnung ausgehen. Dies betrifft sowohl die Art als auch die Höhe der jeweiligen Gefahren. Der Verfassungsschutz definiert innerhalb des Phänomenbereichs drei Risikofelder: den aktionsorientierten Linksextremismus, den parlamentsorientierten Linksextremismus und den diskursorientierten Linksextremismus. Letzterer spielt für die Analyse linker Gewalt keine Rolle. Die Akteure im aktionsorientierten und im parlamentsorientierten Linksextremismus positionieren sich auf sehr ungleiche Art und Weise in der Frage des Einsatzes von Gewalt.

3.6.1 Aktionsorientierter Linksextremismus

Die meisten linksextremistisch motivierten Gewalttaten werden von Personen aus dem aktionsorientierten Spektrum verübt. Zwar bewegt sich die politisch motivierter Gewalt im Vergleich zu den anderen Bundesländern ein anhaltend hohem Niveau, linksterroristische Strukturen im Sinne von § 129a StGB existieren aber nicht. Die in der Anklage des Generalbundesanwalts als terroristische Gruppierung (§ 129a StGB) bezeichnete „militante gruppe“ (mg) hat der Bundesgerichtshof (BGH) im November 2007 als kriminelle Vereinigung (§ 129a StGB) bewertet.⁴²

Exkurs: „militante gruppe“ (mg)⁴³

Die „militante Gruppe“ ist eine klandestine Gruppe, die – ähnlich den „Revolutionären Zellen“ (RZ) in den 1980er Jahren – in Berlin und Umgebung Anschläge verübt. Erstmals trat die mg im Sommer 2001 in Erscheinung. Ihre Gewalttaten richteten sich vornehmlich gegen Kraftfahrzeuge und Gebäude staatlicher Einrichtungen, aber auch von Unternehmen und Privatpersonen sowie sonstigen nichtstaatlichen Stellen. Die mg begründete ihre Anschläge vor allem mit den Themengebieten Zwangsarbeiterentschädigung, Sozialabbau, Antimperialismus und Repression. Bis zum Mai 2007 bezichtigte sie sich, insgesamt 25 Brandanschläge begangen zu haben.

Am 31. Juli 2007 wurden nach einem versuchten Brandanschlag auf Fahrzeuge der Bundeswehr in Brandenburg drei mutmaßliche Mitglieder der mg festgenommen. Der Prozess gegen die drei Angeklagten begann am 25. September 2008 in Berlin. In einer Erklärung zum Prozessbeginn bezeichneten die Angeklagten die Brandanschläge als legitimen Widerstand.⁴⁴

Während des laufenden Prozesses bekannte sich die mg im Juli 2009 in einem Interview in der linksextremistischen Szenezeitschrift „radikal. publikation der revolutionären linken“ zu weiteren Anschlägen und gab gleichzeitig ihre Auflösung bekannt. Sie wolle „neu gesammelt und umgruppiert“ in anderen Strukturen weiterarbeiten.

Autonome

Eine herausgehobene Rolle innerhalb des aktionsorientierten Linksextremismus spielt das autonome Spektrum. Dem autonomen Spektrum in Berlin waren 2008 ca. 950 Personen und damit nahezu die Hälfte des gesamten linksextremistischen Personenpotenzials zuzurechnen. Allerdings war die Anzahl der Autonomen in den letzten Jahren leicht rückläufig. Verbindende Merkmale der Autonomen sind ihre Gewaltorientierung, ihre undogmatische ideologische Ausrichtung und ihre Distanz zu festgefügtten Formen der Selbstorganisation. Auch wenn nicht alle Autonomen selbst Gewalt ausüben, befürworten sie in der Regel den Einsatz von Gewalt als politischer Aktionsform. Auf Grund ihres Selbstverständnisses erfolgt die eigentliche politische Arbeit nur zum Teil innerhalb einer Vielzahl linksextremistischer Gruppierungen vor allem aber in Form gruppenübergreifender, themenbezogener Kampagnen.

In diesen Kampagnen spielt die Gewaltfrage eine sehr unterschiedliche Rolle. Mit zielgerichteten Kampagnen wird die linksextremistische Szene direkt zur Begehung von Gewalttaten aufgefordert. So riefen im Rahmen der Anti-Globalisierungskampagne die „Autonomen Gruppen Berlin“ 2007 zu einem „Volxsportwettbewerb“ auf. In einem Zeitraum von einem Monat wurden wettkampftartig Straftaten begangen, darunter allein 34 Brandanschläge gegen Fahrzeuge und Gebäude.⁴⁵ Neben den Gewaltaufrufen suchen Linksextremisten auch den

⁴² Vgl. Beschluss des Bundesgerichtshofs, Az.: BGH StB 43/07 vom 28.11.2007.

⁴³ Vgl. Senatsverwaltung für Inneres und Sport: Verfassungsschutzbericht 2008. Berlin 2009, S. 99 – 102.

⁴⁴ Der Prozess vor dem Kammergericht endete am 16. Oktober 2009 mit der Verurteilung der drei Angeklagten. Das Urteil war bei Redaktionsschluss noch nicht rechtskräftig. Vgl. Kammergericht Berlin, Pressemitteilung Nr. 56/2009 vom 16. 10.2009.

⁴⁵ Vgl. Senatsverwaltung für Inneres und Sport: Verfassungsschutzbericht 2007. Berlin 2008, S. 43 f.

Anschluss an nicht-extremistische Akteure. Ein Beispiel für die Bemühungen der links-extremistischen Szene um derartige strategische Bündnisse war die Kampagne „Keine Stimme den Nazis“. Sie wurde unter Beteiligung der linksextremistischen Gruppierungen „Antifaschistische Linke Berlin“ (ALB) ins Leben gerufen, um einen Wahlerfolg von Rechtsextremisten bei der Kommunalwahl 2008 in Brandenburg zu verhindern.

Exkurs: Kampagnenthemen⁴⁶

Nach den G 8-Protesten in Heiligendamm 2007 haben in der linksextremistischen Szene zuletzt wieder eher regionale Themenstellungen an Gewicht gewonnen. Dazu gehört der „antikapitalistische Kampf“ für die Schaffung und den Erhalt „autonomer Freiräume“ als Gegenbewegung zur städtebaulichen Umstrukturierung („Gentrifizierung“). Die „Freiraum-Kampagne“ mündete in den Jahren 2008 und 2009 in die so genannten „Freiraum-Aktionstage“ in Berlin, an denen sich Linksextremisten aus dem Bundesgebiet und dem europäischen Ausland beteiligten. Im Rahmen dieser Aktionstage wurden zahlreiche Straf- und Gewalttaten verübt.

Neben dem Kampf um „autonome Freiräume“ ist das Thema „Antifaschismus“ wieder verstärkt in den Vordergrund gerückt. Teile der linksextremistischen Szene sehen in der gewalttätigen Bekämpfung von Rechtsextremisten eine gerechtfertigte Form des Widerstands gegen den politischen Gegner. Im Verständnis der gewaltorientierten Antifa ist der Faschismus direkter Ausfluss der Verfasstheit des freiheitlich demokratischen Staatswesens. Der Kampf „gegen rechts“ ist somit gleichzeitig ein Angriff auf den demokratischen Verfassungsstaat. Neben gewalttätigen Übergriffen suchten Linksextremisten auch, den Anschluss an nicht-extremistische Akteure, um ihre Durchsetzungskraft im Kampf gegen den Rechtsextremismus zu erhöhen.

Ein weiteres Kampagnenfeld der linksextremistischen Szene ist der „Antimilitarismus“. Diese Kampagne richtete sich gegen den Einsatz der Bundeswehr in Krisengebieten und symbolträchtige Anlässe wie die Feierlichkeiten zum 60. NATO-Jubiläum im April 2009. Dabei werden aber nicht nur Einrichtungen und Fahrzeuge der Bundeswehr, sondern auch von Wirtschaftsunternehmen wie dem Postdienstleister DHL angegriffen, die als Logistikpartner mit der Bundeswehr zusammenarbeiten.

Wesentliche Akteure innerhalb des autonomen Spektrums sind die „Antifaschistische Linke Berlin“ (ALB) und die „Antifaschistische Revolutionäre Aktion Berlin“ (ARAB). Die ALB ging 2003 aus der „Antifa A+P“ beziehungsweise aus der „Antifaschistische Aktion Berlin“ (AAB) hervor. Sie bestand 2008 aus ca. 60 Mitgliedern. Die ALB fordert die Überwindung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung aus einem revolutionären Antifaschismusverständnis heraus. Im demokratischen Verfassungsstaat sei ein Faschismus angelegt, der sich nicht von dem Rassismus etwa der rechtsextremen „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD) unterscheide.⁴⁷ Die Gruppe befürwortet den Einsatz von Gewalt. In Zusammenhang mit den Protesten gegen den G 8-Gipfel 2007 in Rostock verharmloste sie die

⁴⁶ Vgl. Senatsverwaltung für Inneres und Sport: Verfassungsschutzbericht 2008. Berlin 2009, S.89 – 99.

⁴⁷ Ebenda, S. 209 – 211.

gewalttätigen Ausschreitungen und rechtfertigte sie mit dem Hinweis auf die angeblich „strukturelle Gewalt“ der bestehenden Verhältnisse:

„Die militanten Angriffe auf die Polizei am vergangenen Samstag in Rostock waren zielgerichtete Aktionen. Diese fanden trotz oder gerade vor dem Hintergrund eines in den letzten 10 Jahren massiv hochgerüsteten Polizeiapparates, der Ausbebelung elementarer Bürgerrechte und der zunehmenden Durchleuchtung der Bevölkerung statt. [...] Die Militanz der Gipfelgegner steht in keinem Verhältnis zur Gewalttätigkeit der bestehenden Verhältnisse. [...] Die symbolische Zerstörung von Schaufensterscheiben einer Bank ist eben eine Form der Artikulation von Opposition zum bestehenden System, die zudem weltweit verstanden wird. [...] In den kommenden Tagen werden rund um Heiligendamm Aktionen und Blockaden gegen den G 8-Gipfel stattfinden. Daran wird sich die gesamte Gegenbewegung zu G 8 beteiligen. Zu ihr gehören zu einem nicht unwesentlichen Teil Linksradikale und Autonome. Deren Aktionsformen sind legitim und gehören zur Vielfältigkeit einer Bewegung, die ohne die Ereignisse in Rostock kaum wahrgenommen worden wäre.“⁴⁸

Die ARAB besteht seit dem Jahr 2007 und hatte 2008 ca. 20 Mitglieder. Sie ist eine der aktivsten linksextremistischen Gruppen in Berlin. Die ARAB tritt für die Abschaffung der parlamentarischen Demokratie ein und beteiligt sich an zahlreichen Aktivitäten in Aktionsfeldern wie Sozialabbau, Antikapitalismus, Antimilitarismus und Antiglobalisierung. Sie ist innerhalb des linksextremistischen Spektrums gut vernetzt und verfolgt eine breite Bündnisstrategie. Bei der ARAB handelt es sich um eine gewaltausübende Gruppierung. In ihrem Grundsatzpapier „antifascist action – still fighting“ propagiert sie einen militanten Antifaschismus und verbindet diesen mit dem Kampf gegen den Kapitalismus:

„Faschismus [...] beruht auf den ungerecht gestalteten, ökonomischen Verhältnissen, weshalb unser Eintreten gegen Nazis mit dem Kampf gegen den Kapitalismus untrennbar verbunden ist. [...]“

Antifa ist für uns bittere Notwendigkeit und ein wichtiger Schwerpunkt. [...] So lange Menschen auf den Straßen ermordet und misshandelt werden, haben die Nazischweine mit uns zu rechnen!“⁴⁹

Brandanschläge auf Autos

Im aktionsorientierten Linksextremismus ist derzeit ein erhöhtes Aktivitätsniveau zu verzeichnen. Dies wird unter anderem an der Entwicklung der Fallzahlen der Brandanschläge auf Autos deutlich. Von 2003 bis 2008 wurden insgesamt 268 Brandanschläge verübt, die vom LKA Berlin als politisch motiviert eingeschätzt werden. Die meisten richteten sich gegen Kraftfahrzeuge. In den Jahren 2003 bis 2006 waren noch gleichbleibend geringe Fallzahlen zu verzeichnen, seit 2007 ist eine deutliche Steigerung zu verzeichnen. Geographischer Schwerpunkt der Anschläge war der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg, gefolgt von den Bezirken Mitte und Pankow.⁵⁰

Nur in wenigen Fällen veröffentlichten die Täter Selbstbeziehungsschreiben zu ihren Anschlägen. In ihren Täterklärungen verwenden sie an Stelle fest stehender Gruppenbezeich-

⁴⁸ Linker Widerstand wird sich nicht in „Gut und „Böse“ spalten lassen. Presseerklärung der ALB vom 5.6.2007.

⁴⁹ Let the revolution rock! Internetauftritt der ARAB, datiert 12.7.2007.

⁵⁰ Vgl. für detaillierte Angaben zu Brandanschlägen Kap. 4.2.2.

nungen vorwiegend einmalige Aktionsbezeichnungen oder Schlussformeln. Demnach richten sich die Taten vorwiegend gegen das „kapitalistische System“. Zuletzt wurden vermehrt die Themenfelder „Antimilitarismus“ und „Kampf um autonome Freiräume“ aufgegriffen. Weitere Begründungszusammenhänge waren der „Antifaschismus“, die staatliche „Repression“ und der Protest gegen die Atomindustrie.

Derartigen Anschlägen sind sehr einfach durchzuführen, was Gegenmaßnahmen der Sicherheitsbehörden erschwert. Die Tatmittel sind unkompliziert zu beschaffen, detaillierte Planungen oder Absprachen in einem feststehenden Gruppenzusammenhang sind nicht erforderlich. Auf Grund der Tatumstände und der weitgefächerten Begründungszusammenhänge ist somit nicht von einem geschlossenen Täterkreis auszugehen. Neben der möglichen Vielfalt der Täter aus der linksextremistischen Szene werden Brandanschläge vermutlich auch von „Trittbrettfahrern“ verübt. Innerhalb der linksextremistischen Szene sind die Anschläge als Aktionsform nicht unumstritten, da der Brand regelmäßig von den gezielt angegriffenen Autos auf andere Kraftfahrzeuge übergreifen kann.

3.6.2 Parlamentsorientierter Linksextremismus

Der parlamentsorientierte Linksextremismus ist ein vergleichsweise statisches Beobachtungsfeld. Parlamentsorientierte Linksextremisten haben ebenso wie die aktionsorientierten Linksextremisten die Beseitigung des freiheitlichen demokratischen Verfassungsstaates zum Ziel. Sie haben ein taktisches Verhältnis zur parlamentarischen Demokratie. Sie streben nicht die gewalttätige Auseinandersetzung mit dem Staat, sondern den revolutionären Umbau insbesondere des Wirtschafts- und Gesellschaftssystems an. Trotz anlassbezogener Kooperationen zwischen parlamentsorientierten und aktionsorientierten Linksextremisten, wie zum Beispiel die gemeinsame Mobilisierung bei Demonstrationen, üben sie in der Regel selbst weder Gewalt aus noch rufen sie zu Gewalthandlungen auf. Wesentliche Akteure im parlamentsorientierten Linksextremismus sind Parteien wie die „Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP) und die „Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands“ (MLPD) sowie Vereinigungen im vorparlamentarischen Raum.⁵¹

Die DKP ist mit 4 000 Mitgliedern die größte und älteste kommunistische Partei in der Bundesrepublik. 1968 gegründet hatte sie 2008 in Berlin ca. 130 Mitglieder. Laut ihrem Parteiprogramm könne das Endziel des Kommunismus nur durch „tief greifende Umgestaltungen und die revolutionäre Überwindung der kapitalistischen Eigentums- und Machtverhältnisse erreicht werden.“⁵² Die MLPD wurde 1982 gegründet und verfügte 2008 bundesweit über 2 300, in Berlin über ca. 100 Mitglieder. Die Partei strebt „die Errichtung der Diktatur des Proletariats“⁵³ an. Weitere parlamentsorientierte Gruppierungen wie „marx21“ und die „Sozialistische Alternative“ (SAV) bemühen sich im Sinne der Entrismus-Strategie um Einfluss auf die Partei „Die Linke“. Die Bedeutung der linksextremistischen Parteien ist nicht zuletzt auf Grund ihrer marginalen Wahlergebnisse eher gering.

⁵¹ Vgl. Senatsverwaltung für Inneres und Sport: Verfassungsschutzbericht 2008. Berlin 2009, S. 219 – 227.

⁵² Parteiprogramm der DKP. Internetauftritt der DKP, datiert 8.4.2006.

⁵³ Präambel zu den Grundsätzen der MLPD. Internetauftritt der MLPD, undatiert Aufruf am 1.10.2009.

4 OPFER

Empirische Befunde

- ⇒ **Opferzahl:** Die Opfer linker Gewalt waren häufig allein (61 %) oder zu zweit (23 %) unterwegs. In drei Viertel der Fälle (74 %) waren die Angreifer in der Überzahl.
- ⇒ **Angriffsziel Institutionen:** Die meisten linken Gewalttaten richteten sich gegen Institutionen und ihnen angehörige Menschen. Von den Gewalttaten gegen Institutionen richteten sich zwei Drittel gegen die Polizei oder Polizeibeamte (64 %) und weitere 4 % gegen andere staatliche Institutionen (z. B. Agentur für Arbeit). Große Unternehmen, im Einzelfall aber auch kleine, sind in 24 % der Fälle betroffen. In 5 % der Fälle werden vermeintliche oder tatsächliche „rechte“ Trefforte, Szeneläden oder Parteien angegriffen.
- ⇒ **Personen und Sachen:** Die Mehrzahl der Taten (58 %) richteten sich gegen Personen, gegen Sachen richteten sich 42 % der Taten.
- ⇒ **Brandanschläge:** Angriffsziel von politisch links motivierten Brandanschlägen sind etwa zur Hälfte Institutionen und zur Hälfte das Eigentum von Privatpersonen. Bei den Institutionen treffen die Angreifer in erster Linie „die Wirtschaft“: große Unternehmen, Verbände und kleinere Firmen (43 %).
- ⇒ **Delikt Kontext Demonstrationen:** Auf Demonstrationen sind hauptsächlich die eingesetzten Polizeibeamten Opfer von Gewalttaten. Auch bei „linken“ Demonstrationen gegen „Rechte“ werden weitaus häufiger Polizeibeamte angegriffen (75 %) als „Rechte“ (5 %).
- ⇒ **Delikt Kontext „gegen rechts“:** 232 der 835 Gewalttaten (28 %) sind aus einer „gegen rechts“ gerichteten Tatmotivation entstanden. Hier entfallen 53 % der Delikte auf Körperverletzung, mit einem hohen Anteil gefährlicher Körperverletzung (91 Fälle). Auch der versuchte Totschlag fiel in den Bereich der „links-rechts“-Auseinandersetzungen. Der am stärksten als Tatort betroffene Bezirk ist bei „gegen rechts“ gerichteter Gewalt Lichtenberg (55 Taten).
- ⇒ **Angriffsziel nach Themenfeld:**⁵⁴ Thematisch zielt linke Gewalt in erster Linie auf den Bereich der Innen- und Sicherheitspolitik (43 %). Hierunter fallen zum Beispiel sämtliche Gewaltdelikte, die sich gegen die Polizei richten. Am zweit häufigsten (35 %) ist Gewalt im Zusammenhang mit Globalisierungsthemen oder mit „antikapitalistischer“ Zielrichtung. Das Thema Globalisierung hat seit 2007 deutlich an Bedeutung gewonnen. Viele Gewalttaten in Berlin im Jahr 2007 standen in einem Begründungszusammenhang mit dem G 8-Gipfel 2007. Auch Gewalttaten gegen politische Gegner, v.a. gegen aus Sicht der Tatverdächtigen „rechte“ Personen, sind häufig (31 %).
- ⇒ **Zufallsoffer:** In 18 % der bewertbaren Fälle wurde das Opfer gezielt ausgewählt, in 82 % der Fälle handelte es sich um ein zufällig ausgewähltes Opfer.

⁵⁴ Mehrfachnennung möglich.

- ⇒ **Alter der Opfer:** Das Alter der Opfer linker Gewalt betrug im Durchschnitt 26 Jahre und liegt damit drei Jahre über dem der Tatverdächtigen. Besonders häufig werden Heranwachsende zu Opfern linker Gewalt (18-20 Jahre, 28 %). Diese Angaben beziehen sich nur auf Privatpersonen, und hier in der Regel auf Körperverletzungsdelikte. Häufig handelt es sich um „links-rechts“-Auseinandersetzungen. Das Alter im Dienst angegriffener Polizeibeamter wird nicht erfasst.

Interpretation

- ⇒ **„Systemorientierte Gewalt“:** Linke Gewalt richtet sich ganz überwiegend gegen Institutionen und Menschen als Angehörige dieser Institutionen. An erster Stelle betrifft dies die Polizei, aber auch andere Behörden, gefolgt von Unternehmen. Linke Gewalt drückt damit den vom Linksextremismus geforderten „Systemwechsel“ aus. Nicht Individuen, sondern Strukturen der Politik und der Wirtschaft sollen vornehmlich getroffen werden. Zwar dürften bei linker wie bei rechter Gewalt auch ein Drang nach Selbstinszenierung und das Abreagieren von Aggressionen Auslöser von Gewalttaten sein. Bei linker Gewalt spielt aber die Instrumentalisierung von Gewalt als „Mittel der Politik“ eine größere Rolle, es ist ein stärkerer Abstraktionsgrad im Gewalthandeln festzustellen.
- ⇒ **Brandanschläge:** Bei den untersuchten Brandanschlägen war offenbar in aller Regel keine direkte körperliche Schädigung von Menschen beabsichtigt. Bei dieser Art von Taten ist eine Gefahr für Leib und Leben allerdings selten ganz auszuschließen.
- ⇒ **Schwere Gewalt „gegen rechts“:** Der Anteil gravierender Delikte in diesem Kontext war höher als beim Gesamtphänomen „linke Gewalt“. Ein nicht unbedeutender Teil der „gegen rechts“ verübten Gewalttaten dürfte von Tatverdächtigen aus dem Bereich der gewaltbereiten „Antifa“ begangen worden sein, die bewusst die gewalttätige Konfrontation mit „Rechten“ gesucht haben.
- ⇒ **Antifaschistische Gewalt:** Im Verständnis der gewaltorientierten Antifa ist der Faschismus direkter Ausfluss der Verfasstheit des freiheitlich demokratischen Staatswesens. Der Kampf „gegen rechts“ ist somit gleichzeitig ein Angriff auf den demokratischen Verfassungsstaat.

4.1 Opferzahl

Die meisten linken Gewalttaten richten sich gegen Institutionen und hier vor allem gegen „den Staat“ (die Polizei) und „die Wirtschaft“.⁵⁵ Bei Gewalt gegen Polizeibeamte (häufig im Demonstrationsgeschehen) nennt die Polizei keine Opferzahl, sondern nur die angegriffene Institution „Polizei“. Ähnlich wird bei Brandanschlägen auf Kraftfahrzeuge eine Institution als Opfer genannt, denn häufig handelt es sich bei politisch links motivierten Taten um äußerlich gekennzeichnete Fahrzeuge von Firmen oder Behörden.

Nur jede fünfte Gewalttat richtet sich gegen Privatpersonen mit einer konkret benennbaren Anzahl von Personen als Opfern. Dabei handelt es sich ganz überwiegend um Gewalttaten gegen Personen, die nach Ansicht der Tatverdächtigen „rechts“ sind (136 von 159 Fällen). Opfer werden überwiegend Einzelpersonen (61 %), in 23 % der Fälle bestand die Opfergruppe aus zwei Personen, in 16 % aus drei oder mehr Personen (vgl. Abb. 36).

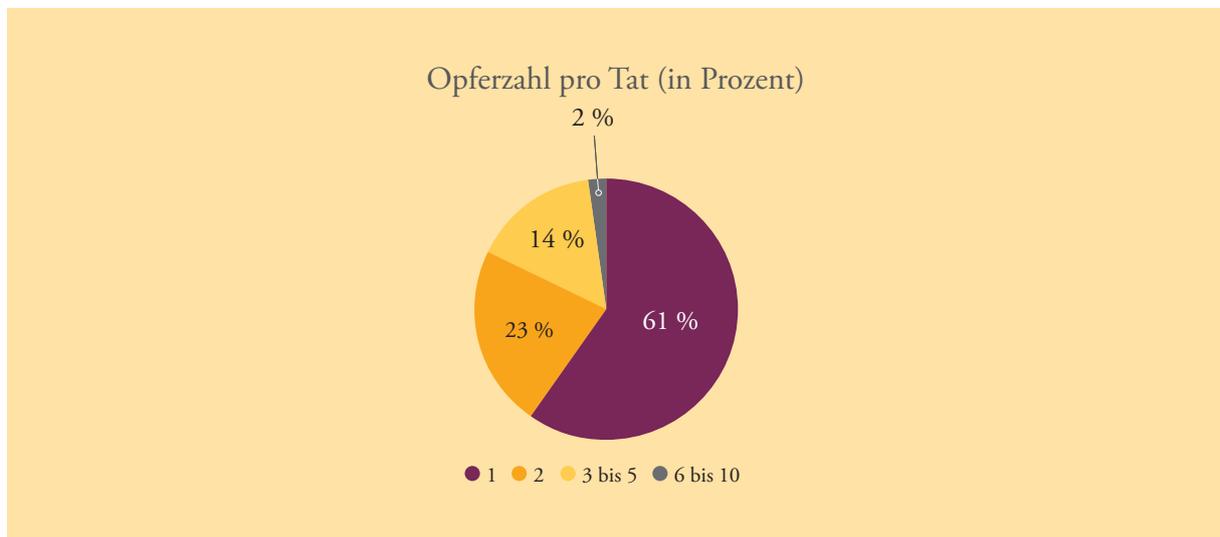


Abb. 36: Opferzahl pro Tat (in Prozent, n = 159)

Es ist bereits festgestellt worden, dass die Tatverdächtigen in der Mehrzahl der Fälle in oft größeren Gruppen agierten.⁵⁶ Dieser Befund schlägt sich in der Analyse der Täter-Opfer-Mengenverhältnisse nieder: Es gibt ein deutliches quantitatives Übergewicht der Täter. In 74 % der Fälle stand dem Opfer oder den Opfern eine Mehrheit von Tatverdächtigen gegenüber, in 22 % bestanden Opfer- und Tatverdächtigenseite aus einer gleichen Anzahl von Personen. In 4 % der Fälle waren die Opfer den Tatverdächtigen zahlenmäßig überlegen (vgl. Abb. 37).

⁵⁵ Vgl. dazu auch Kap. 4.2.1.

⁵⁶ Vgl. Kap. 3.1.

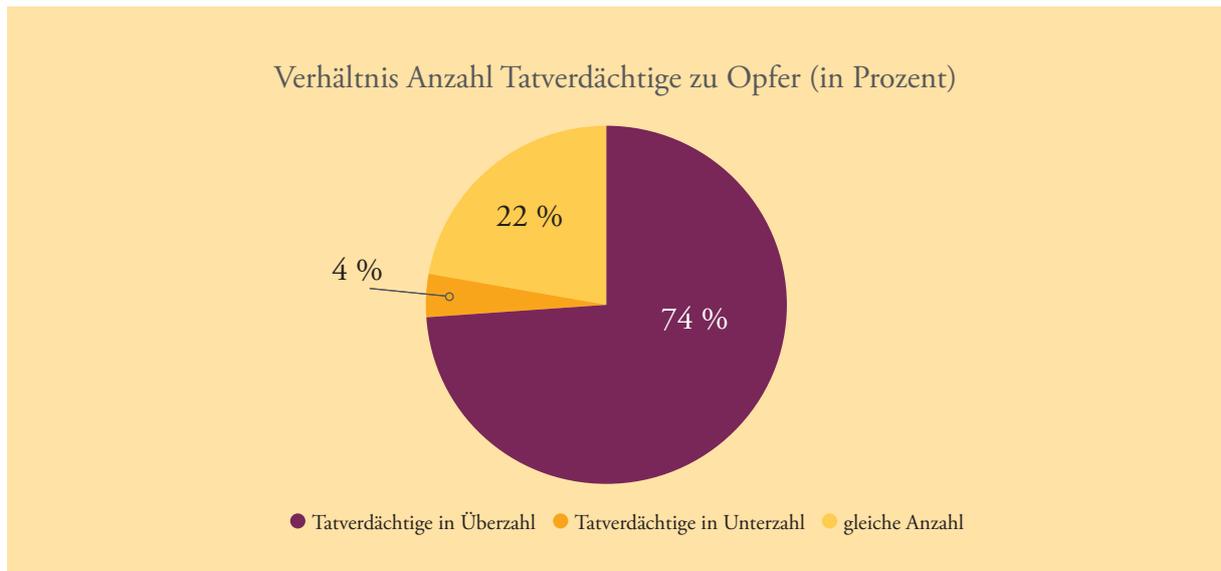


Abb. 37: Verhältnis Anzahl Täter zu Opfer (Anteile in Prozent, $n = 153$)

Je nach Ablauf der Tat bewertet die Polizei die Taten als entweder gegen Personen oder gegen Sachen gerichtet. Eine Tat kann sich „gegen eine Institution“ (z. B. Polizei) richten aber je nach Tatablauf als Gewalt gegen Personen (Polizeibeamte) oder als Gewalt gegen Sachen (Polizeifahrzeug, Polizeiwache) gezählt werden. Die Mehrzahl der Taten richtete sich gegen Personen (58 %), 42% gegen Sachen. Die zahlreichen Brandanschläge auf Kraftfahrzeuge der Jahre 2007 und 2008 haben zu einen prozentual steigenden Anteil von Gewalt gegen Sachen beigetragen.

4.2 Auswahl der Opfer

4.2.1 Institutionen

Die Aufschlüsselung der 519 Gewalttaten gegen Institutionen (oder ihnen angehörende Menschen) zeigt, dass sich zwei Drittel dieser Angriffe gegen die Polizei richten (64 %). Am zweit häufigsten wird „die Wirtschaft“ angegriffen (24 %). Im Untersuchungszeitraum fielen hierunter vor allem Unternehmen wie die Deutsche Bahn und ihre Tochterunternehmen sowie Siemens und Vattenfall. Die Gewalttaten gegen die Polizei haben häufig einen Demonstrationsbezug während die Gewalttaten gegen Unternehmen häufig Brandstiftungen⁵⁷ sind. Zahlreiche Sachbeschädigungen von Immobilien, wie z. B. so genannte „Entglasungen“ oder Farbbeutelattaken, werden, wie eingangs erwähnt, nicht als Gewaltdelikte gezählt.⁵⁸

In der Auswahl der angegriffenen Unternehmen zeigt sich eine Verbindung zu Kampagnen der linksextremistischen Szene. So wurden zuletzt im Rahmen der „Antimilitarismuskampagne“ nicht nur Einrichtungen und Fahrzeuge der Bundeswehr, sondern auch von Wirtschaftsunternehmen angegriffen, die als Logistikpartner mit der Bundeswehr zusammenarbeiten.⁵⁹

⁵⁷ Vgl. Kap. 4.2.2.

⁵⁸ Vgl. Fußnote 17, S. 16.

⁵⁹ Vgl. Senatsverwaltung für Inneres und Sport: Verfassungsschutzbericht 2008. Berlin 2009, S. 98 f.

Eine derartige Kampagne richtet sich seit dem Jahr 2008 gegen die Firma DHL. Auf Grund der indirekten Unterstützung der Aktivitäten der Bundeswehr solle der „Postdienstleister und Kriegslogistiker DHL ins Visier“⁶⁰ genommen werden. Im Vorfeld des NATO-Jubiläums 2009 wurde ein Brandanschlag auf einen Transporter des Unternehmens verübt. In einem Selbstbeichtigungsschreiben hieß es: „In der Nacht zum 19.1.09 entzündete sich unsere Wut über die bestehenden Verhältnisse an einem Transporter der Deutschen Heeres Logistik (DHL).“⁶¹

Auch kleinere Unternehmen wie Speditionen oder Immobilienmakler wurden Opfer linker Gewalt. Mit einigem Abstand folgten Angriffe auf vermeintliche oder tatsächliche „rechte“ Trefforte, Szeneläden und Parteien (5 %). Die öffentliche Verwaltung war in etwa 4 % der Fälle Angriffsziel. Einzelne Gewalttaten wurden gegen die Bundeswehr, Gerichte, Universitäten, Medien oder Verbände verübt.

Auch in diesen Fällen wurde das Gewalthandeln zum Teil mit linksextremistischen Positionen gerechtfertigt. Andere Unternehmen gerieten auf Grund ihrer Tätigkeit als Eigentümer und Verwalter von räumungsbedrohten Wohnprojekte ins Visier linksextremistischer Gewalttäter.

Im Dezember 2007 setzten unbekannte Täter das Auto des Eigentümers der Yorckstraße 59 in Brand. Das ehemalige Symbolprojekt der linksextremistischen Szene war 2005 geräumt worden. In einem Selbstbeichtigungsschreiben wurde auf seine Rolle als Investor im Immobilienmarkt Bezug genommen: „Wir wehren uns mit diesem kleinen Beitrag gegen die Aufwertung unserer Kieze, der immer mehr bezahlbarer Wohnraum und linke Projekte zum Opfer fallen. [...] Wir wünschen uns mehr und gezielte Angriffe auf die, die ihren Reichtum zur Schau stellen, in den Kiezen investieren oder hier abends teuer dinieren.“⁶²

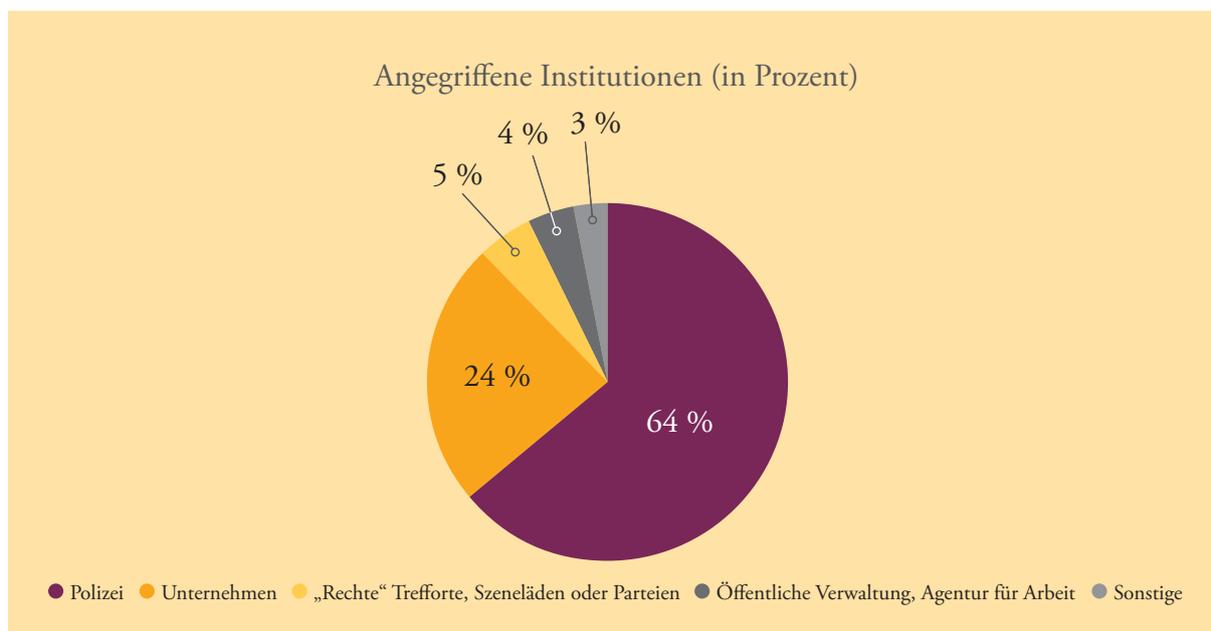


Abb. 38: Art der geschädigten Institutionen (Anteile in Prozent, n = 519)

⁶⁰ Ebenda S. 98.

⁶¹ Ebenda S. 99.

⁶² Senatsverwaltung für Inneres und Sport: Verfassungsschutzbericht 2007. Berlin 2008, S.62.

4.2.2 Zielrichtung der Brandanschläge

Eine detaillierte Betrachtung der 268 Brandanschläge⁶³ zeigt, dass die Tatverdächtigen etwa zur Hälfte (148 Fälle, 55 %) auf Institutionen, und hier insbesondere auf „die Wirtschaft“ zielen (vgl. Abb. 39). Bei der anderen Hälfte der Fälle (45 %) wurde Eigentum (in der Regel Fahrzeuge) von Privatpersonen in Brand gesetzt. Große Unternehmen, Wirtschaftsverbände, aber auch kleinere Unternehmen wurden in 115 Fällen (43 %) angegriffen. Die öffentliche Verwaltung wurde in 16 Fällen (6 %) Ziel von Brandanschlägen, insbesondere die Agentur für Arbeit, aber auch Bezirksämter und Senatsverwaltungen. Gegen Polizei und Bundeswehr richteten sich 4% der Brandstiftungen, gegen politische Gegner 2 % (drei Fälle).

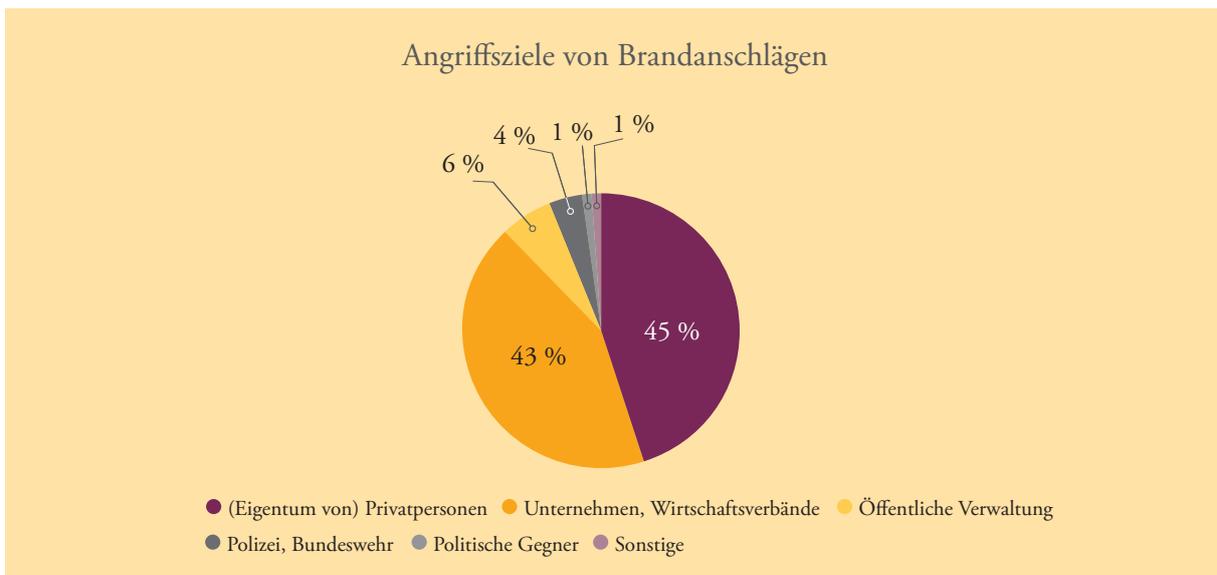


Abb. 39: Angriffsziele von Brandanschlägen (Anteile in Prozent, n=268)

Bei diesen Delikten wurde in den meisten Fällen keine körperliche Schädigung von Menschen intendiert, sondern Eigentum wie Fahrzeuge oder Gerätschaften angezündet. Auch in den Fällen, in denen Brandsätze in Gebäude geworfen wurden oder Feuer in Gebäuden entzündet wurden, war eine direkte Schädigung von Menschenleben wahrscheinlich nicht beabsichtigt. Die Brandsätze wurden entweder zu Zeiten gelegt, zu denen unter normalen Umständen keine Menschen in den Gebäuden zu erwarten waren oder sie wurden in einer Art und Weise gelegt, die ein Übergreifen auf das Gesamtgebäude unwahrscheinlich machten. Bei dieser Art von Taten ist eine Gefahr für Leib und Leben allerdings selten ganz auszuschließen, da Brandherde außer Kontrolle geraten können oder sich doch unerwartet Personen im angegriffenen Gebäude oder Fahrzeug aufhalten können. Eine der gravierenden Ausnahmen – außerhalb des zeitlichen Untersuchungsrahmens dieser Studie - stellt der gezielte Wurf eines Brandsatzes auf Polizeibeamte am 1. Mai 2009 dar, der neben diesem aufschlug, die Kleidung einer Passantin in Brand setzte und die Frau dadurch schwer verletzte.⁶⁴

⁶³ Davon 246 Fälle Brandstiftung § 306 StGB, 21 Fälle schwere Brandstiftung § 306a StGB und ein Fall von besonders schwerer Brandstiftung § 306b StGB. Die als politisch links bewerteten Brandanschläge sind nur eine Teilmenge der Brandanschläge in Berlin.

⁶⁴ Staatsanwaltschaft Berlin: Anklagen wegen „Mai-Krawallen“. Pressemitteilung Nr. 42/2009 vom 18.6.2009.

Die 22 Fälle von schwerer oder besonders schwerer Brandstiftung (§ 306a/b StGB) richteten sich in 17 Fällen gegen „Institutionen“, darunter gleich drei mal gegen die Deutsche Bahn. Auch die drei genannten Fälle von Angriffen auf den politischen Gegner (z. B. Gaststätten, in denen sich tatsächlich oder vermeintlich „rechte“ Personen aufhalten) fallen unter das Delikt der schweren Brandstiftung, ein Indiz für die Gewaltbereitschaft gerade in der politisch motivierten Konfrontation.⁶⁵

4.2.3 Demonstrationsbezogene Delikte

Eine separate Betrachtung der Opfer von linken Gewalttaten mit Demonstrationsbezug zeigt, dass ganz überwiegend die zur Begleitung eingesetzten Polizeibeamten zu Angriffszielen in diesem Deliktkontext wurden (75 % der Fälle). In weiteren 17 % der Fälle ist kein konkretes Opfer benennbar (8 % Allgemeinheit, 9 % ohne Angaben) – hierbei handelt es sich in der Regel um Landfriedensbruch. Nur in acht Prozent der Fälle demonstrationsbezogener Gewalt konnte die Polizei nicht verhindern, dass die Gewalttäter ihr Opfer erreichten – in der Regel politische Gegner (5 %). (vgl. Abb. 40).

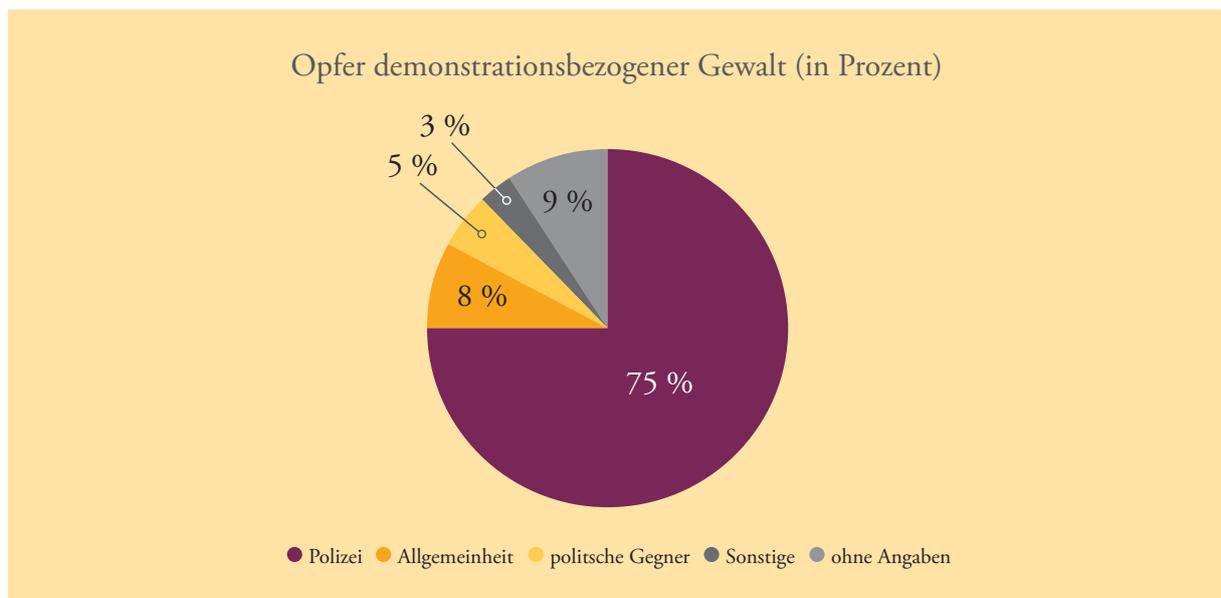


Abb. 40: Opfer demonstrationsbezogener Gewaltdelikte (Anteile in Prozent, n=371)

4.2.4 „Links-Rechts“-Auseinandersetzungen

Einen wichtigen Anteil an der linken Gewalt stellen die „gegen rechts“ gerichteten Gewalttaten. Dies betrifft 232 der 835 Gewalttaten zwischen 2003 und 2008 (28 %). In dieser Zahl sind alle Gewalttaten gegen Personen oder Ziele enthalten, die aus Sicht der Tatverdächtigen „Rechts“ sind. In 136 Fällen ist eine konkret benennbare Zahl von Personen Opfer von Angriffen

⁶⁵ Vgl. Kap. 4.2.4.

geworden. Die restlichen Taten sind Angriffe gegen Institutionen oder Polizeibeamte.⁶⁶ Die „gegen rechts“ gerichteten Gewalttaten unterscheiden sich in einigen Punkten von anderen Phänomenbereichen linker Gewalt. Augenfällig wird dies vor allem an der Deliktstruktur und den Tatorten.

Mehr als die Hälfte der Gewalttaten „gegen rechts“ sind Körperverletzungsdelikte (53 %, vgl. Abb. 41). Hervorzuheben ist der hohe Anteil von gefährlicher Körperverletzung (91 der 232 Fälle). Dies ist in der Regel auf die gemeinschaftliche Tatbegehung mehrerer Tatbeteiligter oder auf die Benutzung eines gefährlichen Tatmittels zurückzuführen. Ein weiterer Indikator für die teilweise enthemmten Angriffe gegen die politischen „Feinde“ ist, dass die beiden Fälle, in denen wegen versuchten Totschlags ermittelt wurde, in den Bereich der „links-rechts“- Auseinandersetzungen fielen.⁶⁷ In einem Fall wurde der Tatverdächtige zwar freigesprochen – eines der Opfer wurde aber durch eine Kopfplatzwunde schwer verletzt. Daneben sind häufig Landfriedensbruchdelikte zu verzeichnen (28 %), zum Beispiel Flaschen- und Steinwürfe im Verlauf von Demonstrationen „gegen rechts“.

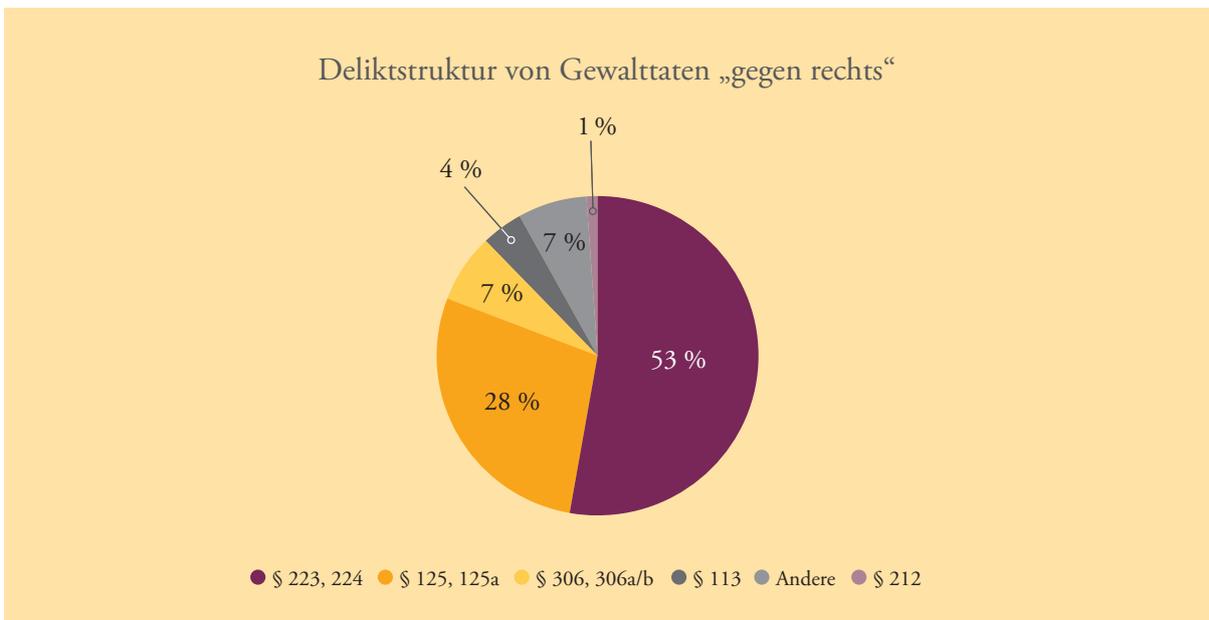


Abb. 41: Deliktstruktur von Gewalttaten „gegen rechts“ (in Prozent, n=232)

Auch die geographische Verteilung der Tatorte der „gegen rechts“ gerichteten Gewalttaten zeigt im Vergleich zur Gesamtverteilung einige bemerkenswerte Abweichungen (vgl. Abb. 42).

Der am stärksten als Tatort betroffene Bezirk ist Lichtenberg (55 Taten), wobei sich die Taten auf viele Ortsteile verteilen, vor allem aber Rummelsburg, Lichtenberg und Friedrichsfelde betreffen. Lichtenberg ist als Wohnort sowohl bei den linken Gewalttätern wie auch bei

⁶⁶ Da sich die Zählweise nach der Motivation des Tatverdächtigen richtet (und nicht nach dem tatsächlichen Opfer), wird auch demonstrationsbezogene Gewalt gegen Polizeibeamte als „gegen rechts“ gerichtet gezählt, wenn die Gewalttat auf einer „gegen rechts“ gerichteten Demonstration stattfand. Diese Fälle machen rund 35 der 232 Taten aus (15 %). Die gleichzeitige Nennung mehrerer Themenfelder ist möglich.

⁶⁷ Vgl. S. 16.

Linksextremisten unterdurchschnittlich vertreten.⁶⁸ Ein nicht unbedeutender Teil der in Lichtenberg „gegen rechts“ verübten Gewalttaten dürfte von Tatverdächtigen begangen worden sein, die bewusst die gewalttätige Konfrontation mit „Rechten“ in deren Wohngebieten gesucht haben.

Auf der Ebene der Ortsteile betrachtet liegen mit Friedrichshain, Prenzlauer Berg und Mitte mehrere der üblichen Gegenden vorne. Im Ortsteil Mitte ist dies auf „gegen rechts“ gerichtete Demonstrationsdelikte zurückzuführen. Friedrichshain und Prenzlauer Berg sind als „verdichtete Räume“ (Tatorte, Wohnorte, Trefforte) erwartbar betroffen. Auffällig ist, dass der Ortsteil Kreuzberg bei „links-rechts“-Auseinandersetzungen keine Rolle spielt. Ausschlaggebend dafür dürfte die fehlende Gelegenheitsstruktur sein. Während Prenzlauer Berg und Friedrichshain als Tatort oder Wohnort auch rechter Gewalt bzw. Gewalttäter betroffen sind, trifft dies auf Kreuzberg nicht zu.⁶⁹

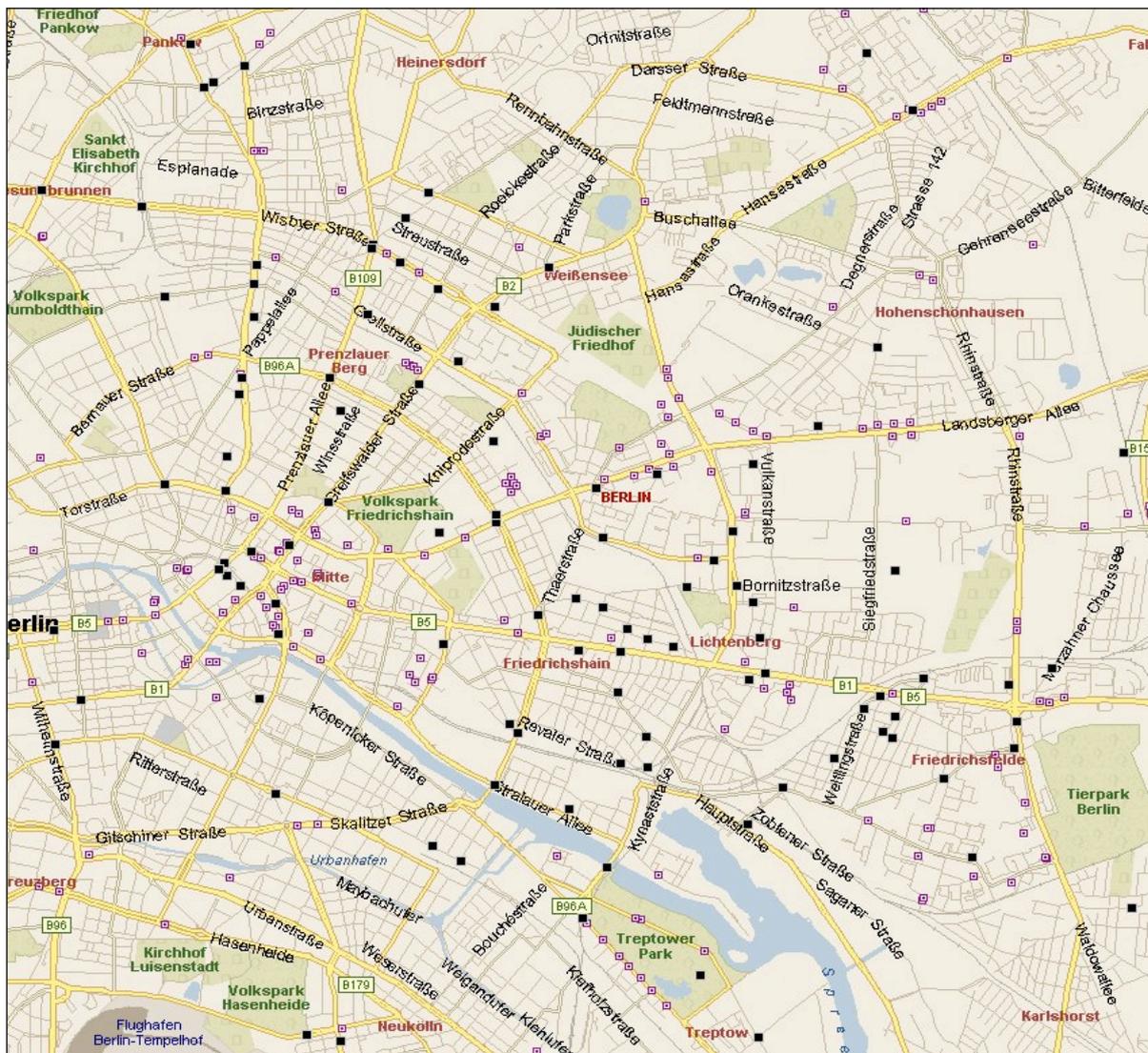


Abb. 42: Tatorte von Gewalttaten „gegen rechts“

⁶⁸ Vgl. S. 24 und 28 f.

⁶⁹ Vgl. Senatsverwaltung für Inneres und Sport (2007a), S. 26 – 30.

4.2.5 Gesamtbetrachtung: Zielrichtung nach Themenfeldern

Bei der Erfassung der Politisch motivierten Kriminalität bewertet die Polizei bundeseinheitlich den Charakter der Tat in so genannten „Themenfeldern“ und dazu gehörigen „Unterthemenfeldern“. Aus diesen Bewertungen lassen sich Rückschlüsse über die Motivation der Täter hinsichtlich der Opferauswahl ziehen. Bei Themenfeldern und Unterthemenfeldern sind Mehrfachnennungen möglich.⁷⁰

Eine Auswertung der vergebenen Themenfelder zeigt eine recht gleichmäßige Verteilung auf verschiedene Themenkomplexe:

Themenfeld ⁷¹ (Mehrfachnennung möglich)	absolute Anzahl	Prozentanteil an 835 Taten	Prozentanteil an 1 816 Themenfeld- Nennungen
Innen- und Sicherheitspolitik	360	43 %	20 %
Antiimperialismus	294	35 %	16 %
Konfrontation/politische Einstellung	256	31 %	14 %
Antifaschismus	232	28 %	13 %
Ökologie/Industrie/Wirtschaft	201	24 %	11 %
Sozialpolitik	161	19 %	9 %
Hasskriminalität	144	17 %	8 %
Politischer Kalender	113	14 %	6 %
Andere Themenfelder	55	7 %	3 %

Abb. 43: Thematische Zielrichtung der Gewalttaten (n=1.816).

Am häufigsten zielt linke Gewalt auf den Bereich der Innen- und Sicherheitspolitik (360 Nennungen). Hierunter fallen zum Beispiel sämtliche Gewaltdelikte, die sich gegen die Polizei richten. Diese Bewertung ist zunächst unabhängig vom Kontext, der in zusätzlich vergebenen Themenfeldern zum Ausdruck kommen kann. Dieses Feld umfasst auch Gewalttaten im Zusammenhang mit Wahlen, Wahlkämpfen und Parteitag.

Unter „Antiimperialismus“ (294 Fälle) werden z. B. Gewalttaten im Zusammenhang mit Globalisierungsthemen oder mit „antikapitalistischer“ Zielrichtung gefasst.

Das Themenfeld „Konfrontation/politische Einstellung“ (256 Fälle) umfasst vor allem Gewalttaten gegen politische Gegner und in geringem Umfang Auseinandersetzungen im eigenen Lager. In die gleiche Richtung weist das Themenfeld „Antifaschismus“ (232 Fälle).

⁷⁰ Der Themenfeldkatalog wird von der Kommission Staatsschutz beim Bundeskriminalamt (BKA) geführt. Der Katalog wird fortentwickelt und so an aktuelle Entwicklungen angepasst.

⁷¹ Die Themenfelder werden im folgenden Fließtext näher erläutert.

Obschon systematisch auf gleicher Ebene angesiedelt, handelt es sich in der Vergabepraxis um die Teilmenge des Themenfeldes „Konfrontation“, die sich auf Gewalttaten gegen politisch „rechte“ Gegner bezieht.

„Ökologie/Industrie/Wirtschaft“ (201 Fälle) betrifft ein thematisch breites Spektrum von Gewalttaten. Neben Taten im Zusammenhang mit Umweltschutz und Energiepolitik werden Brandanschläge auf hochwertige PKW häufig (auch) hier gezählt.

Das Themenfeld „Sozialpolitik“ (161 Fälle) umfasst Gewalttaten, die mit Themen wie Stadtumstrukturierung, Sozialstaat und Bildungspolitik in Verbindung stehen.

Die Themenfelder „politischer Kalender“ und „Hasskriminalität“ werden in der Regel zusätzlich zu anderen Themenfeldern vergeben. Der „politische Kalender“ umfasst Taten, die im Zusammenhang mit jährlich wiederkehrenden Veranstaltungen begangen werden, wie z. B. den 1. Mai (Demonstrationen zum Tag der Arbeit). Zum Themenfeld „Hasskriminalität“ werden Gewalttaten aufgrund des „gesellschaftlichen Status“ des Opfers gezählt. Hierunter fallen im Kontext politisch links motivierter Gewalt vor allem Gewaltdelikte zum Nachteil von vermeintlich oder tatsächlich Wohlhabenden⁷², wie Brandstiftungen an hochwertigen Fahrzeugen.

Eine chronologische Betrachtung der Entwicklung nach Jahren (vgl. Abb. 44) zeigt zwischen 2003 und 2006 eher geringe thematische Verschiebungen. Im Jahr 2007 und 2008 sind dagegen deutliche Veränderungen zu beobachten.

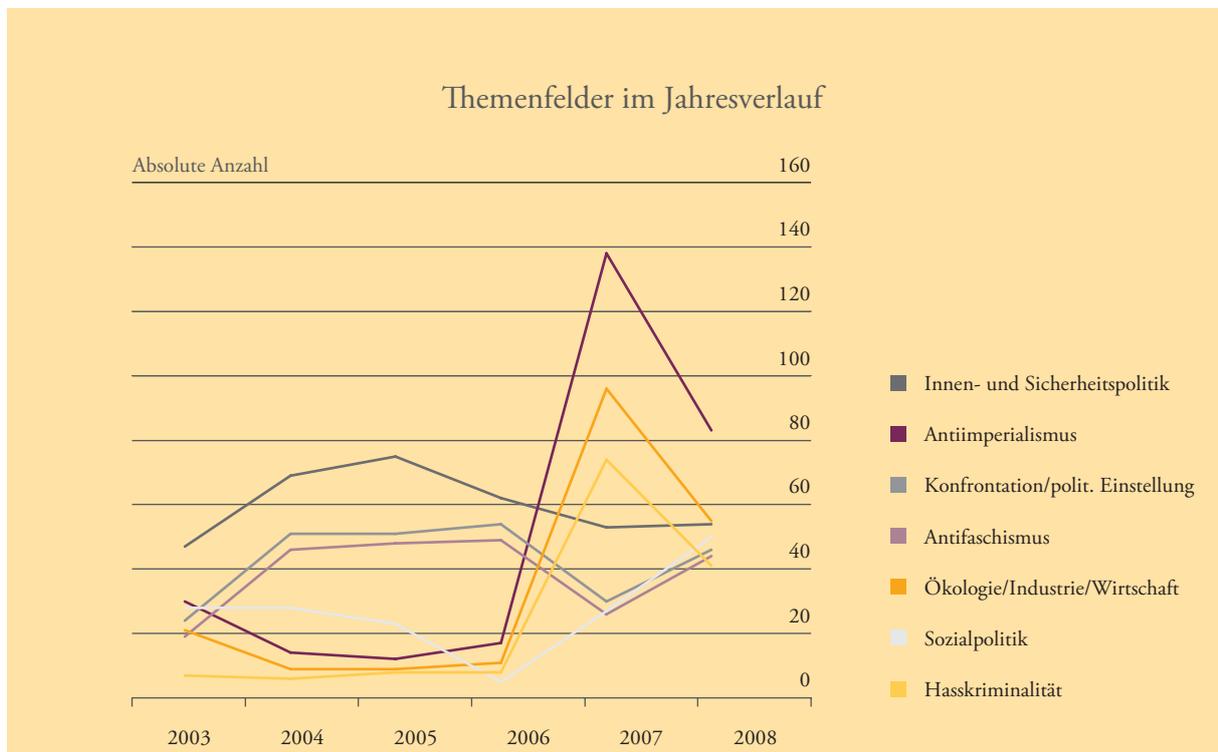


Abb. 44: Thematische Zielrichtung der Gewalttaten nach Jahren (absolute Zahlen, n = 1.816)

⁷² Vgl. unter anderem zum Feinbild des „Reichen“: Künstliche Aufregung oder Eskalation linksautonomer Gewalt? Neue Züricher Zeitung (NZZ), 27.7.2009.

Die erhebliche Zunahme im Themenfeld „Antiimperialismus“ im Jahr 2007 geht auf Gewalttaten im weiteren Zusammenhang mit dem G 8-Gipfel in Heiligendamm und dem damit zusammenhängenden Thema Globalisierung zurück. Wie in der ganzen Studie sind hier nur Gewalttaten enthalten, die in Berlin stattfanden. Oft handelt es sich hier um Gewalttaten, die auf oder am Rande von Demonstrationen mit entsprechender Thematik begangen wurden.

Das Thema Ökologie/Industrie/Wirtschaft spielt häufig im Zusammenhang mit Brandanschlägen eine Rolle; ebenso das Thema „Hasskriminalität“. Der erhebliche Anstieg dieser beiden Themenfelder insbesondere im Jahr 2007 spiegelt die drastische Zunahme politisch motivierter Brandanschläge auf Kraftfahrzeuge in dem Jahr wider; eine Entwicklung, die sich 2008 auf etwas niedrigerem Niveau fortsetzte und über den Auswertungszeitraum der Studie hinaus wiederum stark zunimmt.

4.2.6 Zufallsopfer und gezielt gewählte Opfer

Ob der/die Tatverdächtigen das Opfer zufällig oder gezielt angegangen sind, konnte in den meisten Fällen (677 von 835) nicht geklärt werden. Dies ist in der Regel auch der Fall, wenn die Täter nicht ermittelt werden konnten.

Bei bewertbaren Fällen wurden die Opfer überwiegend nicht gezielt ausgewählt, in 83 % der Fälle handelte es sich um ein Zufallsopfer. In 17 % der Fälle handelte es sich um ein gezielt ausgewähltes Opfer.

Die Opferauswahl erfolgte in der Mehrzahl der Fälle ausschließlich anhand des äußeren Erscheinungsbildes und ist insofern meist ohne konkreten Tatvorlauf: Zwar werden die Angriffe auf Institutionen und Repräsentanten des demokratischen Rechtsstaates oder der Privatwirtschaft von Linksextremisten ideologisch gerechtfertigt. Wenn Personen angegriffen werden, wird das Opfer vom Täter häufig als Repräsentant einer „Feindgruppe“ wahrgenommen, nicht jedoch als Individuum. Hier liegt der Schluss nahe, dass diese Distanzierung vom Opfer die Hemmschwellen sinken lässt.

Bei den meisten der gezielt ausgewählten Opfer handelt es sich um Personen, die aufgrund ihrer politischen Einstellung angegriffen wurden (19 von 27 Fällen). Es handelte sich dabei in der Regel um mutmaßliche oder tatsächliche Rechtsextremisten. In einigen wenigen Fällen sind auch gezielte Auseinandersetzungen zwischen konkurrierenden Gruppen innerhalb des „linken“ Lagers festzustellen.

4.3 Alter der Opfer

Das Alter der Opfer linker Gewalt betrug im Durchschnitt 26 ½ Jahre und liegt damit drei Jahre über dem Durchschnittsalter der Tatverdächtigen von 23 ½ Jahren. Auch diese Angaben betreffen weit überwiegend die Opfer von „links-rechts“-Auseinandersetzungen.⁷³

Besonders häufig werden Heranwachsende zu Opfern linker Gewalt (18-20 Jahre, 28 %). Das Alter der Opfer linker Gewalt variiert stärker als das der Tatverdächtigen. In Kapitel 3.2.2 wurde festgestellt, dass 87 % der linken Gewalttaten von Tatverdächtigen zwischen 15 und 29 Jahren verübt wurden. Zwar sind auch bei den Opfern die Altersgruppen zwischen 15 und 29 Jahren

⁷³ Im Dienst angegriffene Polizeibeamte sind bei dieser Altersberechnung nicht berücksichtigt.

mit rund 75 % überproportional betroffen. Jedoch finden sich in den Altersgruppen ab 35 Jahren und bis ins Seniorenalter immer noch rund 17 % der Opfer linker Gewalt, während diese Altersgruppen bei den Tatverdächtigen nur rund 6 % ausmachen (vgl. Abb. 45).

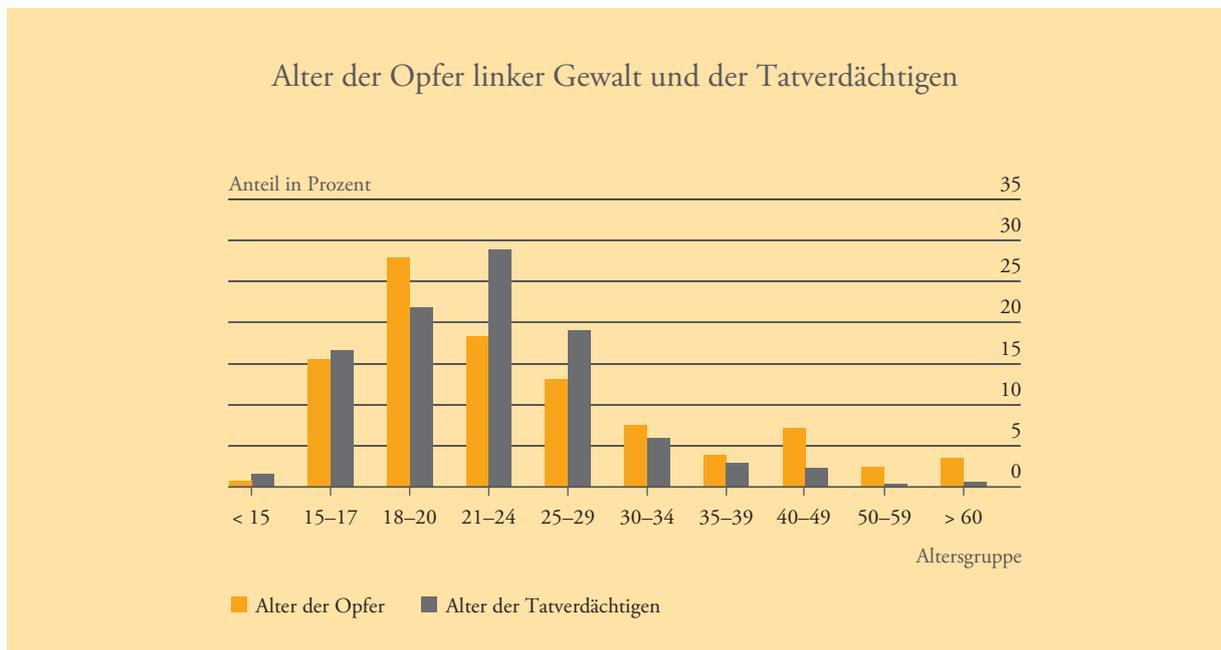


Abb. 45: Alter der Tatverdächtigen und der Opfer linker Gewalt (Anteile in Prozent, n Tatverdächtige=810, n Opfer=283)

Das jüngste bekannt gewordene Opfer war eine 14-Jährige, die in einer äußerlich der rechten Szene zugehörigen Gruppe unterwegs war. Die Mitglieder der Gruppe wurden durch eine größere Gruppe verummter Personen mit Baseballschlägern, Totschlägern sowie körperlicher Gewalt angegriffen, zu Boden gestoßen, geschlagen und getreten. Die Polizei ging hier von einem Racheakt für eine vorherige Auseinandersetzung aus. Das älteste Opfer war ein 77-jähriger Mann, der einen NPD-Aufkleber an der Mütze trug. Nach einem darauf bezogenen Streitgespräch mit zwei Jugendlichen schlug ihn einer der Jugendlichen nieder und trat mehrfach auf den am Boden Liegenden ein, so dass dieser stationär im Krankenhaus behandelt werden musste.

5 VERGLEICH POLITISCH LINKS MOTIVIERTER GEWALT MIT POLITISCH RECHTS MOTIVIERTER GEWALT

Im Vergleich der Phänomene politisch links und politisch rechts motivierter Gewalt in Berlin zeichnen sich einige Gemeinsamkeiten, aber auch deutliche Unterschiede ab, die für die Interpretation der Ursachen und der Zielrichtung politischer Gewalt interessant sind. Der Vergleich folgt dem Kapitelaufbau der Studien über „linke“ und „rechte“ Gewalt in Berlin.⁷⁴ Die konkreten Zahlenangaben beruhen für links auf dem Auswertungszeitraum 2003 bis 2008, für rechts auf den Auswertungszeitraum 2003 bis 2006.⁷⁵

5.1 Vergleich Taten

- **Mehr Taten:** In Berlin werden deutlich mehr linke als rechte Gewalttaten begangen. Neben 139 linken Gewalttaten pro Jahr sind zwischen 2003 und 2008 durchschnittlich 72 rechte Gewalttaten pro Jahr der Polizei angezeigt oder von Amts wegen ermittelt worden.⁷⁶ Dem Verfassungsschutz liegen Hinweise vor, dass sowohl „links-rechts“ als auch „rechts-links“-Delikte von den Opfern nicht immer angezeigt werden.
- **Unterschiedliche Phänomenologie:** Rechte Gewalt stellt sich im Beobachtungszeitraum als relativ homogenes Phänomen dar. Die Tatbegehung ist meist durch eine spontane Begehung von Körperverletzungsdelikten im eigenen Lebensumfeld sowie die enge Verbindung zu Freizeitaktivitäten gekennzeichnet. Dem gegenüber ist linke Gewalt ein uneinheitlicheres Phänomen. Neben vergleichbarer spontaner Gewalt aus Kleingruppen heraus ist sehr häufig Gewalt im Zusammenhang mit Demonstrationen festzustellen. Zudem werden auch geplante und gezielte Anschläge auf Institutionen und zum Teil spontane Brandanschläge auf Autos von Privatpersonen begangen.
- **Weniger Gewalt gegen Menschen:** Bei rechter Gewalt entfallen 86 % der Delikte auf Körperverletzung, bei linker Gewalt 30 %. Zwar ist auch Gewalt, die nicht als Körperverletzungsdelikt gewertet wird, häufig direkte Gewalt gegen Personen (z. B. Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte). Linke Gewalt richtet sich dennoch prozentual in geringerem Maße gegen Menschen (58 % der Delikte), Gewalt gegen Sachen (vor allem Brandstiftung) ist häufiger. Eine qualitativ gravierende Ausnahme stellt der gezielte Wurf eines Brandsatzes auf Polizeibeamte am 1. Mai 2009 dar, durch den die Kleidung einer Passantin in Brand geriet, die dadurch schwer verletzt wurde.⁷⁷
- **Mehr Brandanschläge:** Eine weitaus größere Bedeutung bei linker Gewalt als bei rechter haben Brandanschläge. Eine Schädigung von Menschen wird in der Regel zu vermeiden gesucht, ist bei diesem Delikt aber nie auszuschließen, weil Brandherde außer Kontrolle geraten können. „Rechts“ motivierte Brandanschläge sind sehr selten, jedoch teilweise gravierend: 2008 bewarfen identische Täter zwei Mal Einfamilienhäuser mit Brandsätzen –

⁷⁴ Senatsverwaltung für Inneres (2005a): Rechte Gewalt in Berlin [Untersuchungszeitraum 1997-2003]. Senatsverwaltung für Inneres und Sport (2007a): Rechte Gewalt in Berlin 2003-2006.

⁷⁵ Die Ergebnisse der ersten rechten Gewaltstudie (Auswertungszeitraum 1997 – 2003) fließen in allgemeiner Form in die folgenden Aussagen mit ein.

⁷⁶ Das Dunkelfeld bei rechter Gewalt dürfte aufgrund der anderen Opferstruktur dasjenige bei linker Gewalt übertreffen.

⁷⁷ Staatsanwaltschaft Berlin: Anklagen wegen „Mai-Krawallen“. Pressemitteilung Nr. 42/2009 vom 18.6.2009.

dabei handelten sie nach dem Urteil des Landgerichtes Berlin aus fremdenfeindlicher Motivation und in einem Fall mit bedingtem Tötungsvorsatz.⁷⁸

- **Mehr Demonstrationsdelikte:** Fast die Hälfte der linken Gewalttaten in Berlin wird im Zusammenhang mit Demonstrationen begangen. Dies hat Auswirkungen auf viele Faktoren, z. B. die Deliktstruktur („links“ mehr Landfriedensbruch und Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte, weniger Körperverletzung), die Tatzeit („links“ häufiger bei Tageslicht) und die Tatorte („links“ stärker am politischen Raum in Berlin-Mitte sowie an Demonstrationsrouten orientiert). Rechte Gewalt wird häufiger in Verbindung mit Freizeitaktivitäten und im eigenen Lebensumfeld begangen.
- **Mehr gezielte Anschläge:** Im Bereich der linken Gewalt sind gezielte Anschläge auf Institutionen festzustellen. Diese Taten werden mit zum Teil erheblichem Tatvorlauf strategisch vorbereitet und häufiger in Selbstbeziehungsschreiben begründet und gerechtfertigt. Diese bei linker Gewalt häufigen Tatumstände sind bei rechter Gewalt sehr selten.

Ein Beispiel für dieses Vorgehen sind die Anschläge der „militanten gruppe“ (mg). Einige ihrer Anschläge richteten sich gegen staatliche Einrichtung, was sie im Nachgang mit der staatlichen Repression rechtfertigte.

- **Andere geographische Räume:** Die Tatorte linker Gewalt liegen vor allem in Friedrichshain, Kreuzberg, Mitte und Prenzlauer Berg. Die am stärksten von rechter Gewalt betroffenen Ortsteile waren 2003-2006 Prenzlauer Berg, Lichtenberg, Friedrichshain, Mitte und Niederschöneweide. Bei linker Gewalt ist eine noch stärkere Konzentration der Tatorte auf wenige Ortsteile festzustellen.
- **Räumliche Verdichtungen:** Bei beiden Gewaltphänomenen ist eine räumliche Verdichtung von Tatorten, Wohnorten und Trefforten in einzelnen Ortsteilen von Berlin festzustellen. Die Schwerpunkte linker und rechter Gewalt liegen zwar in unterschiedlichen Teilen Berlins, es gibt aber auch Schnittmengen. Die Ortsteile Friedrichshain, Prenzlauer Berg und Mitte sind von beiden politisch motivierten Gewaltphänomenen überdurchschnittlich betroffen. Dies liegt teilweise in der gesuchten Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner.
- **„Revierverhalten“ kontextabhängig:** Im Bereich der rechten Gewalt wurde festgestellt, dass das unmittelbare Wohnumfeld der bevorzugte Tatraum der Gewalttäter ist. Bei linker Gewalt hängt dies vom Deliktkontext ab. Das „eigene Revier“ der Tatverdächtigen spielt bei Brandstiftung und bei „gegen rechts“ gerichteten Delikten eine Rolle. Demonstrationsbezogene linke Gewalt orientiert sich dagegen eher an politischen Räumen, etwa an bewusst gewählten Objekten auf Demonstrationsrouten. Insgesamt spielen politisch symbolträchtige Räume hier eine größere Rolle. Entsprechend ist die Entfernung zwischen Tatort und Wohnort der Tatverdächtigen bei linker Gewalt höher.
- **Tatorte im öffentlichen Raum:** Sowohl linke als auch rechte Gewalttaten werden ganz überwiegend im öffentlichen Raum begangen. Der öffentliche Personennahverkehr ist als Tatort linker Gewalt deutlich weniger relevant als für rechte Gewalt.

⁷⁸ Vgl. Senatsverwaltung für Inneres und Sport (2009): Verfassungsschutzbericht 2008, S. 71.

- **Zeitraum Abend- und Nachtstunden:** Bis auf die Demonstrationsdelikte, welche im zeitlichen Kontext der Veranstaltung stattfinden, werden linke und rechte Gewalttaten vor allem abends bzw. in der Nacht und am Wochenende begangen.

5.2 Vergleich Tatverdächtige

- **Altersstruktur:** Die Altersstruktur der Tatverdächtigen ist sehr ähnlich. Gut die Hälfte aller Tatverdächtigen ist zwischen 18 und 24 Jahre alt (51 % im Falle der linken und 54 % im Falle der rechten Gewalt). Die erweiterten jüngeren Jahrgänge von 15 bis 29 begehen bei linker Gewalt 87 %, bei rechter Gewalt 79 % der Taten.
- **Mehr Gruppentaten:** Linke Gewalttaten werden in weit stärkerem Maße durch Gruppen und aus Gruppen heraus begangen. Insbesondere im Kontext von Demonstrationen und beim Delikt Landfriedensbruch, spielt dies bei linken Gewalttaten eine größere Rolle als bei rechten Gewalttaten. Im Gegensatz dazu wurden in Berlin 40 % aller rechten Gewalttaten von Einzeltätern begangen, überdurchschnittlich oft mit fremdenfeindlicher Motivation.
- **Mehr weibliche Tatverdächtige:** Obwohl die Tatverdächtigen sowohl bei linken wie auch bei rechten Gewalttaten überwiegend männlichen Geschlechts sind, ist der Anteil der Frauen bei den Tatverdächtigen linker Gewalttaten mit 19 % im Vergleich zu 7 % bei rechten Taten deutlich höher.
- **Höherer formaler Bildungsstand:** 25 % der Tatverdächtigen im Bereich PMK - links hat die Allgemeine Hochschulreife erlangt oder studiert an einer Hochschule. Bei den Tatverdächtigen in den beiden Vergleichsstudie zur rechten Gewalt waren dies nur 3 bis 5 %. Der formale Bildungsstand linker Tatverdächtigen ähnelt dem gesellschaftlichen Durchschnitt, während Tatverdächtige rechter Gewalttaten im Durchschnitt eine deutlich schlechtere formale Bildung aufweisen.
- **Arbeitslosigkeit und Erwerbstätigkeit:** Sowohl unter den politisch links als auch unter den politische rechts motivierten Tatverdächtigen war die Arbeitslosigkeit mit jeweils über 40 % auch im Vergleich zur Berliner Arbeitslosenquote sehr hoch. Links wie rechts befanden sich zudem über 40% der Tatverdächtigen noch in der Ausbildung, so dass die Erwerbsquote in beiden Phänomenbereichen sehr gering war.
- **Weniger Allgemeinkriminalität:** 47 % der rechten Gewalttäter fielen vor der politisch motivierten Tat schon durch Allgemeinkriminalität auf, 27 % sogar ausschließlich durch allgemeine Delinquenz. Bei politisch links motivierten Tatverdächtigen liegen diese Werte bei 14 % bzw. 9 %. Zum Zeitpunkt der politisch motivierten Tat blickten 12 % der rechten Gewalttäter bereits auf mindestens eine Haftstrafe ohne Bewährung aufgrund anderer Straftaten zurück, gegenüber 3 % der linken Gewalttäter.

5.3 Vergleich Opfer

- **Mehr Institutionen als Angriffsziel:** Während sich linke Gewalt überwiegend gegen Institutionen und die ihr angehörigen Menschen richtet (63 %), ist dies bei rechter Gewalt ein nebensächlicher Aspekt (9 %). Linke Gewalt richtet sich häufig gegen die Polizei bzw. Polizeibeamte, „die Wirtschaft“ und gegen politische Gegner, meist „Rechte“. Rechte Gewalt richtet sich hauptsächlich gegen von den Tätern als „fremd“ wahrgenommene Menschen (49 %) und gegen als „links“ eingestufte Personen (33 %). In absoluten Zahlen werden im Durchschnitt pro Jahr 39 Taten „gegen rechts“ und 25 Taten „gegen links“ angezeigt.
- **Opferauswahl und zahlenmäßige Überlegenheit:** Täter linker wie auch rechter Gewalttaten suchen sich im Regelfall ihr Opfer nicht individuell gezielt aus. Die Auswahl des Opfers ist stark situationsabhängig. In der Regel wird das Opfer aufgrund seiner mutmaßlichen oder tatsächlichen Zugehörigkeit zu einer als „feindlich“ angesehenen Gruppe angegriffen. Der Anteil gezielter Angriffe ist links höher als rechts. Gewalttaten werden zumeist von Tätergruppen begangen, die den Opfern zahlenmäßig überlegen sind.
- **Ähnlichkeit zur unpolitischen Jugendgruppengewalt:** Sowohl die Opfer linker als auch die Opfer rechter Gewalt sind überwiegend jüngere Menschen. Wie oben erwähnt trifft dies auch für die Tatverdächtigen zu. Insbesondere bei „links-rechts“ und „rechts-links“-Gewalt sind z. B. in Alterstruktur und Revierverhalten teilweise Ähnlichkeiten zur unpolitischen Jugendgruppengewalt vorhanden.

6 MAßNAHMEN GEGEN LINKE GEWALT

Gewalt und drohender Gewaltanwendung begegnet die Polizei mit lageangepassten Einsatzkonzepten.

Für schwerwiegende und schwer aufzuklärende Delikte wie Brandstiftungen an Kfz wurde eine zentrale Bearbeitung beim Staatsschutz des Landeskriminalamtes (LKA) Berlin sicher gestellt. Dies fördert die bestmögliche Verbindung von Ermittlungs- und Auswertungskompetenz mit operativem Einsatzwissen. Darüber hinaus setzen die Sicherheitsbehörden alle gesetzlich zugelassenen Mittel ein, um den Tätern auf die Spur zu kommen. Auch bei der Justiz werden alle als politisch motiviert bewerteten Brandstiftungen zentral von der für Staatsschutzdelikte zuständigen Staatsanwaltschaft übernommen, um eine optimale Aufbereitung der polizeilichen Ermittlungsergebnisse zu garantieren. Die Aufklärung von Brandstiftungen im Straßenland bleibt aber trotz aller ergriffenen Maßnahmen ein schwieriges Unterfangen.

Bei störanfälligen Großversammlungen wie am 1. Mai hat sich über mehrere Jahre hinweg das „Konzept der ausgestreckten Hand“ bewährt: Hierbei liegt ein Schwerpunkt auf konfliktmindernden und gewaltdämpfenden Maßnahmen sowie zurückhaltender Präsenz bei friedlichen Veranstaltungen. Besonders gekennzeichnete und speziell ausgebildete Anti-Konflikt-Teams (AKT) der Polizei suchen das Gespräch mit Teilnehmern, Anwohnern, Zuschauern, Medienvertretern, um Konflikte zu verhindern oder abzumildern, zu vermitteln und Gewaltrituale zu durchbrechen.

Mit so genannten Gefährderansprachen versucht die Polizei bereits im Vorfeld deeskalierend auf Personen einzuwirken, die bereits mit Straftaten bei vorangegangenen Veranstaltungen aufgefallen sind. Zugleich wird mit Mitteln des Versammlungsrechtes Gefahren minimierend auf Veranstalter eingewirkt. Dies kann beispielsweise durch Optimierung der Wegstrecken störanfälliger Demonstrationen unter Sicherheitsaspekten geschehen oder durch Auflagen, um etwa die Zweckentfremdung bzw. missbräuchliche Verwendung mitgeführter Transparente zu verhindern. Bei auftretender Gewalt werden erkannte Straftäter gezielt und konsequent von geschulten Festnahmeeinheiten beweissicher festgenommen.

Um politisch motivierte Gewalt zu bekämpfen, sind aber neben den staatlichen auch nicht-staatliche Akteure gefordert. Ein hervorragendes Beispiel für die Eindämmung von (auch politisch motivierter) Gewalt ist die Initiierung des MyFest durch Anwohnerinitiativen in Kreuzberg. Nicht zuletzt durch ihr Engagement ist es gelungen, die jahrelange Spirale der Gewalt am 1. Mai zu unterbrechen und gewaltsuchende Demonstranten und Krawalltouristen noch weiter zu bekämpfen. Der Senat hat wegen der wichtigen sozialräumlichen Bedeutung dieser Veranstaltung die Bezirke bei der Finanzierung der Projekte unterstützt.

Von hervorragender Bedeutung ist die Präventionsarbeit: Bereits 1994 hat der Berliner Senat beschlossen, ein Gremium auf Staatssekretärsbene einzurichten, welches für die Umsetzung von Maßnahmen zur Verhinderung und Bekämpfung von Gewalt in Berlin Sorge tragen sollte. Diese Landeskommision gegen Gewalt (LAKO), deren Geschäftsstelle bei der Senatsverwaltung für Inneres und Sport angesiedelt ist, hat sich in den vergangenen Jahren schwerpunktmäßig mit Problematiken wie z. B. Gewalt von Jugendlichen mit Migrationshintergrund, politisch rechts motivierte Gewalt oder Gewalt an Schulen beschäftigt. Viele der dabei gewonnenen Erkenntnisse können auch auf die Prävention politisch links motivierter

Gewalt angewandt werden. Die LAKO empfiehlt vor allem, qualifizierte Problemanalysen zu erstellen, Prävention kiezorientiert zu gestalten und Präventionsstrukturen auf Bezirksebene weiter zu entwickeln sowie lokale Netzwerke zu nutzen.

Zur Problemanalyse, die unsere Kenntnisse über linke Gewalt verbessert, will die vorliegende Untersuchung beitragen. Gerade die geografische Lokalisierung linker Gewalt in Berlin ist ein wichtiger Beitrag zu einer empirisch gestützten Ursachendebatte und ein Anhaltspunkt für präventive Maßnahmen. Die vorliegenden Ergebnisse bedürfen der weiteren Diskussion und Interpretation. Für eine solche Debatte über die Empirie, Ursachen und Gegenstrategien hinsichtlich linker Gewalt in Berlin plant der Verfassungsschutz Berlin im November 2009 eine Fachkonferenz unter Beteiligung von Wissenschaft, Behörden und Politik. Ergänzende und weiterführende Erkenntnisse verspricht auch eine Studie der FU Berlin über die Gewalt am 1. Mai 2009 in Berlin. Dieser universitären Studie ist eine größere Methodenvielfalt möglich als dem Verfassungsschutz. Zum Beispiel wird die Untersuchung stärker auf qualitative Indikatoren wie zum Beispiel Befragungen von Beteiligten (auch nicht straffälligen Personen) beruhen.

Auf Bezirksebene existieren „Runde Tische“ an denen in unterschiedlicher Zusammensetzung z. B. Bezirkspolitiker, Unternehmensvertreter, Hilfsorganisationen wie das Quartiersmanagement und auch die Polizei teilnehmen. Diese Runden Tischen behandeln auch Themen regionaler Sicherheit in den Kiezen und könnten ein geeignetes und schon etabliertes Forum sein, um in den betroffenen Gegenden auch über politisch links motivierte Gewalt zu beraten.

Diejenigen, welche die Grundlagen der demokratischen Gesellschaft bekämpfen, müssen sich individuell verantworten und unterliegen der Strafverfolgung. Auf der anderen Seite bedarf es der diskursiven Auseinandersetzung mit dem Linksextremismus. Jedes Tabu birgt die Gefahr der Inbesitznahme durch Extremisten. Deswegen gilt es, die besseren Argumente zu haben und diese auch zu kommunizieren. Beide Teile – Repression und Prävention – sind notwendig, um Extremismus effizient bekämpfen zu können. Wichtig ist es auch, dass sich die demokratische Öffentlichkeit entschieden und nachhaltig von jeglicher politisch motivierter Gewaltanwendung distanziert.

7 STATISTISCHE VERGLEICHE

Als Ergänzung der differenzierten Analyse der linken Gewalt in Berlin sind im folgenden einige länder- oder phänomenübergreifende statistische Vergleiche aufgeführt.

Der Vergleich der Gewalttaten nach Ländern basiert auf Daten des Bundeskriminalamtes und wird unter anderem in den jährlichen Verfassungsschutzberichten des Bundesamtes für Verfassungsschutz veröffentlicht. Diese Zahlen berücksichtigen nur die als extremistisch qualifizierten linken Gewalttaten, also eine engere Auswahl als die vorliegende Studie.⁷⁹

7.1 Politisch motivierte Gewalt in den Ländern

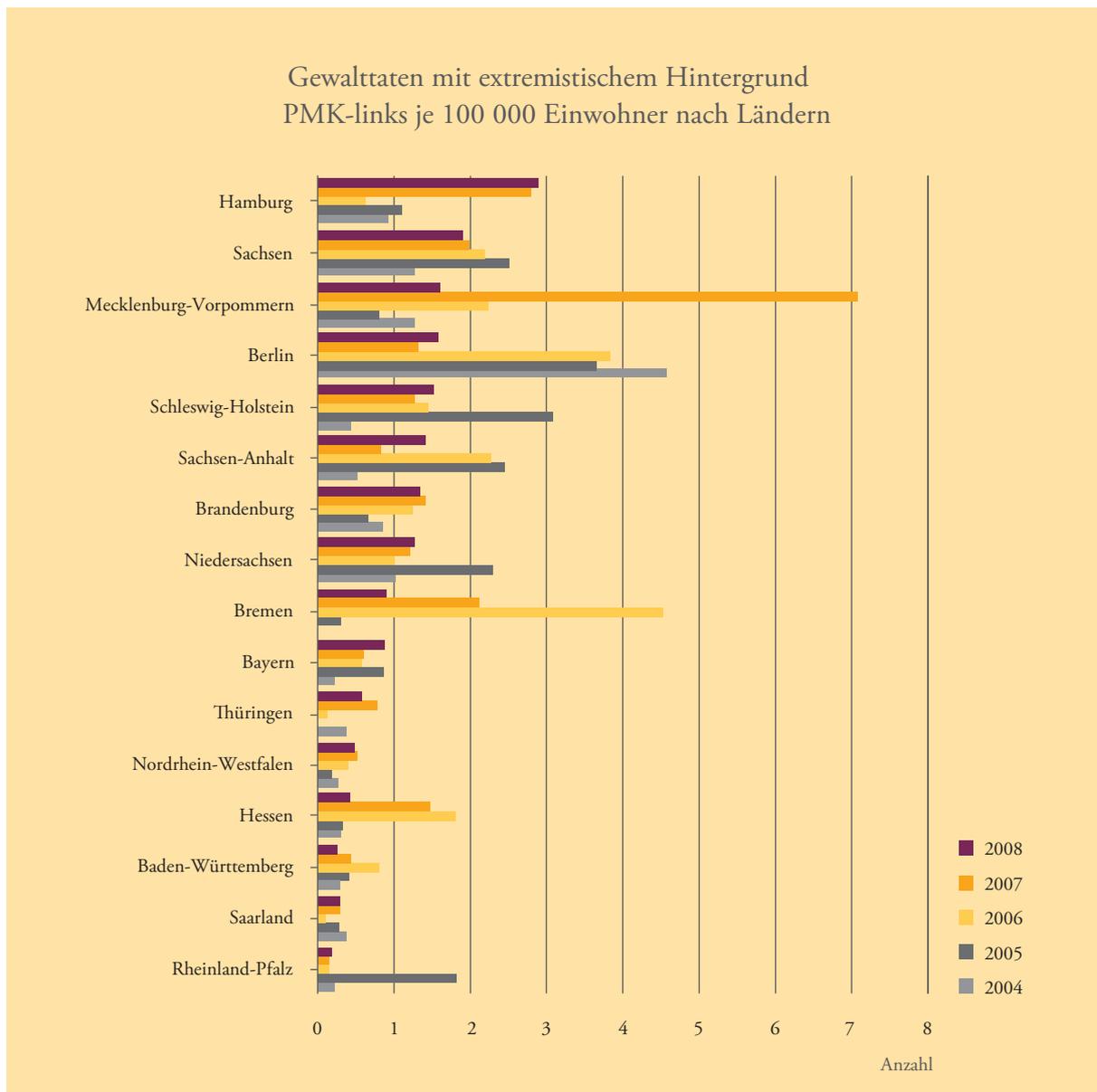


Abb. 46: Gewalttaten mit extremistischem Hintergrund PMK-links je 100.000 Einwohner nach Ländern

⁷⁹ Vgl. Kap. 1.2.

Dass die Zahlen in den einzelnen Ländern jährlich starken Schwankungen unterliegen, zeigt die Abbildung 46. Dies kann an Gewalttaten am Rande von außergewöhnlichen Ereignissen liegen (Mecklenburg-Vorpommern 2007, G 8-Gipfel) oder an einzelnen, von Gewaltausbrüchen begleiteten Großdemonstrationen (Hamburg, 1. Mai 2008).

In Berlin ist die Pro-Kopf-Belastung mit als extremistisch eingestufte linker Gewalt von 2004 bis 2008 nach den Daten des Bundeskriminalamtes sogar zurückgegangen (vgl. Abb. 47). Dies liegt daran, dass Brandstiftungen an privaten Kraftfahrzeugen, sofern sie als politisch links motiviert bewertet werden, in der Regel nicht zusätzlich als extremistisch klassifiziert werden.

Jahr	2004	2005	2006	2007	2008
Taten pro 100 000 Einwohnern in Berlin	4,57	3,66	3,83	1,32	1,58

Abb. 47: Pro-Kopf-Belastung Berlins mit als extremistisch eingestufte linker Gewalt

Betrachtet man jedoch die Durchschnittswerte der vergangenen fünf Jahre im Vergleich, wird deutlich, dass Berlin pro Kopf das am stärksten von extremistischer linker Gewalt betroffene Land ist (vgl. Abb. 48). Der „Vorsprung“ Berlins wäre ohne das einmalige Ereignis des G 8-Gipfels in Mecklenburg-Vorpommern (2007) noch deutlicher.

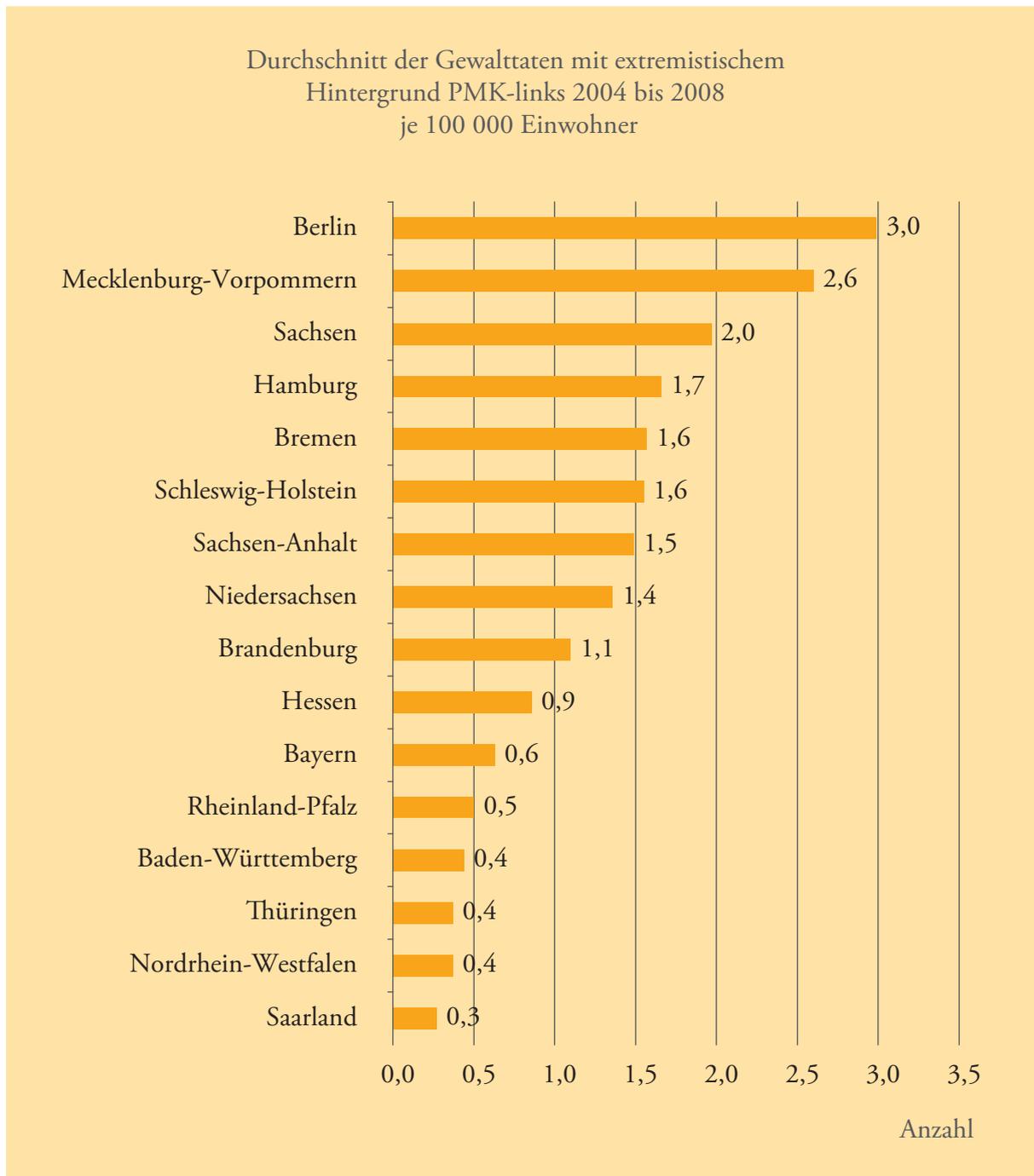


Abb. 48: Durchschnitt der linken, extremistischen Gewalttaten in den Ländern in den letzten fünf Jahren

7.2 Politisch motivierte Gewalt im Bund und in Berlin

Bundesweit ist die Zahl der politisch motivierten, als links und extremistisch eingestuften Gewaltdelikte von 2004 auf 2005 stark gestiegen und seither rückläufig. Dagegen ist rechte, extremistische Gewalt ebenfalls von 2004 auf 2005 stark angestiegen, bewegt sich seither aber regelmäßig in einer Größenordnung von rund 1 000 Taten pro Jahr.

Alle politisch-extremistischen Gewaltdelikte addiert ergeben einen starken Anstieg von 2004 auf 2005 und seither eine gleichmäßige Entwicklung mit rund 1 900 Gewaltdelikten pro Jahr (vgl. Abb. 49). Diese Übersicht beruht auf Daten des Bundeskriminalamtes und berücksichtigt ebenfalls nur die als extremistisch eingestuftes Gewalttaten.⁸⁰



Abb. 49: Politisch motivierte Gewalt mit extremistischem Hintergrund in Deutschland (absolute Zahlen, n=9.040)

Eine Betrachtung der Gesamtentwicklung der politisch motivierten Gewalt in Berlin zeigt, dass sich diese von der Gesamtentwicklung in Deutschland unterscheidet. In den vergangenen Jahren gab es in Berlin mehrere Jahre, in denen die linke Gewalt mit extremistischem Hintergrund das häufigste Phänomen war. (vgl. Abb. 50).



Abb. 50: Politisch motivierte Gewalt aller Phänomenbereiche mit extremistischem Hintergrund in Berlin (absolute Zahlen, n=774).

⁸⁰ Vgl. Bundesministerium des Innern (2004 – 2009).

Ein deutlicheres Bild zeigt sich bei Betrachtung der gesamten politisch motivierten Gewalt, also auch der ohne explizit extremistischem Hintergrund: politisch links motivierter Gewalt ist in Berlin deutlich häufiger festzustellen als politische Gewalt in anderen Phänomenbereichen.



Abb. 51: Politisch motivierte Gewalt, auch ohne extremistischen Hintergrund, in Berlin (absolute Zahlen, n=1.279)

7.3 Politisch motivierte Gewalt und allgemeinkriminelle Gewalt

Ein Vergleich der politisch motivierten Gewalt mit der allgemeinkriminellen Gewalt (so genannte „Rohheitsdelikte“ in der Polizeilichen Kriminalstatistik) ist mit systematischen Schwächen behaftet. Zum einen gehen unterschiedliche Delikte in die Statistik ein, zum anderen haben manche Delikte im allgemeinkriminellen Bereich eine andere Relevanz.⁸¹ Am ehesten vergleichbar ist die Häufigkeit von Körperverletzungsdelikten, da diese innerhalb der politisch motivierten Gewalt die häufigste Deliktart darstellen.⁸² Zwischen 2004 bis 2008 wurden in Berlin jährlich durchschnittlich rund 44 200 Körperverletzungen angezeigt. Die Zahl der politisch motivierten Gewalttaten des Rechts-, Links- und Ausländerextremismus lag in Berlin zusammen gerechnet im Schnitt bei rund 250 Taten im Jahr, 2008 bei 302 Taten.⁸³

Dieser Vergleich zeigt, dass politisch motivierte Gewaltkriminalität (aller Extremismusfelder zusammengenommen) im Vergleich zu allgemeinkriminellen Körperverletzungen rein quantitativ von geringer Bedeutung ist. Qualitativ ist politisch motivierte Gewalt aber weitaus

⁸¹ Einfache Körperverletzungen nach § 223 StGB werden in der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) nicht als Gewalttat (Rohheitsdelikt) gewertet. Dagegen hat Raub bei den allgemeinkriminellen Rohheitsdelikten eine starke Bedeutung, während er bei der politisch motivierten Gewalt kaum eine Rolle spielt. Von 2004 bis 2008 registrierte die Polizei in Berlin im Schnitt jährlich rund 67 300 Rohheitsdelikte und rund 44 200 Fälle von Körperverletzung. Vgl. Der Polizeipräsident in Berlin (2009).

⁸² Diese Aussage bezieht sich auf alle politisch motivierten Gewaltdelikte zusammengenommen.

⁸³ 2008: 302 politisch motivierte Gewalttaten; 2007: 322 Taten; 2006: 298 Taten; 2005: 232 Taten; 2004: 298 Taten.

bedeutsamer, als es die Anzahl der Taten ausdrückt. Oft haben diese Taten einen symbolischen Charakter, der ein einschüchterndes Signal an gesellschaftliche Minderheiten oder politische Gegner senden soll. Die Täter zielen mit ihrer Tat über das Opfer hinaus auf die demokratischen Grundwerte unseres Gemeinwesens und stellen das Gewaltmonopol des Staates in Frage. Deshalb muss der demokratische Rechtsstaat politischer Gewalt von Anfang an mit Aufmerksamkeit und Entschiedenheit entgegenreten.

8 ANHANG

8.1 Verzeichnis der Abbildungen

Abb. 1:	Anteil der Delikte gesamt.....	7
Abb. 2:	Anteil der Delikte gesamt	17
Abb. 3:	Delikte nach Jahren	18
Abb. 4:	Anteil der Delikte bei Demonstrationen	18
Abb. 5:	Tatorte	20
Abb. 6:	Tatorte nach Ortsteilen	21
Abb. 7	Demonstrationsbezogene Gewalttaten nach Ortsteilen und ihr Anteil an den gesamten Gewalttaten im jeweiligen Ortsteil.....	21
Abb. 8:	Brandstiftungen nach Ortsteilen und ihr Anteil an den gesamten Gewalttaten im jeweiligen Ortsteil.....	22
Abb. 9:	Gewalttaten „gegen rechts“ nach Ortsteilen und ihr Anteil an den gesamten Gewalttaten im jeweiligen Ortsteil.....	22
Abb. 10:	Demonstrationsbezogene Gewalttaten , Brandstiftungen und „gegen rechts“ gerichtete Gewalttaten nach Ortsteilen.....	23
Abb. 11:	Tatverdächtigen-Wohnorte	24
Abb. 12:	Tatverdächtigen-Wohnorte in Berlin nach Bezirken gesamt	24
Abb. 13:	Tatorte und Wohnorte von Tatverdächtigen in Berlin 2003-2008	26
Abb. 14:	Tatorte und Wohnorte von Tatverdächtigen in Berlin 2003-2008 Ausschnitt	27
Abb. 15:	Wohnorte aktionsorientierter Linksextremisten	29
Abb. 16:	Trefforte aktionsorientierter Linksextremisten	30
Abb. 17:	Verteilung linker Gewalttaten nach Jahren	31
Abb. 18:	Verteilung linker Gewalttaten nach Monaten	32
Abb. 19:	Verteilung linker Gewalttaten nach Wochentagen	33
Abb. 20:	Verteilung linker Gewalttaten nach Uhrzeiten gesamt	33
Abb. 21:	Tatmittel bei Gewalttaten	35

Abb. 22:	Tatmittel bei Gewalttaten.....	35
Abb. 23:	Gruppen- und Einzeltaten	38
Abb. 24:	Gruppen und Einzeltaten bei demonstrationsbezogenen Delikten	39
Abb. 25:	Gruppen- und Einzeltaten bei nicht-demonstrationsbezogenen Delikten	39
Abb. 26:	Geschlecht der Tatverdächtigen gesamt	40
Abb. 27:	Alter der Tatverdächtigen	41
Abb. 28:	Alter der Tatverdächtigen nach Geschlecht.....	41
Abb. 29:	Schulabschlüsse der Tatverdächtigen	42
Abb. 30:	Vergleichszahlen zur Verteilung von Schulabschlüssen.....	43
Abb. 31:	Erwerbstätigkeit der Tatverdächtigen	43
Abb. 32:	Berufsstatus der Tatverdächtigen gesamt	44
Abb. 33:	Wohnsituation der Tatverdächtigen gesamt	45
Abb. 34:	Delinquenz der Tatverdächtigen gesamt	46
Abb. 35:	Delinquenz der Tatverdächtigen gesamt	47
Abb. 36:	Opferzahl pro Tat	54
Abb. 37:	Verhältnis Anzahl Täter zu Opfer	55
Abb. 38:	Art der geschädigten Institutionen	56
Abb. 39:	Angriffsziele von Brandanschlägen	57
Abb. 40:	Opfer demonstrationsbezogener Gewaltdelikte	58
Abb. 41:	Deliktstruktur von Gewalttaten „gegen rechts“	59
Abb. 42:	Tatorte von Gewalttaten „gegen rechts“	60
Abb. 43:	Thematische Zielrichtung der Gewalttaten	61
Abb. 44:	Thematische Zielrichtung der Gewalttaten nach Jahren	62
Abb. 45:	Alter der Tatverdächtigen und der Opfer linker Gewalt.....	64
Abb. 46:	Gewalttaten mit extremistischem Hintergrund PMK-links je 100 000 Einwohner nach Ländern.....	71

Abb. 47:	Pro-Kopf-Belastung Berlins mit als extremistisch eingestufte linker Gewalt.....	72
Abb. 48:	Durchschnitt der linken, extremistischen Gewalttaten in den Ländern in den letzten fünf Jahren.....	73
Abb. 49:	Politisch motivierte Gewalt mit extremistischem Hintergrund in Deutschland	74
Abb. 50:	Politisch motivierte Gewalt aller Phänomenbereiche mit extremistischem Hintergrund in Berlin	74
Abb. 51:	Politisch motivierte Gewalt, auch ohne extremistischen Hintergrund, in Berlin	75

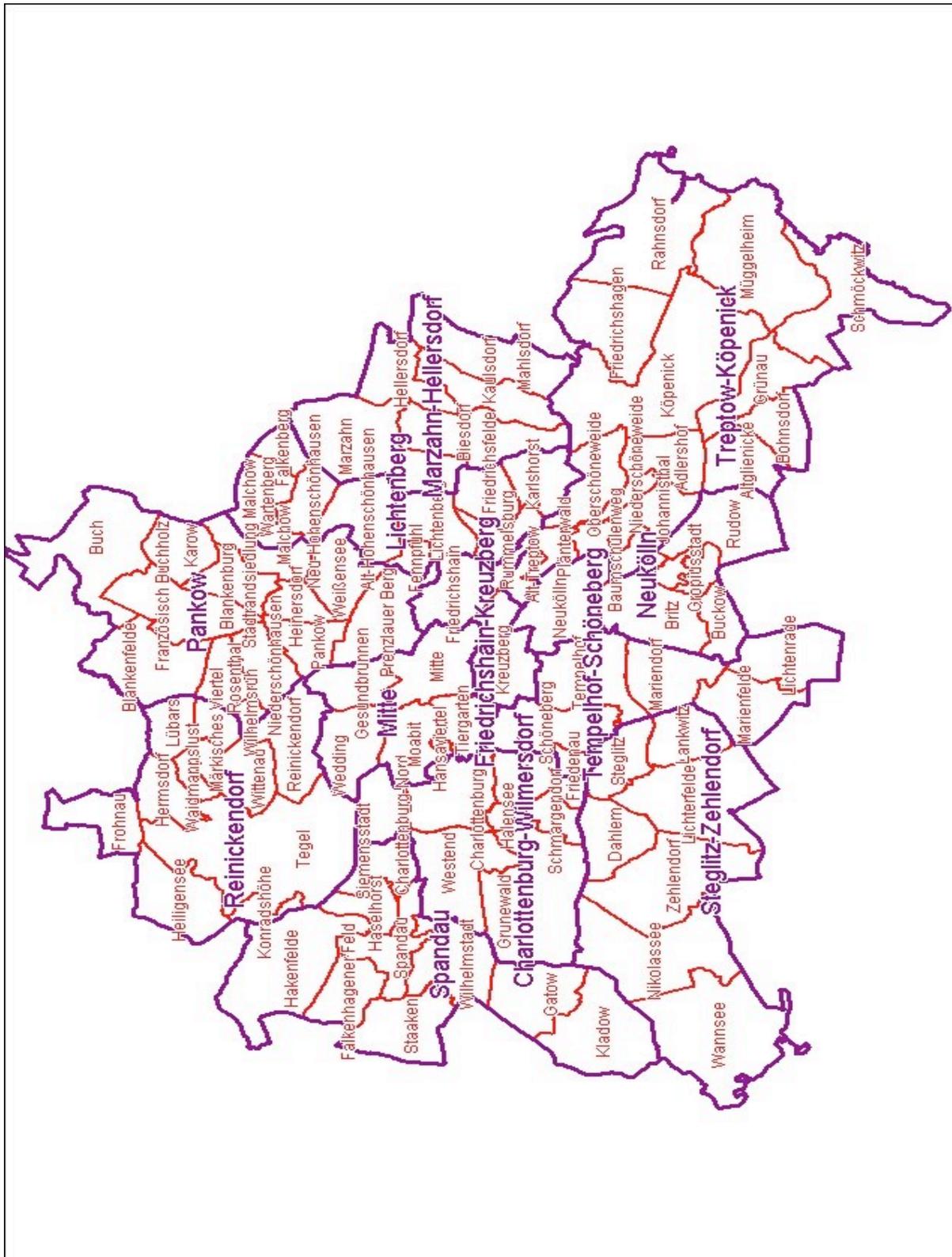
8.2 Deliktskatalog zu Politisch motivierter Gewaltkriminalität (PMK-Gewalt)

Deliktsbereich	§§	Norm
Tötungsdelikte	211 StGB	Mord
	212 StGB	Totschlag
	213 StGB	Minderschwerer Fall des Totschlags
	216 StGB	Tötung auf Verlangen
	222 StGB	Fahrlässige Tötung
Körperverletzungen	223 StGB	Körperverletzung
	224 StGB	Gefährliche Körperverletzung
	225 StGB	Misshandlung von Schutzbefohlenen
	226 StGB	Schwere Körperverletzung
	227 StGB	Körperverletzung mit Todesfolge
	231 StGB	Beteiligung an einer Schlägerei
Brand- und Sprengstoffdelikte	306 StGB	Brandstiftung
	306a StGB	Schwere Brandstiftung
	306b StGB	Besonders schwere Brandstiftung
	306c StGB	Brandstiftung mit Todesfolge
	307 StGB	Herbeiführen einer Explosion durch Kernenergie
	308 StGB	Herbeiführen einer Sprengstoffexplosion
Landfriedensbruch	125 StGB	Landfriedensbruch
	125a StGB	Besonders schwerer Fall des Landfriedensbruchs
Gefährliche Eingriffe in den Schiffs-, Luft-, Bahn- und Straßenverkehr	315 StGB	Gefährliche Eingriffe in den Bahn-, Schiffs-, und Luftverkehr
	315b StGB	Gefährliche Eingriffe in den Straßenverkehr
	316a StGB	Räuberischer Angriff auf Kraftfahrer
	316c StGB	Angriff auf den Luft- und Seeverkehr
Freiheitsberaubung	234 StGB	Menschenraub
	239 StGB	Freiheitsberaubung
	239a StGB	Erpresserischer Menschenraub
	239b StGB	Geiselnahme
Raub	249 StGB	Raub
	250 StGB	Schwerer Raub
	251 StGB	Raub mit Todesfolge
	252 StGB	Räuberischer Diebstahl

Erpressung	253 StGB	Erpressung
	255 StGB	Räuberische Erpressung
Widerstandsdelikte	113 StGB	Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte
	114 StGB	Widerstand gegen Personen, die Vollstreckungsbeamten gleichstehen
Sexualdelikte	177 StGB	Sexuelle Nötigung, Vergewaltigung
	178 StGB	Sexuelle Nötigung, Vergewaltigung mit Todesfolge

Zusätzlich zählen sieben Straftatbestände aus dem Völkerstrafgesetzbuch (VStGB, §§ 6 – 12) zur Politisch motivierten Kriminalität.

8.3 Karte der Berliner Bezirke und Ortsteile



Quelle: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 2007. Für eine visuell alternative Darstellung vgl. die Berliner Ortsteilkarte bei Wikipedia, Artikel „Bezirk (Berlin)“, Aufruf am 1.7.2009.

9 LITERATURVERZEICHNIS

Albrecht, Günther (2002): Soziologische Erklärungsansätze individueller Gewalt und ihre empirische Bewährung. In: Heitmeyer, Wilhelm / Hagan, John (Hg.) (2002): Internationales Handbuch der Gewaltforschung, Wiesbaden. S. 763 – 818.

Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (2009): Datenbank mit statistischen Zahlen. www.statistik-berlin-brandenburg.de

Backes, Otto / Reichenbach, Peter (2002): Demonstrationsfreiheit und Gewalt: Die Gefährdung politischer Grundrechte durch das Strafrecht. In: Heitmeyer / Hagan (2002), S. 1339 – 1360.

Backes, Uwe / Jesse, Eckhard (1996): Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland. 4. Aufl. Bonn.

Backes, Uwe (2007): Rechts- und linksextremistische Gewalt in Deutschland – vergleichende Betrachtungen. In: Extremismus in Deutschland – Schwerpunkte, Perspektiven, Vergleich. Politische Studien 1/2007, S. 31 – 43.

Bundeskriminalamt (2008): Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS), Berichtsjahr 2007, Tabelle 20, S. 149. Abrufbar unter www.bka.de/pks.

Bundesministerium des Innern (Hg.) (2004 – 2009): Verfassungsschutzberichte 2003 – 2008. Berlin.

Dollase, Rainer / Ulbrich-Herrmann (2002): Quantifizierungsstrategien und Probleme in der Aggressions- und Gewaltforschung. In: Heitmeyer / Hagan (2002), S. 1503 – 1528.

Eckert, Roland / Willems, Helmut (2002): Eskalation und Deeskalation sozialer Konflikte. Der Weg in die Gewalt. In: Heitmeyer / Hagan (2002), S. 1457 – 1482.

Hagemann-White, Carol (2002): Gender-Perspektiven auf Gewalt in vergleichender Sicht. In: Heitmeyer / Hagan (2002), S. 124 – 149.

Hazlehurst, Kayleen; Hazlehurst, Cameron (Hg.) (1998): Gangs and Youth Subcultures: International Explorations. New Brunswick/London.

Heitmeyer, Wilhelm / Hagan, John (Hg.) (2002): Internationales Handbuch der Gewaltforschung. Wiesbaden.

Kampf, Herbert A. (1990): Terrorism, the Left Wing, and the Intellectuals, in: Terrorism, Volume 13, Issue 1, S. 23 – 51.

Kersten, Joachim (2002): Jugendgewalt und Gesellschaft. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 44/2002, S. 14 – 20.

Kubink, Michael (2002): Rechtsextremistische und fremdenfeindliche Straftaten. In: Zeitschrift für Rechtspolitik 7/2002, S. 308 – 312. [Erläuterungen zum Konzept der Politisch motivierten Kriminalität]

Kühnel, Wolfgang (2002): Gruppen, Gangs und Gewalt. In: Heitmeyer / Hagan (2002), S. 1441 – 1456.

- Meyer, Thomas:** Politische Kultur und Gewalt. In: Heitmeyer / Hagan (2002), S. 1195 – 1214.
- Mletzko, Matthias (2001):** Gewaltdiskurse und Gewalthandeln militanter Szenen Teil 1. Unterschiede am Beispiel „Antifa“ und „Anti-Antifa“ dargestellt. In: Kriminalistik 8-9/2001, S. 543 – 548.
- Mletzko, Matthias (1999):** Merkmale politisch motivierter Gewalttaten bei militanten autonomen Gruppen. In: Backes, Uwe / Jesse, Eckard (Hg.): Jahrbuch für Extremismus und Demokratie Nr. 11 (1999), Baden-Baden 1999. S. 180 – 199.
- Peucker, Christian / Gaßebner, Martina / Wahl, Klaus (2001):** Analyse polizeilicher Ermittlungsakten zu fremdenfeindlichen, antisemitischen und rechtsextremistischen Tatverdächtigen. In: Wahl, Klaus (Hg.): Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Rechts-
extremismus. Drei Studien zu Tatverdächtigen und Tätern. Berlin, S. 12 – 88.
- Der Polizeipräsident in Berlin (2009):** Polizeiliche Kriminalstatistik 2008.
www.berlin.de/polizei/kriminalitaet/pks.html
- Porta, Donatella della (2002):** Gewalt und die neue Linke. In: Heitmeyer / Hagan (2002), S. 479 – 500.
- Potok, Mark (2000):** Neither Left Nor Right, in: Intelligence Report, Issue:97, S. 40 – 49. Southern Poverty Law Center, Online-Archiv.
- Rucht, Dieter (2003):** Berlin, 1. Mai 2002. Politische Demonstrationsrituale. Opladen.
- Rucht, Dieter: (2002):** Gewalt und neue soziale Bewegungen. In: Heitmeyer / Hagan (2002), S. 461 – 478.
- Seger, Karl A. (2001):** Left-Wing Extremism: The Current Threat. Oak Ridge.
- Senatsverwaltung für Inneres (seit 2006 Senatsverwaltung für Inneres und Sport) (2004 – 2009):** Verfassungsschutzberichte 2003 – 2008. Berlin.
- Senatsverwaltung für Inneres (2005a):** Im Fokus: Rechte Gewalt in Berlin. [Untersuchungszeitraum 1997 – 2003]. Berlin.
- Senatsverwaltung für Inneres und Sport (2007a):** Im Fokus: Rechte Gewalt in Berlin 2003 – 2006. Berlin.
- Statistisches Bundesamt (2009):** Bildungsstand der Bevölkerung. Ausgabe 2009.
www.destatis.de
- Willems, Helmut / Würtz, Stefanie / Eckert, Roland (1994):** Analyse fremdenfeindlicher Straftäter. Bonn.

WEITERE PUBLIKATIONEN DES BERLINER VERFASSUNGSSCHUTZES

AKTUELLER VERFASSUNGSSCHUTZBERICHT



Verfassungsschutzbericht 2008

1. Auflage Berlin 2009. 278 Seiten.

REIHE IM FOKUS



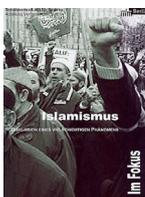
Rechte Gewalt in Berlin. 2003-2006.

1. Auflage 2007. 84 Seiten



Antisemitismus im extremistischen Spektrum Berlins

2. Auflage Berlin 2006. 56 Seiten.



Islamismus. Diskussion eines vielschichtigen Phänomens

2. Auflage Berlin 2006. 116 Seiten.



Rechte Gewalt in Berlin. [1997-2003]

2. überarbeitete Auflage 2006. 64 Seiten



Rechtsextremistische Skinheads

1. Auflage Berlin 2003 (im Druck vergriffen, im Internet abrufbar). 86 Seiten.

REIHE LAGE- UND WAHLANALYSEN



Die Reihe Lage- und Wahlanalysen bietet aktuelle Analysen zu speziellen Fragestellungen aus dem Bereich des Extremismus in Berlin und ist nur im Internet erhältlich.

Umfang ca. 10 Seiten.

Reihe Info



Rechtsextremistische Musik

2. Auflage Berlin 2007. 36 Seiten.



Symbole und Kennzeichen des Rechtsextremismus

6. Auflage Berlin 2007. 33 Seiten.



Islamismus

3. Auflage Berlin 2006. 42 Seiten.

SONSTIGE PUBLIKATIONEN



VS-Nehmen Sie uns unter die Lupe

1. Auflage Berlin 2002. 18 Seiten.



Jugendkongress gegen Rechtsextremismus

DVD, Berlin 2008.

Diese sowie weitere Publikationen des Berliner Verfassungsschutzes können Sie unter der rückseitig angegebenen Adresse sowie telefonisch unter ☎ (030) 90 129-440 bestellen oder aber im Internet abrufen unter www.verfassungsschutz-berlin.de.

Der Verfassungsschutz Berlin bietet zudem Vorträge zum Extremismus und Wirtschaftsschutz/Spionage an. Nähere Informationen erhalten Sie hierzu unter ☎ (030) 90 129-440.

Senatsverwaltung für Inneres und Sport
Abteilung Verfassungsschutz
Postfach 62 05 60 10795 Berlin
Tel. (030) 90 129-440

www.verfassungsschutz-berlin.de
info@verfassungsschutz-berlin.de